

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 RM. monatlich 1,10 RM. wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Sonntagsbeilage: Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. In den Postämtern in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM. für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 14/11/14.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepolierte Kolumnen- oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (gültig für 2 Zeilen) jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeige und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 11. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Feindliche Angriffe auf allen Fronten abgewiesen.

Die russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 10. Juli. (B. L. B.) Der Große Generalstab gibt bekannt: In der Gegend von Szawle, westlich des Njemen, an der Narewfront und links der Weichsel hat sich nichts Wichtiges verändert. Am 6. u. 7. versuchte der Feind fluchtartig von Ossowic bei dem Dorfe Brjostowo, eine Brücke zu schlagen. Unsere Artillerie zerstörte aber die Brücke, deren Reste von unseren Patrouillen zerstört wurden. Im Tale der Bissa bemächtigten wir uns eines feindlichen Flugzeuges. Im Abschnitt Jednorosez-Prisajnyj fanden lebhafter Artilleriekampf und Einzelgefechte statt. In der Richtung auf Wolimow bei dem Dorfe Gumin gelang es dem Feinde, der unsere Stellung unter Benutzung giftiger Gase angriff, nirgends Fortschritte zu machen. Wir behaupten ungeschwächt unsere bisherige Front. In der Gegend von Sublin breitete sich unsere Offensive in der ganzen Gegend des Zuflusses Podlipa bis zu einem Bache südlich von Wyhawa aus. Der Feind zieht sich weiter zurück. Um uns aufzuhalten, widerstand er besonders hartnäckig bei der Höhe 118 südlich des Dorfes Wilkolaj Gornj. Die Zahl der Gefangenen ist auf über fünfzehntausend gestiegen. Zwischen Wyhawa bis zum westlichen Bug hat keine Operation stattgefunden, ausgenommen der Angriff eines deutschen Regiments bei dem Dorf Maslomencha, den wir zurückschlugen. Am Bug an der Zlota-Lipa und am Dnjestr keine Veränderung. Unsere Patrouillen klären an der ganzen Front auf. Dabei machten sie im Laufe von 24 Stunden einige Hundert Gefangene. Bei dem vergeblichen Angriff auf das Dorf Kupitscha am Bug ließ der Feind vor unserer Front rund 500 Tote und Verwundete zurück.

Warschau von der Zivilbevölkerung geräumt.

Petersburg, 9. Juli. (B. L. B.) „Rjeisch“ schreibt: Wenn die russische Regierung jetzt, wie sie es getan hat, den Zeitungen vorschreibt, in zureichendem Maße über die Kriegereignisse zu schreiben, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, so ist dagegen zu sagen, daß das Vertrauen zu den Erklärungen der russischen Zeitungen bereits erschüttert ist. „Rjeisch“ stellt fest, daß Warschau nunmehr von der Zivilbevölkerung und den Regierungsorganen geräumt sei.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. Juli. (B. L. B.) Der gestern nachmittag ausgegebene amtliche Heeresbericht lautet: Vom Meere bis zur Aisne wird gemeldet: Im Laufe der Nacht war ziemlich lebhafter Artilleriekampf um Souchez, langsame, aber andauernde Beschließung von Arras, heftige Kanonade zwischen Dize und Aisne auf dem Plateau von Rouoron. In der Champagne Minenkampf. In den Argonnen Gewehr- und Geschützfeuer ohne Infanterieaktion. Zwischen Maas und Mosel war die Nacht bewegt. Zwischen Fey-en-Gaye und dem Priesterwalde eroberten wir durch Kampf mit Handgranaten etwa 150 Meter der am 4. Juli verlorenen Schützengräben zurück. Bei Croix des Carmes griff der Feind abends auf einer Front von etwa 350 Meter nach einer Beschließung mit Vustorpedos und nach Schleudern von brennenden Flüssigkeiten an. Nachdem es den Deutschen gelungen war, in unserer vordersten Stellung Fuß zu fassen, wurden sie durch einen sofortigen Gegenangriff zurückgeworfen. Es gelang ihnen nur, sich in einigen Stücken unseres vordersten Schützengrabens zu behaupten. In den Vogesen, im Gebiete von Van de Sapt und Fontenelle trugen wir bemerkenswerte Erfolge davon. Nachdem wir den Feind aus dem Teil unseres früheren Schanzwerkes vertrieben hatten, den er am 22. Juni eingenommen hatte, bemächtigten wir uns der ganzen deutschen Verteidigungsanlagen vom Hügel südöstlich von Fontenelle bis zur Straße Launois-Rohemoutier. Der Gesamtgewinn stellt einen Fortschritt von 700 Meter Tiefe auf einer Front von 600 Meter dar. Wir nahmen 19 Offiziere, darunter einen Bataillonsführer, 2 Ärzte und 767 unverwundete Soldaten, die sieben verschiedenen Bataillonen angehören, gefangen. Unsere Ambulanzen nahmen 1 Offizier und 32 verwundete deutsche Soldaten auf. Wir erbeuteten ein 37-Millimeter-Geschütz, 5 Maschinengewehre, mehrere Bombenwerfer und Munition in großer Menge. Seit Tagesanbruch beschließt der Feind heftig die Stellungen, die er verloren hat.

Paris, 10. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Der Tag war auf der Gesamtheit der

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Juli 1915. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Tagsüber war die Gefechtsaktivität auf der ganzen Front gering.

Drei französische Angriffe bei Launois (am Südhang der Höhe 631 bei Van de Sapt) scheiterten bereits in unserem Artilleriefeuer.

Nachts wurde in der Champagne nordwestlich Beausjour-Ferme ein vorspringender französischer Graben gestürmt; östlich anschließend unternahm wir einige erfolgreiche Sprünge.

Zwischen Ailly und Apremont fanden vereinzelte Nahkämpfe statt. Im Priesterwalde verbesserten wir durch einen Vorstoß unsere neuen Stellungen. Seit 4. 7. sind in den Kämpfen zwischen Maas und Mosel 1798 Gefangene (darunter 21 Offiziere) gemacht, 3 Geschütze, 12 Maschinengewehre, 18 Minenwerfer erbeutet.

Bei Leintrey östlich von Lunéville wurden nächtliche Vorstöße des Feindes gegen unsere Vorposten abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Osowiec wurde ein feindlicher Angriff zurückgeschlagen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage der deutschen Truppen ist unverändert. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. Juli. (B. L. B.) Amtlich wird verkündet: 10. Juli 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Situation ist im Großen unverändert. Nördlich Radniz erneuerten die Russen in der vergangenen Nacht nochmals erfolglos ihre Angriffe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Ruhe an der kustenländischen Front hielt im allgemeinen an. Ein feindlicher Angriffsvorstoß bei Sdrausina wurde abgewiesen.

Im Karntner Grenzgebiet hat sich nichts ereignet. An der Tizoler Front wurde ein italienischer Angriff auf unsere Stellungen nordöstlich des Kreuzbergstels zum Stehen gebracht.

Gegen den Col di Lana gingen vorgestern nachmittags mehrere feindliche Bataillone vor. Das Feuer eines unserer Forts zwang sie zur Umkehr. Gestern vormittag versuchte ein Bataillon einen neuen Angriff. Erst auf die kleinsten Entfernungen beschossen, hatte es große Verluste und mußte gleichfalls zurück. Die braven Standschützen betätigten im schwierigsten Hochgebirge ihre Unternehmungslust in erfolgreichen Kämpfen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Front verhältnismäßig ruhig. Es ist keine Infanterieaktion gemeldet worden. Der Feind fuhr fort, Arras mit großkalibrigen Granaten zu beschleßen. Zwischen Dize und Aisne, in der Champagne, zwischen Maas und Mosel und im Walde von Apremont lebhafter Artilleriekampf. In den Vogesen richteten sich unsere Truppen in den bei Fontenelle eroberten Stellungen ein. Unser Kreuzfeuer machte dem Feind jeden Offensivvorstoß unmöglich, während unsere Batterien wirksam seine Beschließung hinderten.

Frenchs Meldung.

London, 10. Juli. (B. L. B.) General French meldet vom 6. Juli: Der Feind trachtete wiederholt, die verlorenen Laufgräben nördlich von Ypern zurückzuerobern. Alle deutschen Gegenangriffe wurden durch erfolgreiches Zusammenarbeiten unserer und der französischen Artillerie zum Stehen gebracht. Heute früh zog sich der Feind nach einer Beschließung, die zwei Tage und Nächte gedauert hatte, längs des Kanals zurück, so daß wir Gelände gewinnen konnten. Wir erbeuteten ein Maschinengewehr und drei Laufgrabenmörser. Alle eingelaufenen Meldungen weisen darauf hin, daß die feindlichen Verluste, besonders in den Gegenangriffen, schwer waren.

Verstimmung in Frankreich.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Zimmer zahlreicher werden die Anzeichen, die darauf hindeuten, daß in Frankreich die Pläne und Versprechungen nationalistischer Großmannsucht in den Massen des Volkes einer kritischeren Betrachtung begegnen und die Sehnsucht nach Frieden anschwellt. Freilich läßt die eiserne Gewalt der Zensur diese Stimmungen nicht zu offenem Ausdruck kommen, und man kann ihr Vorhandensein fast nur durch Schlüsse aus den Protesten, Mahnungen, Schimpfereien der Prediger des „Kriegs bis zum bitteren Ende“ feststellen. Aber die aufmerksame Lektüre der — allerdings sehr dürftigen — Berichte über die Verhandlungen der Kammern läßt die steigende Unruhe in der inneren Politik unterkennbar hervorbrechen. Die Unzufriedenheit der Parlamentarier knüpft vor allem an die tabularmäßige Rücksichtslosigkeit an, womit die Regierung das Kontrollrecht der Volksvertretung behandelt hat. Man hat ja die Kammern sozusagen weiterverleiben lassen, aber ihnen allerhand Kleinram zum Zeitvertreib hingeworfen und für die eigentliche Kontrolle die Armeeausschüsse bestimmt, die mit der Regierung bei vielen Gelegenheiten in heftige Reibung kamen, ohne jedoch unter den gegebenen Umständen der demokratischen Souveränität des Parlaments zum Sieg verhelfen zu können. Auf die wachsende Unzufriedenheit, vor allem mit dem Gebaren der Kriegsverwaltung, ist der Beschäftigungsdruck zurückzuführen, den Millerand mit der Errichtung des Unterstaatssekretariats für das Munitionswesen und der Berufung des Genossen Albert Thomas machte. Inzdes ist die Mißstimmung neuerdings im Senat hervorgebrochen, bei der Verhandlung über die Budget-Zwölftel für das dritte Quartal. Charakteristisch ist, daß zuerst Viviani die Kundgebung eines „überlegten, methodischen Vertrauens“ forderte und eine Erklärung „zur Verstärkung gewisser Mißverständnisse“ für notwendig hielt. Diese Erklärung suchte zunächst zu beweisen, daß die Regierung das Kontrollrecht der gesetzgebenden Körper gewahrt und die Wünsche der Armeekommission bezüglich der Beseitigung gewisser, nun einmal unvermeidlicher Lücken und Irrtümer berücksichtigt habe. Zum Schluß aber holte er die patriotischen Brusttöne hervor, die bei einer solchen Gelegenheit immer auf eine politische Bedrängnis hindeuten und eine Art moralischer Erpressung darstellen. Daß der progressivste Senator Hervey, der nach dem feierlichen Beifallsgeknatter das Wort verlangte, ausschließlich über den Viehstand im Departement Eure und über die Beforgnisse der bestehenden Massen wegen einer die Kapitalisten treffenden Finanzpolitik sprach, minderte die Wirkung des Vivianischen Feuerwerks erheblich. Nun erhob sich Millerand zur allgemeinen Ueberraschung — auch die Mitglieder der Armeekommission, gegen die sich sein Auftreten vor allem richtete, hatten nichts von seiner Absicht, zu sprechen, gewußt — und forderte ein ganz persönliches Vertrauensvotum. Seine Rede, die der Verteidigung seiner ganzen Amtsführung galt, ließ namentlich bei einigen Unterbrechungen, seltsame Lichter aufblitzen. Als er sagte, daß sich die Produktion vom 1. August bis 1. April verjehrsacht habe, rief der Senator Miliès-Lacroix, der vor dem Krieg wiederholt Berichterstatter über das Heeresbudget war: „Man müßte wissen, wie groß unsere Produktion am Beginn war!“ Worauf Millerand erwiderte: „Ich denke auf keine Frage und keine Interpellation zu antworten, besonders in der heutigen Sitzung!“ Diese Erklärung rief begreiflicherweise eine starke Bewegung im Haus hervor. Millerand setzte hierauf die Fortschritte in den Leistungen seines Ressorts auseinander, betonte seine Energie — 138 Generale, 600 höhere Offiziere habe er pensioniert — berief sich auf das Lob der Verbündeten, die die französischen Kriegsindustrien inspiert hätten und forderte von den Senatoren die gleiche Gerechtigkeit.

Die Drohung mit dem Rücktritt verflagte nicht, obwohl wie der „Matin“ feststellt, die Schlussworte des Kriegsministers nur „von einer gewissen Anzahl von Vätern“ applaudiert wurden. Das Gesetz wurde hierauf einstimmig angenommen. Daß die parlamentarische Situation damit noch nicht geklärt ist, geht aus dem Leitartikel Alfred Capus im „Figaro“ hervor, der über die Forderung des Vertrauensvotums schreibt:

„Zum erstenmal seit Beginn des Krieges ereignet sich ein solcher parlamentarischer Zwischenfall und hierdurch bekommt er einen ernsten Charakter. Die öffentliche Meinung ist über die mehr oder minder direkten Angriffe beunruhigt, die bisweilen in den Wandelgängen der einen oder anderen Versammlung gegen Herrn Millerand sichtbar wurden. Das Kriegsministerium ist das Zentrum der Organisation der Nationalverteidigung und hat so eine Bedeutung, die den Bereich der Politik bei weitem

übersteigt. Der Mann, der es innehat, ist zweifellos dem Parlament gegenüber verantwortlich, aber er darf nicht in einer Falle oder Intrige verschwinden, wie sonst irgendein Beamter. Was von der gestrigen Verhandlung bleibt, sind die eindrucksvollen Reden der beiden Minister und die einstimmige Annahme der Kredite. Der Rest — Couloirklatsch, angepönte Komplimente, verletzte Eigenliebe, enttäuschter Ehrgeiz, Gerüchte über Risse im Ministerium — ist nicht bestimmt, aus dem Schatten hervorzutreten. Der Senat hat zu viel Patriotismus, um sich zu einer politischen Krise herzugeben, von der man wenigstens das eine sagen könnte, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen der öffentlichen Meinung unverständlich wäre.

Wenn der „Figaro“ in dieser Weise seine Anrede zeigt, hat das wohl verschiedene Gründe. Zweifellos liegt den liberalen Kreisen gerade an Millerands Bleiben im Ministerium, weil sie in ihm einen Beschützer der ultramontanen Propaganda im Meer und des antirepublikanischen Offiziersklingels sehen. Daß bei der an der Regierung geübten Kritik persönliche Antriebe und Parteigeist mitwirken, ist natürlich zugegeben, indes würden diese Regungen schwerlich hervortreten, wenn der felsenfeste Entschluß nicht fortbauerte, der in Berlin den Frieden zu diktieren und das „Ende des Militarismus“ herbeizuführen gewiß war. Man darf wohl annehmen, daß die Mehrheit des französischen Volkes nichts mehr erhofft als ein baldiges Ende des Bürgerkrieges. Wenn aber die Friedenswünsche sich nicht hervorwagen oder, von einzelnen ausgesprochen, in den Volksmassen keinen lauten Widerhall finden, so tragen die Hauptschuld daran jene Kundgebungen, die Frankreich die Vernichtung seiner großstaatlichen Existenz, die Zerstückelung seines nationalstaatlichen Organismus und ein wirtschaftliches Verbluten androhen.

Neues vom Feldmarschall Hindenburg.

Aus dem Großen Hauptquartier wird geschrieben: Das vorläufige Ziel des Einmarsches in Aurland war, die Dubissa-Linie zu besetzen und Libau zu nehmen. Es ist erreicht worden und kann zweifellos behauptet werden. Unsere Stellungen sind dort sehr stark ausgebaut. Die weiteren Absichten müssen noch im Dunkeln bleiben. Aber schon mit den bisherigen Erfolgen können wir außerordentlich zufrieden sein. Die deutschen Truppen haben nicht nur im Vorwärtigen und im Kampf gegen einen stellenweise weit überlegenen Feind Hervorragendes geleistet, sondern auch einen schönen und wertvollen Teil des russischen Bodens besetzt.

Das süßliche Aurland ist landschaftlich von hohem Reiz. So sehr die frächtigen Hügelketten, die tagenden Wälder, die reich verteilten Buschgruppen, die zahllosen Gewässer, Seen und Sümpfe dem Krieger das Leben erschweren, so sehr entzücken sie den friedlichen Beschauer. Dabei nehmen sie dem Lande doch nicht den Reiz der ungeheuren Weite. Man braucht nur einen mäßigen Berg zu ersteigen, um einen herrlichen Rundblick in weitenweite Fernen zu genießen. Es ist wahrlich leicht zu verstehen, daß sich hier einst Deutsche niedergelassen haben. Leider merken hier von uns Truppen sehr wenig oder nichts. Die dünne deutsche Oberschicht ist zumeist verschwunden, als der Krieg in die Nähe kam, und die Landbevölkerung verhält sich keineswegs deutschfreundlich. Besonders über die Feindseligkeit und Spioniererei der Letzten, die ja seinerzeit von den Russen gegen die Deutschen aufgehetzt und revolutioniert wurden, klagen unsere Soldaten sehr. Weiter südlich bei den Litauern ist's aber auch nicht viel besser. Das Leben in diesen Landschaften, die außerhalb der wenigen Winter taum ein nach deutschen Begriffen anständiges Haus, selbst in den großen Ortschaften keine ordentliche Wirtschaft aufweisen, ist für die Okkupationstruppen alles eher als angenehm. Die russische Regierung hat diese ursprünglich reiche Gegend wohl absichtlich stiefmütterlich behandelt, sie mit Straßen und Eisenbahnen äußerst kärglich versehen. Die Abneigung gegen die deutsch-baltischen Großgrundbesitzer und die Furcht vor einem deutschen Einmarsch mögen da Hand in Hand gegangen sein. Immerhin war das Land noch nicht so verarmt, daß nicht bedeutende Vorräte an Lebens- und Futtermitteln, Vieh, Leber, Spiritus hätten für uns nutzbar gemacht werden können.

Von besonderem Wert war in wirtschaftlicher Hinsicht natürlich die Einnahme des großen Handelshafens Libau. In den Speichern dort haben wir ansehnliche Mengen von Exportwaren gefunden, die uns sehr zu statten kamen und den Störungsversuchen der russischen Kleinmarine zum Trotz munter nach Deutschland befördert werden. In Schanz- und Werkzeugsachen fand sich der Bedarf für eine ganze Armee. Die Fabrik, in der es hergestellt war, wird vom deutschen Gouvernement weiterbetrieben, ebenso werden in Libau jetzt für unser Heer angefertigt: Ketten, Beschläge, Stacheldraht. Eine Sattlerei und eine Gerberei sind im Gange; schließlich eine große Meierei zur Versorgung der armen Bevölkerung mit Milch. So leisten die Deutschen auch hier oben eine vorzügliche Organisationsarbeit, die sich selbst auf das Finanzwesen erstrecken muß, das infolge der mangelhaften Versorgung der russischen Regierung am völligen Zusammenbruch war. Die Stadt Libau hat Usignate ausgegeben, die als Zahlungsmittel dienen; die Libauer Bank beleibt die Requisitionsscheine mit 10 vom Hundert. Der Stadt ist keine Kontribution auferlegt worden, sie hat nur Verpflegungszuschüsse an die einquartierten Truppen zu zahlen. Diese werden für ihr kräftiges Zuhalten und ihre Mähen hübsch belohnt. Sie haben wohl von allen Truppen im Osten das angenehmste Leben. Libau ist eine ansehnliche Stadt und ein prächtiger Badeort mit vornehmen Villenstraßen, schönen Anlagen und herrlichem Strande. Die Russen, zumal die Beamten, sind meist geflohen.

Aber der Einfall in Aurland hat uns nicht nur wirtschaftliche Vorteile mannigfacher Art gebracht und ein wertvolles Stück Aurlands in die Hand gegeben, sondern er hat auch militärisch den bedeutenden Erfolg erzielt, daß der Gegner veranlaßt wurde, starke Kräfte dorthin zu werfen und dadurch seine Front an anderen Stellen zu schwächen. — Die Zusammenstöße der deutschen und der russischen Kräfte an der Dubissa-Linie haben unter vielfachen blutigen Kämpfen stattgefunden. Dabei sind unsere Truppen allmählich von der Defensiv-, die mit starken Gegenstößen geführt wurde, zur Offensiv übergegangen.

Aus der ersten Periode sei ein Gefecht herausgegriffen, das für die damaligen Kämpfe an der Dubissa bezeichnend ist und das ein vorbildliches Zusammenwirken der drei Hauptwaffen aufwies. Die Russen, die auf den Besitz der Dubissa-Stellung und besonders des sie beherrschenden Strahlennotens Russien den größten Wert legten, führten am 22. Mai eine neue Kerntruppe heran: die aus drei Infanterie-Regimenten und der zugehörigen Artillerie bestehende 1. kaukasische Schützenbrigade. Diese ging, unterstützt durch die 18. Kavallerie-Division, auf Rossien los, wurde aber zunächst einen ganzen Tag lang von den Vorposten unserer Kavallerie jen-

seits der Dubissa aufgehalten. Die Zeit genügte, um ausreichende deutsche Verstärkungen heranzuholen und einen Gegenstoß vorzubereiten. Am 23. Mai liehen wir den Feind über den Fluß herüberkommen und sich Rossien von Norden her nähern. Rasch aber wurde der größere Teil unserer Truppen um den westlichen Flügel des Gegners herumgeführt und zum Angriff bereitgestellt. Als es hell wurde, brach das Verhängnis los. Starke Artilleriefeuer aus unserer Stellung nördlich von Rossien ergoß sich auf die russischen Schützengräben. Gleichzeitig stürzte sich unsere Infanterie auf die Planke der russischen Stellung und rollte diese auf. Ohne ernstlichen Widerstand zu leisten, flohen die Russen nach der Dubissa zurück, um sich zunächst unserer Artilleriewirkung zu entziehen. Erst im Walde auf dem Westufer des Flusses setzten sie sich wieder fest. Nun machte sich aber der Druck unserer von Süden her vorgehenden Truppen fühlbar. Gleichzeitig griffen Teile unserer Kavallerie von Norden her gegen den Rücken ein.

Unter diesen Umständen setzten die Russen den Kampf nicht weiter fort. Sie vermochten auch die als Brückenkopf auf dem Westufer stark ausgebaut Stellung nicht zu behaupten. In lärmendem Anlauf überwandern unsere tapferen Truppen die Drahthindernisse, und nun stürzten die russischen Massen über das Tal der Dubissa zurück, um wirksamsten Feuer unserer Infanterie, Artillerie und Maschinengewehre. Dabei erlitten sie ganz gewaltige Verluste. Zahlreiche Verwundete brachen im Fluße zusammen und ertranken.

Aber auch auf den jenseitigen Höhen fanden die Russen keinen Schutz. Hier mußten sie den weiteren Rückzug unter dem flackernden Feuer unserer Kavallerie fortsetzen, die inzwischen den Fluß überschritten hatte und nun gegen die Rückzugstraße vorging. Wiederum häuften sich die Verluste.

Es ist begreiflich, daß sich unter diesen Umständen nur Trümmer der kaukasischen Schützen zu retten vermochten. 2500 Gefangene und 15 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Rechnet man die blutigen Verluste hinzu, so haben die Russen mindestens die Hälfte ihres Bestandes eingebüßt. Die Brigade war für längere Zeit gefechtsunfähig und zeigte auch später, als sie mit neuen Mannschaften wieder aufgefüllt war, keine rechte Kampfkraft mehr. Unsere Truppen dagegen, die verhältnismäßig geringe Verluste erlitten hatten, zogen fröhlich singend in ihre Stellungen ein. Ihre heitere Siegeszuversicht war herabsetzend.

Ähnliche wohlgeungene Vorstöße gegen den immer von neuem andrängenden Feind haben unsere Truppen mehrfach an der Wenta ausgeführt. Am 5. Juni setzte dann eine vom Armeekommando geleitete Offensive auf der ganzen Linie ein, die unsere Linien wieder ein beträchtliches Stück vorwärts schob. Wir kamen über die Dubissa hinaus, erzwangen in hartnäckigen schweren Kämpfen den Uebergang über den Windamskanal, besetzten die vielumtrittene blutgetränkte Höhe 145 bei Bubi, schoben uns so weit an Szawle heran, daß unsere schwereren Geschütze schon in die Stadt hineinreichten, und nahmen Auge, 12 Kilometer nordwestlich von Szawle; am 14. Juni fand diese Operation ihr vorläufiges Ende. Das weitere bleibt abzuwarten.

Die Russen haben in allen diesen Kämpfen ungeheure Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen gehabt. Dagegen sind sie mit ihrer schweren Artillerie sehr vorzüglich geworden und in Offizieren sehr knapp. Bezeichnend ist, daß unter 14 000 Gefangenen nur wenige Offiziere waren und kein Geschütz genommen wurde. Das scheint Anzeichen für den Verfall der russischen Heeresmacht auch an dieser Stelle zu sein. Sie sollen beobachtet und verwertet werden.

Westlicher Kriegsschauplatz. Austausch französisch-deutscher Sanitätsmannschaften.

Paris, 9. Juli. (B. L. V.) Der „Temps“ veröffentlicht eine halbamtliche Note, die besagt, daß die französische Regierung beschlossen hatte, die gefangene deutsche Sanitätsmannschaft in Frankreich zurückzuhalten, weil die französische Sanitätsmannschaft, die von der deutschen Armee gefangen worden war, im allgemeinen in deutscher Gefangenschaft gehalten worden sei. Die langen Unterhandlungen hierüber seien nunmehr abgeschlossen. Nach dem neuen Uebereinkommen werden Ärzte, Seelforger, Apotheker, Verwaltungsoffiziere, Sanitätsmannschaft, Krankenträger und Krankenträger beider Armeen gleichzeitig freigelassen werden mit Ausnahme derjenigen, die vorläufig zur Pflege der Kranken, Verwundeten und Gefangenen ihrer eigenen Rationalität zurückgehalten werden. Eine Anzahl von Kriegsuntauglicher von Konstantinopel und Lyon aus heimbeordert, die übrigen werden mit Sondertransporten zurückgeschickt.

Die englischen Verluste.

London, 10. Juli. (B. L. V.) Die letzte Verlustliste bezeichnet 55 Offiziere und 920 Mann.

Der italienische Krieg. Der italienische Kriegsbericht.

Rom, 9. Juli. (B. L. V.) Bericht der Obersten Heeresleitung. Im Daonetal verfuhr der Feind einen Handstreich gegen die Befestigung des Gipfels Bozzola, wurde aber zurückgeschlagen. Im Hochtale des Flusses Anzuel eröffnete unsere Artillerie das Feuer gegen das Fort von Pischwiese, beschädigte es schwer und verurteilte einen Brand. In Ranten griff der Feind am 8. Juli unsere Stellungen am Zellenkessel und auf der Grünen Schneid an. Er wurde mit Verlusten zurückgeworfen. Das gleiche Schicksal hatte ein nächstlicher Angriff gegen den Großen Pal. Unsere Artillerie fährt fort, die Werke von Malborgeth und vom Predil zu beschleßen. An der übrigen Front ist die Lage unverändert. Es wird gemeldet, daß der Feind im Gebiete des Bern häufig Explosivkörper verwendet. Eines unserer Flugzeuge beschloß aus einer Höhe von weniger als hundert Metern den Bahnhof von Radreina und beschädigte das Ziel schwer.

Der italienische General Porro in Paris.

Paris, 10. Juli. (B. L. V.) Meldung der Agence Havas. Der italienische General Porro ist gestern hier eingetroffen. Er begab sich in das Kriegsministerium, wo er mit Millerand eine lange Unterredung hatte. General Porro stattete am Nachmittag Poincaré, Viviani und De Cassis Besuche ab, mit denen er gleichfalls lange Besprechungen hatte.

Der türkische Krieg. Der türkische Generalstabsbericht.

Konstantinopel, 9. Juli. (B. L. V.) Bericht des Hauptquartiers: An der Kaukasusfront wurde der Angriff einer starken feindlichen Abteilung, die die Kavallerie des Feindes

auf ihrem Rückzuge am linken Flügel decken sollte, blutig zurückgeschlagen. Der Feind hatte mehr als hundert Tote und ebensoviel Verwundete. Unsere Kavallerie verfolgt die Russen.

An der Dardanellenfront brachte unsere Artillerie dem Feinde bei Ari Burnu Verluste bei. Wir stellten fest, daß der Feind eine große Zahl Verwundeter fortschaffte. Bei Sedd ul Bahr wurde der Versuch eines feindlichen Bombenangriffes gegen einige Gräben unseres rechten Flügels mit großen Verlusten für den Feind zurückgewiesen. Während des ganzen Tages dauerte der Kampf um die Artillerie- und Infanteriefeuer und der Kampf mit Bomben mit Unterbrechungen an. Unsere anatolischen Batterien beschossen wirksam das feindliche Lager und die Landungsstelle von Sedd ul Bahr.

In der vergangenen Woche sank aus unbekannter Ursache ein großes Schiff im Suezkanal, was zur Einstellung der Schifffahrt im Kanal führte.

An der Front von Irak wurde am 7. Juli in einem Kampf zwischen einem Geschwader von feindlichen Kanonen-Motorbooten, die von Bassora auf dem Suphrat herangekommen waren, und unseren Kanonenbooten das feindliche Befehlshaberschiff schwer beschädigt und von zwei Booten weggeschleppt. Wir erlitten keine Verluste.

Konstantinopel, 10. Juli. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Kaukasusfront verfuhr am 8. Juli ein feindliches Kavallerieregiment auf dem rechten Flügel in der Nähe der Grenze eine unserer Abteilungen anzugreifen, die dem Feinde eine beherrschende Höhe abgenommen und besetzt hatte. Wir schlugen den Feind unter schweren Verlusten für ihn zurück.

An der Dardanellenfront trat am 9. Juli bei Ari Burnu und Sedd ul Bahr keine Veränderung ein: es fand dort nur das gewöhnliche Artillerie- und Infanteriefeuer statt. Unsere vorgeschobenen anatolischen Batterien beschossen wirksam das feindliche Lager bei Tefke Burnu sowie das Gelände in der Umgebung von Sedd ul Bahr und eine auf dem Marsch befindliche Infanterieabteilung. Am Nachmittag brach in der Umgebung von Tefke Burnu ein großer Brand aus; wir hörten von Zeit zu Zeit Explosionen.

Auf den übrigen Fronten hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Englische Niederlage in Arabien.

London, 10. Juli. (B. L. V.) Wie aus einem offiziellen Berichte aus Aden hervorgeht, haben die in Arabien stationierten englischen Truppen am 4. d. Mts. eine schwere Niederlage erlitten. Ein türkisches Korps, bestehend aus mehreren tausend Mann, begleitet von freiwilligen Arabern, griff bei dem Orte Jurebs das dort befindliche englische Kamelreitkorps an, dem 250 Mann Infanterie und Artillerie beigegeben waren. Trotzdem die Engländer aus Aden Verstärkungen erhielten, konnten sie sich gegen Tagesanbruch infolge einer Platanenbewegung der Türken nicht mehr halten. Sie zogen sich aus dem brennenden Jurebs auf eine zweite Linie bei Dirnase zurück, konnten sich aber auch hier infolge großen Wassermangels und der fortgesetzten heftigen Angriffe der Türken nicht halten. Die gesamte englische Streitmacht mußte sich auf Aden zurückziehen, das Hinterland befindet sich vollständig in türkischem Besitz. Der englische Bericht sagt noch hinzu, daß die britischen Truppen außer unter der Hitze und dem Wassermangel noch sehr viel unter den Angriffen der desertierten arabischen Geschößträger zu leiden hatten.

London, 10. Juli. (B. L. V.) Reuter meldet amtlich: Infolge von Gerüchten, daß eine türkische Streitmacht von Yemen im Hinterlande von Aden die Grenze überschritten habe und gegen Lahedj vorrückte, schickte der Offizier, der in Aden den Oberbefehl führt, ein Kamelkorps zur Aufklärung aus. Das Korps berichtete, daß eine türkische Abteilung mit Feldgeschützen und einer großen Zahl von Arabern heranrückte. Es zog sich nach Lahedj zurück, wo es durch die Vorhut einer beweglichen Kolonne aus Aden, bestehend aus 250 Infanteristen mit zwei zehnpfüßigen Geschützen verstärkt wurde. Unsere Truppen in Lahedj wurden am 4. Juli von einer aus mehreren tausend Türken bestehenden Streitmacht angegriffen, die über zwanzig Geschütze verfügte und durch zahlreiche Araber verstärkt wurde. Unsere Truppen hielten sich aber trotz des feindlichen Feuers bis zum Einbruch der Nacht in den Stellungen. Ein Teil der Stadt Lahedj brannte. In der Nacht fanden noch Kämpfe von Mann gegen Mann statt. Frontangriffe des Feindes wurden abgewiesen. Später begann der Feind aber unsere Truppen auch aus der Planke anzugreifen. Inzwischen zog der Rest der beweglichen Kolonne aus Aden nach Lahedj. Er wurde durch Wassermangel und den lockeren Sand in seinen Bewegungen aufgehalten. Infolgedessen wurde beschloßen, die kleine Truppenabteilung, die Lahedj hielt, solle sich zurückziehen. Der Rückzug wurde am 5. Juli morgens in guter Ordnung durchgeführt. Das Detachement stieß zu dem Rest der Kolonne, der sich in Birnast befand. Außer unter großer Hitze und Wassermangel hatten unsere Truppen auch unter Desertionen arabischer Transportgehilfen zu leiden. Sie zogen sich daher nach Aden zurück. Drei britische Offiziere wurden verwundet. Wir nahmen einen türkischen Major und dreizehn Mann gefangen.

Der Seekrieg. Vom U-Bootskrieg.

London, 10. Juli. (B. L. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. „Nation Lightbody“, ein stählerner Dampfer mit dreitausend Tonnen Gerste an Bord, nicht wie gemeldet mit Nitrat beladen, befand sich auf dem Wege nach Dungenstown, um Anweisungen zu empfangen. Der erste Offizier teilte mit, daß seit der Ausreise aus Liverpool am 23. März nichts Besonderes geschehen sei. Bis gestern Abend um 8 Uhr ungefähr hundert Meilen südwestlich von Cork ein deutsches Unterseeboot in Sicht kam, das sich nach Aufleuern eines Warnungsschiffes näherte und der Besatzung befahl, das Schiff zu verlassen und binnen 10 Minuten die Boote zu besteigen. Es wurden zwei Boote festgemacht, in denen der Kapitän und 25 Mann Platz nahmen. Das Unterseeboot feuerte sechs Projektilen auf das Schiff ab. Dieses sank erst, als ein Torpedo abgeschossen wurde. Das Unterseeboot war grau angestrichen und ungefähr 130 Fuß lang; es verschwand in nordöstlicher Richtung, die Besatzung bestand aus 10 Russen, drei Amerikanern, zwei Norwegern und einem Dänen sowie einem Amerikaner.

London, 10. Juli. (B. L. V.) Loyds meldet aus Peterhead: Der russische Dampfer „Anna“, 2000 Tonnen, von Archangelsk nach Hull unterwegs, wurde durch ein deutsches Unterseeboot angegriffen. Die Besatzung wurde in Peterhead gelandet, das Schiff selbst treibt noch und bildet eine Gefahr für die Schifffahrt.

London, 10. Juli. (B. L. V.) (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Der norwegische Dampfer „Noordak“ aus

*) Siehe Nr. 168 und 166 des „Vorwärts“.

Bergen wurde bei Peterhead von einem deutschen Unterseeboot torpediert. Die gesamte Besatzung wurde gerettet.

Anmerkung des W. L. B.: Selbstverständlich hat das Schiff Bomben an Bord gehabt.

Verfening eines deutschen Dampfers.

Rixiana, 10. Juli. (W. L. B.) In Groetoch gelandete Deutsche melden, daß ein englisches Torpedoboot gestern nacht einen Frachtdampfer unbekannter Nationalität zwischen Groetoch und Bodoe versenkt habe. Nach einem anderen Bericht wurde der Dampfer von einem größeren Kreuzer zum Sinken gebracht und die Besatzung von diesem an Bord genommen. Nach einem Telegramm des „Morgenblattes“ handelt es sich anscheinend um einen deutschen Erzdampfer, der gestern mittag Karbil verließ.

Rixiana, 10. Juli. (W. L. B.) „Aftenposten“ erzählt aus Götterburg vom 9. Juli: Der gestern beschossene Postdampfer soll das deutsche Schiff „Friedrich“, mit Aisladung von Karbil sein. Die Besatzung, die wahrscheinlich aus Norwegern besteht, soll gefangen sein. Das Nachschiff „Michael Sara“ ging ebenfalls Poststellung des Dries ab. Viel Grad treibt auf dem Meere umher.

Eine amtliche schwedische Erklärung über die Behandlung der schwedischen Post.

Stockholm, 10. Juli. (W. L. B.) Amtlich wird bekanntgegeben: Eine von den Postbehörden angestellte Untersuchung betreffend die Behandlung der Post der von deutschen Kriegsschiffen aufgebrachtene schwedische Dampfer „Vjoern“ und „Thorsten“ ergab, daß die auf dem letztgenannten Schiff befindliche Post sofort unerschütet wiedergestellt wurde, daß aber die mit dem „Vjoern“ befrachtete Post erst nach und nach und mit einer bedeutenden Verzögerung nach Schweden zurückgeliefert wurde, wobei festgestellt wurde, daß gewisse Sendungen nach Ländern, die mit Deutschland im Krieg befindlich sind, von den deutschen Zensurbehörden geöffnet worden waren. Anlässlich dessen wurde der Gesandte Seiner Königl. Majestät in Berlin beauftragt, bei der deutschen Regierung gegen das Vorgehen der deutschen Behörden Protest einzulegen, unter Hinweis auf die Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 betreffend gewisse Einschränkungen bei der Ausübung des Rechts zur Aufbringung im Seekrieg.

Erschwerung der amerikanischen Baumwollausfuhr nach Skandinavien.

London, 10. Juli. (W. L. B.) Der Präsident des Board of Trade gibt bekannt, daß die Baumwollausfuhr von England nach Skandinavien verboten ist. Ausnahmen von der allgemeinen Regel sind von der Genehmigung in jedem einzelnen Falle abhängig. Ebenso sollen alle Baumwollladungen von Amerika nach Skandinavien festgehalten werden, sofern Anlaß zu Misstrauen vorliegt, ob die Ladungen in Wirklichkeit nicht für feindliche Länder bestimmt sind.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Kapitulation der deutschen Truppen in Südwestafrika.

Pretoria, 10. Juli. (W. L. B.) Meldung des Reuters Bureau. Die deutschen Truppen in Südwestafrika, die sich ergeben haben, betragen 204 Offiziere, 3166 Mann mit 37 Feldgeschützen und 22 Maschinengewehren.

London, 10. Juli. (W. L. B.) Reuters Sonderdienst meldet aus Kapstadt:

Botha verlangte die Uebergabe der Deutschen bis zum 9. Juli, 5 Uhr nachmittags, widrigenfalls der Angriff beginnen würde. Die Deutschen sahen ein, daß sie keine Hoffnung auf Entkommen hatten und nahmen deshalb das Ultimatum an. Die gesamte deutsche Streitmacht, die nach der Union gebracht wird, soll gefangen gehalten werden, bis der Krieg beendet ist, außer den Gefangenen, die in einem vorgeschriebenen Bezirk auf Ehrenwort freigegeben werden.

Dieselbe Quelle meldet aus Pretoria: General Botha berichtet, daß die Umzingelungsbewegung sehr schwer durchzuführen war. Man mußte unausgesetzt Tag und Nacht marschieren und lange Strecken ohne Wasser mit großer Geschwindigkeit durchqueren. Eine berittene und eine unberittene Infanteriebrigade werden vorläufig in Otavi bleiben. Gemäß den Uebergabebedingungen werden die Offiziere der aktiven Truppen ihre Waffen behalten. Sie können gegen Ehrenwort ihren Wohnplatz unter gewissen Einschränkungen auswählen. Die übrigen Gefangenen werden in Orten, die die Union ihnen anweist, interniert. Die Reservisten aller Ränge werden ihre Waffen abliefern, ein Paroleformular ausfüllen und nachher wieder nach ihren Wohnorten zurückkehren können, um ihren gewohnten Berufen nachzugehen. Die Offiziere dürfen ihre Pferde behalten. Die bürgerlichen Behörden können nach ihren Wohnorten zurückkehren, nachdem sie eine Paroleerklärung unterzeichnet haben, aber ohne ihr Amt ausüben und Gehaltsansprüche an die Union stellen zu können. Alles Kriegsmaterial wird an die Union abgeliefert. In dem Paroleformular verpflichtet sich der Unterzeichnende, die Feindseligkeiten während des gegenwärtigen Krieges nicht wieder aufzunehmen.

Anmerkung des W. L. B.: Diese Reutersmeldungen beweisen, daß die Uebergabe unter sehr ehrenvollen Bedingungen an die erdrückende englische Uebermacht erfolgt sein muß.

Proletarische Friedenspropaganda.

Die „Bosnische Zeitung“ berichtet nach dem „Hamburger Echo“:

„An der Schweiz ist auf Veranlassung der italienischen sozialistischen Partei eine Zusammenkunft zahlreicher ausländischer Genossen: Schweizer, Italiener, Russen, Polen, Deutsche, Oesterreicher und Ungarn, abgehalten worden, wobei zur Förderung der Einigkeit der Arbeiterklasse der Schweiz und des Auslandes gegen die sie bedrohenden chauvinistischen Strömungen folgendes Arbeitsprogramm aufgestellt wurde:

1. Dem nationalstaatlichen Einfluß, den die bürgerliche Presse aller Länder auf die Arbeiterklasse auszuüben sucht, eine organisierte fortgesetzte sozialistische Propaganda zur internationalen Vereinigung der Arbeiterklasse gegenüberzustellen und zwar durch Veröffentlichungen in der sozialistischen und Arbeiterpresse und durch Vorträge.

2. Sämtliches Material, das sich auf die Opposition des Proletariats gegen den Krieg bezieht, zu sammeln, es so viel wie möglich in den neutralen und kriegsführenden Ländern zu verbreiten, ebenso wie die Veröffentlichung aller Dokumente, die sich auf die Stellungnahme der sozialistischen Parteien der neutralen und kriegsführenden Länder beziehen und deren Verbreitung in ihrer Sprache an die Partei- und Gewerkschaftsblätter zu beforsen.

3. Sich zur Verfügung der Parteien zu halten für alles das, was die Wiederaufnahme der Internationale fördern kann.

Die so begründete Vereinigung sozialistischer Arbeiter verschiedener Länder nimmt alle ihren Arbeitsprogramme zustimmenden organisierten Parteigenossen auf. Ein Exekutivkomitee von fünf Genossen wurde in der konstituierenden Versammlung gewählt und beauftragt, einen Aufruf an die Arbeiter in der Schweiz zu erlassen, in dem zum Beitritt zur Vereinigung aufgefordert wird.

Das „Hamburger Echo“ bemerkt dazu unter anderem: „Nach diesem Programm scheint es sich um eine Propagandagesellschaft zu handeln, die nach eigener Art für die Wiederaufnahme der Internationale wirken und zugleich eine Sammelstelle für die Opposition gegen den Krieg werden will.“

Friedensundgebung in Bukarest.

Aus Bukarest wird uns geschrieben: Am Sonntag, den 4. Juli d. J., hielten unsere Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften eine große Friedensversammlung ab. Nachdem die Genossen C. Popovici, G. Cristescu, J. Frimu, Dr. E. Arbore, G. Pretescu, D. Marinescu und Dr. C. Macovski referiert hatten, nahm die Versammlung, in der über 10000 Personen anwesend waren, mit großer Begeisterung die folgende Resolution an:

„Das Proletariat und die Bürger der Hauptstadt protestieren zunächst mit allem Nachdruck gegen die Ungeheuerlichkeit vom 13. Juni, wo uns das Meeting im Cismegiuipark unterjagt wurde; sie protestieren gegen die sogenannte „Nationale Aktion“, die Rumänien in den Krieg drängen und dadurch das Land in eine furchtbare Katastrophe hineintreiben will. Sie protestieren gegen die Gleichgültigkeit der Regierung, die keine Maßnahmen ergreift, um das Leben der Bevölkerung zu erleichtern. Sie protestieren gegen die Prohibitionsmaßregeln, die den Handel verhindern und Tausende häußerlicher Wirtschaften dem Ruin zuführen. Sie verlangen die Aufhebung der einschränkenden Maßregeln, um die Verbilligung der Lebenshaltung herbeizuführen. Sie verlangen die Einberufung des Parlamentes für die Annahme der versprochenen und stets vertagten Reformen. Das Proletariat in Bukarest nimmt die Kundgebung der deutschen sozialdemokratischen Partei zugunsten des Friedens zur Kenntnis. Sie laden auch die Sozialisten in den übrigen kriegsführenden sowie in den neutralen Ländern ein, alle Kräfte für den nahen Triumph des Weltfriedens zu entfalten. Sie wenden sich insbesondere an die Sozialisten in den Balkanländern, ihnen versichernd, daß das Proletariat Rumaniens und die Bürger der Hauptstadt für die Verwirklichung der föderativen Balkanrepublik zu kämpfen bereit sind. Es lebe der Frieden! Es lebe der Sozialismus!“

Italienischer Kriegsfreiwilliger aus der Partei ausgeschlossen.

Bern, 9. Juli. (W. L. B.) „Rugbo Giornale“ in Florenz meldet, daß die dortige sozialdemokratische Parteileitung einen Kriegsfreiwilligen aus der Partei ausgeschlossen habe, weil die freiwillige Meldung zum Kriegsdienst gegen die Parteigrundzüge verstoße.

Kriegsfragen im englischen Parlament.

London, 10. Juli. (W. L. B.) Unterhaus. Lord George sagte auf Befragen: Es ist ein bestrannter Mann gemacht worden, um gelehrte Arbeiter vom Heere zur Munitionsherstellung zu beurlauben. Dies gelte jedoch nicht von den Soldaten an der Front oder solchen, die gerade an die Front gehen sollten. Tennant sagte auf eine Anfrage hin, daß die Munitionsfabriken, die neue Werke errichtet hätten und jetzt Arbeiter abgeben müßten, in einzelnen Fällen von der Rekrutierung befreit würden. Es sei in diesem Falle, Ausnahmen für alle zu machen. Bei der Kommissionsberatung über die Registrierungs-Bill forderte der Unionist Mac Kell, daß auch Irland unter das Gesetz gestellt würde. Staatssekretär Birrell sagte, daß der größte Teil der irischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sei. Außerdem beständen in Irland Polizeiregister aller Haushalte, so daß eine Registrierung schnell und vollkommen erfolgen könnte. O'Connor, Nationalist, sagte, die Iren hätten das bloße Wort „Wehrpflicht“. Er hoffe, daß nichts geschehen werde, um Irland zu reizen. Generalanwalt Carson sagte, diejenigen Teile Irlands, die die Registrierung wünschten, sollten sie erhalten. Die Entscheidung erfolge jedoch nur durch den Vizekönig. — Bei der dritten Lesung der Bill erneuerten einige Liberale ihre bekannten Bedenken gegen die Bill, während andere für sie eintraten. Der Liberale Pratt sagte, ein freiwilliges System werde England retten, und ein Systemwechsel werde großes Unheil bringen. Er unterstütze die jetzige Regierung, wie die frühere; das Volk müsse Vertrauen zu der Regierung haben, aber es müsse viel mehr erfahren. Die „Times“ und andere Blätter machten mysteriöse Andeutungen über die Lage. Das Volk müsse darüber aufgeklärt werden. Man überzeuge das Volk davon, daß die Staatsmaschine in starken Händen sei und keine politischen und militärischen Intrigen vorgehen. — Die Bill wurde darauf unter Beifall in dritter Lesung angenommen. — Das Unterhaus nahm sodann in erster Lesung die Bill über die obligatorische Geburtenanzeige an.

London, 10. Juli. (W. L. B.) Unterhaus. (Nachtrag.) Lord Robert Cecil sagte auf eine Frage: Die Regierung hat seit Beginn des Krieges verschiedenen Neutralen Mitteilung über die Bewaffnung von Handelsschiffen gemacht. Verarmte britische Schiffe verkehren regelmäßig mit verschiedenen Ländern.

Eine Rede Kitcheners.

London, 10. Juli. (W. L. B.) In der Guildhall fand gestern eine patriotische Versammlung statt, in der Kitchener über die hervorragende Hilfe der Dominions und Indiens, die sich vom Kriegsbeginn ab um das Mutterland geschaut hätten, sprach. Er sagte weiter: Kurz darauf kamen die Kanadier. Sie bieten jetzt dem Feinde eine unüberwindliche Front. In den Darbaneln vollbrachten Australier und Neuseeländer mit den anderen bereits genannten Truppen Woffentaten von beinahe beispielloser Größe. Sie bringen den Feldzug einem guten Ende näher. Südafrika erbot sich, nicht zufrieden damit, daß der Feldzug gegen Deutsch-Südwestafrika beendet ist, Truppen nach dem Hauptkriegsschauplatz zu senden. Ueber die Rekrutierung sagte Kitchener, daß der Zustrom an Rekruten von Anfang an beständig war, daß er aber noch mehr Leute brauche. Das Publikum habe mit zunehmendem Interesse das Waschen und die rasche Ausbildung der neuen Armee verfolgt. Die Armee habe Ziffern erreicht, die noch vor kurzem

un glaublich erschienen wären. Es seien aber noch viele Leute nötig, um die Lücken auszufüllen. Das Stillstehen der Rekrutierung über die neue Armee erklärte Kitchener aus dem Munde, daß es für den Feind wichtig wäre, die genaue Zahl zu kennen. Kitchener verlangte, man solle alle gesunden Männer auffordern, Dienst in der Armee zu nehmen, die Umbeherateten nicht. Die Zahl der Rekruten brauche jetzt nicht mehr wegen Mangel an Vorbereitungen beschränkt werden. Man könne alle Leute unterbringen und ausrüsten.

Ein Kriegssteuer-Antrag in Frankreich.

Paris, 10. Juli. (W. L. B.) „Petit Parisien“ meldet: Die Deputierten Tournan, Driest und mehrere andere brachten einen Gesetzesantrag ein auf Einführung einer Kriegssteuer auf alle Einkommen, die seit dem Beginn des Krieges gleichgeblieben oder gestiegen sind. Einkommen bis zu 2400 Franken sollen unbesteuert bleiben. Der steuerfreie Betrag erhöht sich um 100 Franken für jeden Monat, während dessen das Familienoberhaupt mobilisiert ist, um 800 Franken für jede Person, welche vom Familienoberhaupt ernährt wird.

Der Seniorenkonvent für schnelle Einberufung der Duma.

Petersburg, 9. Juli. (W. L. B.) Der Seniorenkonvent der Duma beschloß, das Ministerium zu ersuchen, die Einberufung der Duma zu beschleunigen. Andernfalls würde das Eingreifen der Duma zu spät kommen.

Die Verhandlungen der Balkanstaaten.

Von der italienischen Grenze, 10. Juli. (Z. II.) Die „Corriere della Sera“ aus Risik erzählt, habe man in Serbien hinsichtlich der Unterhandlungen mit Rumänien und Bulgarien immer ein Gefühl der Unsicherheit wegen ihrer Entschliessungen gehabt, umso mehr, als dieser Lage aus Bukarest die Nachricht gekommen sei, Ministerpräsident Bratianu habe dem russischen Gesandten erklärt, in Betracht der militärischen Lage Rußlands und der Regelung der Frage des Banats nach Beendigung des Krieges behalte sich Rumänien das Recht vor, den günstigen Zeitpunkt für sein Eingreifen selbst zu wählen. Ein in Risik durchreisender griechischer Politiker habe erklärt, Griechenland könne am Kriege nicht teilnehmen, solange Bulgarien neutral bleibe. Es sei unbedingt nötig, den Befehl Mazedoniens, das Serbien und Griechenland gehören müsse, zu verteidigen, andererseits könne es Bulgarien gelingen, sich Saloniki zu bemächtigen und durch Albanien einen Weg nach der Adria zu bahnen, was für Griechenland verhängnisvoll werden müsse.

Rüstungsmaßnahmen in Australien.

Melbourne, 10. Juli. (W. L. B.) Im Repräsentantenhause hat Premierminister Fisher mitgeteilt, die Regierung beabsichtige, ein Marinedepartement zu errichten, um die Aufgabe des Verteidigungsministers zu erleichtern. Ferner erklärte er, er beabsichtige die Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Registrierung der jungen Leute und die Aufstellung einer Kommission, worin die gleiche Anzahl von Vertretern beider Parteien und zwei Vertreter der Regierung eines jeden Landes Sitz haben sollen. Diese Kommission würde sich mit allen Kriegsfragen zu befassen haben. Die Presse begrüßt diese Ankündigung sympathisch.

Kriegsbekanntmachungen.

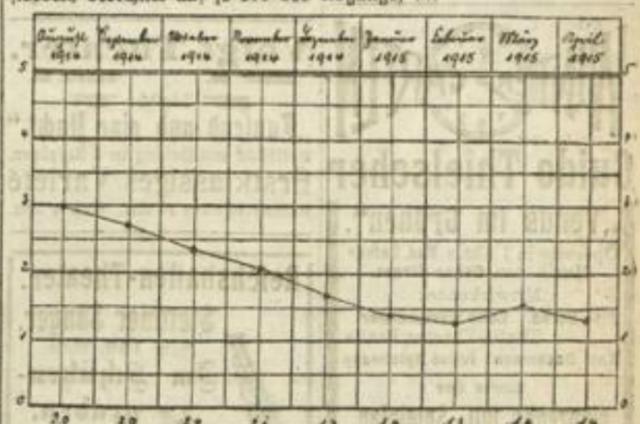
Eine Lazarett-Statistik.

Von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatsgebietes behandelten Angehörigen des deutschen Feldheeres kamen im Abgang, berechnet auf je 100 des Abganges, als:

im	dienstfähig	gestorben	andereweitig*)
August 1914	84,8	5,0	12,2
September 1914	88,1	2,7	9,1
Oktober 1914	88,9	2,4	8,7
November 1914	87,8	2,1	10,6
Dezember 1914	87,8	1,7	10,5
Januar 1915	88,7	1,4	9,9
Februar 1915	88,6	1,3	10,0
März 1915	88,9	1,6	9,5
April 1915	91,2	1,4	7,4
Durchsch. August 1914 bis April 1915	88,5	1,9	9,6

*) anderweitig = Dienstunbrauchbarkeit, Beurlaubung. Ein Teil von diesen Leuten hat später die Dienstfähigkeit wieder erlangt, so daß die Zahlen der als „dienstfähig“ Entlassenen in Wirklichkeit etwas größer als angegeben sind.

Von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatsgebietes behandelten Angehörigen des deutschen Feldheeres sind gestorben, berechnet auf je 100 des Abganges, im



Urlaubsgesuche.

Ueber Urlaubsgesuche für Heeresangehörige wird amtlich mitgeteilt: In letzter Zeit gehen beim Kriegsministerium viele Gesuche um Beurlaubung von Mannschaften, insbesondere zur Hilfeleistung bei der bevorstehenden Ernte ein. Durch diese Vorlagen wird die Entscheidung auf die Gesuche erheblich verzögert, weil nicht das Kriegsministerium, sondern die Truppenbefehlshaber darüber Entscheidung treffen. Im Interesse schneller Erledigung kann nur empfohlen werden, die Gesuche unmittelbar den Generalkommandos, stellvertretenden Generalkommandos oder den Regimentern usw. vorzulegen. Eine weitere Beschleunigung läßt sich dadurch erreichen, daß den Vorgesetzten auf Urlaub im Interesse der Landwirtschaft die vorgeschriebene Bescheinigung des Landrates beigefügt wird, aus der hervorgeht, daß eine entsprechende Arbeitskraft anderweitig nicht gewonnen werden kann. Auch bei anderen dringlichen Urlaubsanträgen empfiehlt es sich, eine amtliche Bescheinigung der unbedingten Notwendigkeit des Urlaubs beizufügen.

Sonder-
Preise

A. WERTHEIM

G. M. B. H. Bis
Mittwoch

Porzellan und Glas

Billiges weißes Porzellan

- Speiseeller tief oder hoch 18 Pf.
- Frühstücksteller 12 Pf.
- Kompotteller 10 Pf.
- Bratenschüsseln oval 25 Pf. bis 1.10
- Kompottschüsseln 12 Pf. bis 65 Pf.
- Kartoffelnöpfe 95 Pf. 1.25
- Saucieren 48 65 Pf.
- Terrinen 1.35 1.75
- Kaffeekannen 45 Pf.
- Milchtopfe 8 10 15 Pf.
- Zuckerboxen 15 Pf.
- Tassen 12 Pf.

Kaffeegeschirr „Margarete“

- Kaffeekannen 1.05 1.35 1.65
- Teekannen 60 Pf. bis 95 Pf.
- Milchtopfe 13 Pf. bis 63 Pf.
- Kudenteller 65 Pf.

- Kannenuntersetzer 25 Pf.
- Marmeladendosen 35 Pf.
- Butterdosen 63 85 Pf.
- Teller klein 25 27 Pf.
- Tassen 27 35 Pf.
- Zuckerboxen 30 35 40 Pf.

Tafelgeschirr mit Goldrand

- Speiseeller tief oder hoch 35 Pf.
- Frühstücksteller 25 Pf.
- Kompotteller 16 18 Pf.
- Bratenschüsseln oval 45 Pf. bis 2.85
- Bratenschüsseln rund 1.25 1.50
- Beilagschalen 60 Pf.
- Kartoffelnöpfe 1.85 2.30
- Saucieren 85 Pf. 1.05 1.30
- Salzgefäße 27 Pf.
- Kompottschüsseln 35 Pf. bis 1.55
- Terrinen 3.20 4.20

Glas-Milchsatten
weiss 7 Pf. und 12 Pf.

Kaffeegeschirr
für 6 Personen, 9teilig
3.25 3.40 5.25
für 12 Pers., 16teilig . . . 5.90 9.75

Tassen mit Goldrand . . . 20 Pf.
dekoriert 22, 28, 35 Pf.

Pressglasgarnitur „Olivenmuster“

- Butterdosen 45 Pf.
- Käseglocken 55 Pf.
- Kompottschüsseln rund, von 6 bis 38 Pf.
- Kompottschüsseln geschw., v. 8 bis 60 Pf.
- Kudenteller 32 55 72 Pf.
- Kompotteller 6 Pf.
- Geleedosen 23 Pf.
- Zuckerschalen 16 18 Pf.

- Bierbecher glatt 13 14 18 Pf.
- Eiergarnitur gepresst, 7teilig 90 Pf.
- Wassersatz gepresst, 4teilig 90 Pf.
- Bierkrüge glatt von 45 bis 80 Pf.
- Milchgläser gepresst, 1/2 Liter 18 Pf.
- Wassergläser gepresst 5 6 Pf.

- Bierbecher geschliffen 25 27 Pf.
- Käseglocken geschliffen 55 1.15

- Salatschüsseln geschliffen 40 Pf. b. 1.25
- Kompotteller geschliffen 22 27 Pf.
- Weinrömer graviert 18 28 45 Pf.
- Sturzflaschen mit Glas 48 65 90 Pf.
- Blumenvasen 42 Pf. bis 2.65
- Wassergläser geschliffen 28 Pf.
- Wasserflaschen geschliffen, v. 67 Pf. b. 1.90

Trinkglas-Margarete Hans

- garnituren graviert geschliffen
- Weißweingläser 32 Pf. 50 Pf.
- Rotweingläser 32 Pf. 50 Pf.
- Süßweingläser 28 Pf. 45 Pf.
- Likörgläser 25 Pf. 40 Pf.
- Bowlengläser 40 Pf. 65 Pf.
- Bierbecher 25 Pf. 32 Pf.
- Selberbecher 25 Pf. 27 Pf.

Nur Leipziger Str. 1
Krumreich's Konserv-Krüge mit Verschluss
für 1/2 3/4 1 1 1/2 2 Liter
65 70 75 95 Pf. 1.05

Wirtschafts-Artikel

Feuerfestes Kochgeschirr gelb glasiert
Kasserollen von 42 Pf. bis 1.10
Schmortöpfe von 70 Pf. bis 1.40
Milchkocher 38, 65, 80 Pf.

- Roßhaarbesen 3 Sorten 1.60 bis 2.25
- Roßh.-Handfeger 3 Sorten 1.20 bis 1.60
- Haarbesen grau, 3 Sorten 85 Pf. bis 1.60
- Handfeger grau, 4 Sorten 50 Pf. bis 85 Pf.
- Schrubber ohne Stiel, 3 Sorten 30 Pf. bis 50 Pf.
- Schneurbürsten 2 Sorten 25 Pf. bis 30 Pf.
- Kopfbürsten 4 Sorten 80 Pf. bis 1.75
- Kleiderbürsten 4 Sorten 85 Pf. bis 1.60
- Wand-Kaffeemühlen 1.75

- Aermelplättbretter 45 Pf.
- Plättbretter bezogen 2.25 2.50
- Holztafel 4 Sorten 85 Pf. bis 2.60
- Kleiderbügel für die Reihe 8 12 15 Pf.
- Wichsgarnituren für die Reihe 55 u. 75 Pf.
- Gläsereller mit verschiebbarem Rand 9 Pf.
- Eplöffel versilbert 80 Pf.
- Teelöffel versilbert 45 Pf.
- Blitzblank Scheuerpulv. 6 Pakete 45 Pf.

Eisschränke
110rig, mit Butterkasten
Höhe 100 cm 110 cm
Breite 69 cm 69 cm
Tiefe 64 cm 40 M. 63 cm 45 M.

210rig, mit Butterkasten
Höhe 100 cm 103 cm
Breite 130 cm 124 cm
Tiefe 64 cm 70 M. 63 cm 76 M.

- Eismaschinen 4 Sorten 6 M. bis 10 M.
- Fruchtsaftpressen kleine 1.10 große 6.75
- Pastiermaschinen 4 Einlagen 2.85
- Rasierapparate 6 Einlagen 2.65
- Tafelmesser mit Dörsenöffner 85 Pf.
- Eßbestecke blanker Helle Paar 45 Pf.
- Eßbestecke schwarze Helle Paar 45 65 Pf.
- Teelöffel Aluminium Dutzend 1.60
- Eplöffel Aluminium Dutzend 2.50

- Spirituskocher mit Kasserolle 2.50 2.90
- Spirituskocher 6 Sorten 30 Pf. bis 2.75
- Spiritusplatten 3 Kilo 5.50
- Gazeführer Blech, lackiert 6.75
- Gartenschlaucht Meter 2.50
- Schlauchwagen 9.50 13.50
- Gießkannen grün lackiert 80 Pf. 1.10
- Gartengießkannen verzinkt 3.30 bis 3.60
- Rasenmäher 2 Größen 24 25 26 M.

Ferner: Verschiedene Posten: Emaillierte Geschirre Soweit Vorrat!

Theater für Sonntag, den 11. Juli.

- Deutsches Künstler-Theater.**
8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand.
- Deutsches Opernhaus Charlottb.**
8 Uhr: Hans Heiling
- Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**
3 1/2 Uhr: Wohltätigkeitsveranstaltung für erblindete Krieger.
- 8 1/2 Uhr: O, diese Leutnants!**
- Kleines Theater.**
8 1/2 Uhr: Ein kostbares Leben.
- Lessing-Theater.**
8 1/2 Uhr: Seine einzige Frau.
- Lustspielhaus.**
8 1/2 Uhr: Herrschaft. Diener gesucht
- Schiller-Th. Charlottenbg.**
8 Uhr: Alt-Heidelberg.
- Thalia-Theater.**
8 Uhr: Eine verflixte Annonce.
- Theater am Nollendorfpl.**
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
- Trianon-Theater.**
3 1/2 Uhr: Die Waive aus Lowood.
8 1/2 Uhr: Die Heiratschule.
- Volksbühne. Theater am Bülowplatz**
8 Uhr: Pension Schölller.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Rorichplatz 10623, 3578. Bureau: Rungelstraße 30.

Versammlungen der Vertrauensmänner u. Generalversammlungs-Delegierten

Bezirk Neukölln
Dienstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Ideal-Kaffeehaus, Weichselstr. 8.

Bezirk Süden.
Dienstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Ewald, Schönleinstr. 6.

Einsetzer!

Die Bezirksversammlungen finden heute Sonntag, den 11. Juli, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.
Achtung! Im S. Bezirk wird nach wie vor kassiert. 85/10

Mitteilung.
Auf Beschluß des Vorstandes wird allen Frauen, deren Männer Ende Oktober 1914 und später zum Heeresdienst einberufen sind, eine einmalige Unterstützung von 6 M. gezahlt.
Die Auszahlung erfolgt täglich, außer Sonnabend, im Bureau, Rungelstr. 30, Zimmer 1, in der Zeit von 9-1 Uhr und 4-7 Uhr.
Als Legitimationen bitten wir den behördlichen Unterstützungsausweis mitzubringen.
Die Kollegen werden gebeten, die in Frage kommenden Frauen hierauf hinzuweisen.
Die Ortsverwaltung.



Denkt an uns sendet
Galem-Aleikum oder Galem Gold Zigaretten
Willkommenste Liebesgabe
Preis: No 3 1/2 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.
20 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei!
50 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient-Tabak- u. Cigaretten-Fabr. Venidze Dresden,
Jnh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen

URANIA

Taubenstraße 48/49.
Sonntag und Montag 8 Uhr:
An den Grenzen von Südtirol und Italien.

Rose-Theater.

8 1/2 Uhr: Die Fliegerbraut.
Gartenbühne: Lieb Vaterland

Walhalla-Theater.

8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.
Gartenbühne: Vorstellung, Apollonlänger.

WINTERGARTEN

Guido Thielscher
„Venus im Grünen“
Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Else Borna Lotte Werkmeister
Thalia-Theater, Berlin
Karl Bachmann Julius Spielmann
sowie der
glänzende Juli-Spielplan.

Voigt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich: „Tausend und eine Nacht“
Vollständ. mit Gesang in 8 Aufzügen.
Erstklassiges Varieté
Staffelöffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum 159. Male:
Im Schützen-graben.
Militärisches Zeitbild von Meyel.
Anfang Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Palast

Heute 2 Vorstellungen
8 1/2, und 8 Uhr.
Nachm. jed. Erwachs. 1 Kind frei.
In beiden Vorstellungen d. un-
gekürzte neue Programm u. a.:
Das lenkbare Luftschiff im Zu-
schauerraum. Kein Trick, sond.
ein wissenschaftl. Experim. d.
Ing. Bohle.—Der Menschenaffe
„Urian“ als Universalkünstler.
— Kleine Preise! —
Angenehm kühler Aufenthalt.

Spezialarzt

Haut-, Horn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weintraube jeder
Art, Ehrlich Gata - Kuren in
u. Co. fons.
Dr. Homeyer Laborat. i.
Vier-
untersuchung, Fäden i. Horn u. w.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Banopistum
Ehr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Leihzabi.
Separates Damenzimmer.

SINGER NÄHMASCHINEN

für Hausgebrauch und für den Erwerb.
Zu haben in den Läden mit neben-
stehendem Schild oder durch deren
Agenten.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Filialen in allen Stadtteilen.

Kranzspenden

Blumenarrangements
liefert schnell und billig Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 3041.7303.

Offene Füße

Kramfadergeschwüre,
auch veraltete, schmerzhaft
Wunden, Entzündung u. unerträgl.
Jucken heilt ohne Nachteil laut
vielen Erfolgsberichten die echte
„Olinda-Salbe“. Absolut mil-
deste naturgemäße Wirkung.
M. 1.15 und 2.75. Otto Reichel,
Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Italien in Kriegszeiten.

Aus Italien wird uns vom 30. Juni geschrieben: Der Umschlag vom Frieden zum Kriege war für Italien bei weitem nicht so jäh wie für die andern Staaten, die kaum Zeit hatten, um sich zu sehen, ehe sie den Feind an den Grenzen hatten. In der langen Krise seiner Neutralität hat Italien alle Kriegsfolgen im voraus kennen lernen können, teils auf dem Umwege fremder Erfahrung, teils unmittelbar am eigenen Leibe. So hat es keine ruckweise Verlegung in einen ganz neuen Zustand erfahren, sondern nur ein Fortschreiten in einer im großen ganzen bekannten Richtung.

Dies gilt vor allem für das Wirtschaftsleben. Alle Bitternis des Krieges hat man da in den zehn Monaten der Ungewißheit schon vorweg gelöst. Der Außenhandel lag schon vorher daneben, die Kohlenbeschaffung war schon zur Zeit der Neutralität ein Problem und die Arbeitslosigkeit war durch den Rückstrom der Auswanderer wesentlich fühlbarer als sie es heute ist, wo die Mobilmachung viele Arbeitsstellen vakant gemacht hat. Unheilvoller als die Arbeitslosigkeit selbst und sie ursächlich wesentlich mitbedingend ist die Kreditkrise und diese war schon vor dem italienischen Kriege da. Die kleinen und mittleren Betriebe finden keinen Kredit mehr. Eine übertriebene und underechtmäßige Vorsicht scheint das flüssige Geld verschluckt zu haben. Wie in allen Krisenzeiten flieht das Geld den sichersten Anlagen, den öffentlichen Sparnissen, zu, oder versteckt sich in den Händen der Kapitalisten in Erwartung großer Profite. Daher Mangel an Bargeld und erhöhte Kaufkraft des Geldes: Verbilligung aller Luxusartikel, für die natürlich auch die verminderte Nachfrage stark ins Gewicht fällt. Wahrscheinlich wird die Regierung über kurz oder lang genötigt sein, gewissen Folgen dieser Kreditkrise durch besondere Maßnahmen den Stachel abzubrehen.

Weniger getroffen ist das Proletariat durch die wachsende Arbeitslosigkeit für Frauen und Mädchen. Die Militärlieferungen geben zahllosen Frauen und Mädchen Arbeit, die ihre Kinder tagsüber in den Krippen für die Kinder der Reservisten unterbringen. Auch werden viele Frauen bei den Rührarbeiten angestellt bei Stundenlöhnen von 40 bis 50 Cent.

Auf dem Lande können sich wirtschaftliche Rückschläge des Krieges in den ersten Monaten nicht fühlbar machen. Dem Mangel an Arbeitern für die Ernte hat man durch Massenbeurlaubung der Einberufenen und durch bedeutende Fabrikermäßigungen für Erntearbeiter abzuwehren gesucht. Mehr als durch den Krieg ist die Landwirtschaft durch die Ungunst der Witterung geschädigt, durch die häufigen Regengüsse, die sie an die fast Tag für Tag einströmenden Gewitter anschließt. Die Heftigkeit der Niederschläge hat in vielen Orten das Korn niedergeschlagen, so daß für die Wahl die Anwendung von Mähmaschinen ausgefallen ist, was eine stärkere Verwendung von Arbeitern mit sich bringt. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres beträgt die Feuchtigkeitsmenge der Niederschläge etwa dasselbe, wie die Gesamtmenge der letzten zwei Kalenderjahre! Verhängnisvoll war der beständige Regen besonders für das Frühjahrsobst, für Erdbeeren und Kirichen, die in Rom schon nach wenigen Tagen vom Markt verschwanden. Auch die Traubenernte des Jahres ist ernstlich durch die Feuchtigkeit bedroht, die die Entwicklung von Krankheiten der Reben begünstigt. Am wenigsten gelitten hat die Getreideernte, für die das Internationale Institut für Landwirtschaft dieser Tage die folgenden (schätzungsweise) Erträge bekannt gegeben hat: 55 Millionen Doppelzentner Weizen (119,3 Proz. der vorjährigen Ernte), 2 Millionen Doppelzentner Gerste (132 Proz.) und 4,5 Millionen Doppelzentner Hafer (115,6 Proz.). Für die Abschätzung der Reis- und Maisernte ist es bis jetzt noch zu früh; beide leiden nicht unter der Feuchtigkeit.

Als Mißstand wird es im Proletariat, und zwar mehr im ländlichen als im städtischen, empfunden, daß die Unterhaltungs- berechtigung der Eltern erst mit dem 60. Jahre beginnt. Das mittlere Alter der Eheschließung beträgt in Italien für den Mann 26 Jahre und dürfte auf dem Lande erheblich niedriger sein. Die Eltern von Söhnen in dienstpflichtigem Alter sind also vorwiegend jünger als 60 Jahre, daher nicht unterhaltungsberchtig.

Wenn das Proletariat bis jetzt wirtschaftlich unter dem Kriege nicht schwer, ja vielleicht weniger leidet als unter der Neutralität, so gilt daselbe von der Beamtenschaft. Allen Eingezogenen läuft ihr volles Gehalt weiter. Dazu kommt, daß viele als Reiserbeoffiziere relativ hohe Löhne beziehen, so daß ein römisches Blatt bereits gegen die Häufung von Gehältern Stellung genommen hat. Der Nachteil des Krieges fällt bis jetzt fast ausschließlich auf die kleinen Gewerbetreibenden und auf die freien Berufe; die Kreditkrise und die Einschränkung aller nicht notwendigen Ausgaben trifft diese Kreise am allerstärksten.

Was die Lebensmittelpreise betrifft, so hat sich der Rückgang des Weizenpreises von 42 auf 32 Lire, der im Anschluß an die amerikanische Ernte und im Hinblick auf die bevorstehende einheimische Ernte eintrat, noch nicht in den Detailpreisen für Brot und Teigwaren geltend gemacht: Brot kostet weiter etwa 48, Teigwaren 65 bis 70 Cent, das Kilo. Einen sehr bedeutenden Aufschlag haben die Fleischpreise erfahren, was sich einmal aus den starken Bedürfnissen des Heeres und dann daraus erklärt, daß an Stelle der militärisch requirierten Kastpferde vielfach Ochsen verwendet werden. Die Preissteigerung für Rindfleisch beträgt etwa 65 Proz. seit Beginn des Krieges; damals wurde der Meterzentner Lebendgewicht mit 90 Lire bezahlt, heute stellt er sich auf 140 und sogar 150 Lire. Man wies der Feuerung durch Einfuhr von Gefrierfleisch und lebendem Vieh zu begegnen suchen.

Zur wirtschaftlichen und finanziellen Seite des Krieges gehört auch die Anbringung der Mittel für die Kriegshilfe. Außerdem geben die betreffenden Zahlen auch einen Maßstab für den Gemeinfinn der verschiedenen Städte. Die Sammlung für das Rote Kreuz, für die Kinder der Eingezogenen usw. hat bis jetzt in Mailand 4,7 Millionen ergeben, in Rom dagegen nur 1,1 Millionen, weniger als in dem halb so großen Genoa, wo beinahe 1 1/2 Millionen aufgebracht wurden! Ueber den Erfolg der neuen 4 1/2 prozentigen Emission, die zu 93,7 Proz. ausgegeben wird, läßt sich vorläufig nichts sagen.

Wah einiger Unsicherheit in den ersten Wochen läßt jetzt die Zensur der Diskussion über die wirtschaftliche Lage ziemlich freien Lauf. Abgesehen vom „Avanti“, an dem der Zensur kaum mehr als Haut und Knochen läßt, beschränkt sich die Zensur immer mehr auf das rein Strategische. Man findet nie den Namen oder die Nummer eines Regiments oder eines Ortes in den militärischen Berichten, soweit es nicht offizielle Berichte sind. Es heißt übrigens, daß der Generalstab keine Verlustlisten veröffentlichen werde; jede Familie wird privatim von dem Tode Angehöriger benachrichtigt.

Sobald man aber das rein militärische Gebiet verläßt, findet man eine ganz ansehnliche Freiheit der Diskussion.

Von den beiden im Mittelpunkt des Interesses stehenden Fragen: der Haltung der Balkanstaaten und der Ausdehnung des italienischen Krieges, wird die erste mehr referierend behandelt. Vor der italienischen Kriegserklärung galt das Eingreifen Rumäniens als sicher und dicht bevorstehend: heute erscheint es zweifelhaft. Ueber die Ausdehnung des italienischen Krieges haben wir zwei Ansätze einer Diskussion gehabt. Der Reformist De Felice hat im „Messaggero“ die Zweckmäßigkeit betont, sich auf die Besetzung der von Italien erstrebten Gebiete zu beschränken, während der Republikaner Parlati in derselben Zeitung für die Notwendigkeit eintrat, die italienische Aktion auch auf andere Schauplätze auszudehnen. Dann brachten die römischen Abendblätter am 26. Juni die Nachricht, daß Italien sich verpflichtet habe, an den Operationen in den Dardanellen teilzunehmen und zunächst durch kleinere und ältere Schiffe einige englische Superdreadnoughts ersetzen werde. Das bedeutete: Ausdehnung auf einen zweiten Kriegsschauplatz, mit dem ausdrücklichen Zweck, England zu entlasten, und schloß die Kriegserklärung an die Türkei ein, deren Gesandter bis jetzt noch ruhig in Rom lebt. Die Kommentare gaben Gelegenheit, zwei Richtungen zu unterscheiden, deren eine den Krieg nur zur Vollendung der italienischen Einheit will, während die andere alle Zwecke der Entente als Zweck des italienischen Krieges ansieht. Am nächsten Tag wurde die Dardanellennachricht offiziell dementiert. Daß man die Veröffentlichung nur einem Versehen der Zensur zu danken hat, ist wenig wahrscheinlich.

Ueber die Haltung des Deutschen Reiches kursieren die abenteuerlichsten Gerüchte. Die wenigsten wünschen einen Krieg mit Deutschland, was einige Blätter nicht hindert, schon jetzt die Haltung einzunehmen, als ob der Krieg erklärt wäre. Manche Zeitungen halten dafür, daß eine Kriegserklärung nicht unerlässlich sei, zur Beteiligung Deutschlands an dem Kriege, andere behaupten, daß Deutschland seinem östlichen Bundesgenossen von Anfang an erklärt hätte, mit Italien einzig zu werden, wenn er nicht allein dem neuen Gegner gegenüberstehen wollte, wieder andere halten das Eingreifen Deutschlands nur für eine Frage der Zeit.

Die Regierung schweigt zu allem, ja, man hat den Eindruck, daß die minder strenge Handhabung der Zensur der Absicht entspringe, den unbeanstandeten Nachrichten nicht den Charakter der Offiziösität zu geben, den sie in strengem Zensurregime automatisch erlangen.

Unter den Dingen, die die Zensur verschont, sind auch die Soldatenbriefe, die aber für den nicht-italienischen Leser eine rechte Enttäuschung sind, da sie in ihrem Schwulst mehr Schlußsätzen als natürlichen Ergüssen junger Leute gleichen. Vieles ist daran die geringe Vertrautheit vieler Soldaten mit der Feder schuld, die bekanntlich leicht zur Ueberrahme stereotyper Wendungen führt. Wir neigen freilich mehr dazu, der schlechten Auswahl die Schuld zu geben: die Briefe werden wohl schon für die Veröffentlichung geschrieben und den Journalisten gefallen gerade die am besten, die am geschwollensten und unwahrscheinlichsten sind. Ueber die Feldpost wurde Anfangs viel gellagt; jetzt ist man mit ihr zufrieden.

Politische Uebersicht.

Der Führer der Freikonservativen gegen gleiche politische Rechte.

In der „Post“ schreibt der Freiherr v. Zedlig: Bei dieser Gelegenheit mag darauf hingewiesen werden, wie völlig hasserlos die sozialdemokratische Behauptung ist, daß die Einführung des Reichswahlrechts in den Bundesstaaten, insbesondere auch in Preußen und Sachsen, eine Konsequenz des Grundgesetzes der politischen Gleichberechtigung sei, und daß die Ablehnung dieser Maßnahme die Bedeutung einer Verletzung der Gleichberechtigung an die Arbeiterschaft habe. Wenn der verfassungsmäßige Grundgedanke der Gleichheit vor dem Rechte diese Bedeutung hätte, so würde daraus die weitere Konsequenz folgen müssen, daß auch in bezug auf die Pflichten gleiches Recht gegenüber dem Staate bestände. Man würde also, wenn man aus jenem verfassungsmäßigen Grundgedanke die Forderung herleitet, daß jeder ohne Unterschied das gleiche Stimmrecht haben müsse, auch die weitere Konsequenz zu ziehen haben, daß jeder nunmehr auch dem Staate das gleiche leisten müsse. Die Forderung der Einführung des gleichen Stimmrechts in den Bundesstaaten würde daher, abgesehen von anderen dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkten, notwendig zur Voraussetzung haben, daß an Stelle der gegenwärtig noch Vermögen und Einkommen abgestuften Steuerleistung eine gleiche Kopfsteuer für alle eingeführt würde. Das würde aber von den Anhängern des gleichen Wahlrechts mit Recht als eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Schichten der Bevölkerung von geringerer steuerlicher Leistungsfähigkeit bezeichnet werden. Aber mit demselben vollen Rechte muß es als eine überaus schwere Ungerechtigkeit gegenüber allen denjenigen Staatsbürgern, welche dem Staate gegenüber mehr als die Person als Wert in die Waagschale zu legen haben, bezeichnet werden, wenn ihre Stimme für die Wahl nicht höher bewertet werden soll als die der großen Menge, welche nur für ihre eigene Person in Betracht kommen.

Diese Argumente sind nichts weniger als neu. Da der freikonservative Führer offenbar Gewicht darauf legt, die alten Ablehnungsgründe vor dem Weltkriege auch jetzt wieder den nicht gleichberechtigten Wählermassen zum Bewußtsein zu bringen, wollen auch wir sie dem Volke nicht vorenthalten.

Der Bund der Landwirte meldet seine Forderungen an.

Im „B. d. L.“ wird die Stelle eines „Vorwärts“-Artikels wiedergegeben, die folgendermaßen lautet:

Nach dem Abschluß des Krieges werden besonders auch in der inneren Politik so wichtige Aufgaben zu lösen sein, wie das seit der Gründung des Deutschen Reiches noch niemals der Fall war. Wir denken an die Verteilung der Lasten, die dieser Weltkrieg dauernd dem Volke auferlegen wird, an die Schwierigkeiten bei der Fortführung der Sozialpolitik, an die großen wirtschaftlichen Kämpfe, an die Reformen, die es auf dem Gebiete des Verfassungswesens durchzuführen gibt. In der kommenden Zeit wird der deutschen Arbeiterklasse eine starke, einige Sozialdemokratie nötiger sein denn je.

Dazu bemerkt das Organ des Bundes der Landwirte: Auch wir wollen über die großen vaterländischen Aufgaben der Gegenwart nicht ganz vergessen, daß nach dem reichem Abschluß dieses Krieges so wichtige Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten der inneren deutschen Politik zu lösen sein werden, wie das seit der Gründung des Deutschen Reiches noch niemals der Fall war. Bei der Lösung dieser Aufgaben muß sich auch die deutsche Landwirtschaft mit

ihrer ganzen Schweregewicht beteiligen, wenn sie sich ihre Bedeutung in dem hoffentlich nach innen und außen verstärkten und erweiterten deutschen Vaterlande sichern will. In dieser Zeit wird den deutschen Landwirten eine starke einige Organisation, wie sie solche sich durch mehr als 20jährige Arbeit in ihrem Bunde geschaffen haben, nötiger sein als je zuvor!

Das Gemeindevahlrecht der Kriegsteilnehmer.

Amlich, Berlin, 10. Juli. (B. L. B.) Zur Erhaltung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer ist soeben mit Gesetzeskraft eine königliche Verordnung ergangen, die den Gemeinden die Befugnis gibt, durch Gemeindebeschluß für die Jahre 1915 und 1916 anzuordnen, entweder, daß von einer Aufstellung, Berichtigung und Auslegung der Liste der stimmberechtigten Bürger (Gemeindeglieder) ganz abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird, oder daß bei Aufstellung und Berichtigung der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer eine Minderung der veranlagten Steuerlaste oder Einkommensbezüge gegenüber der letzten endgültigen Liste außer Betracht bleibt.

Ministerielle Verfügung über die Fürsorge für Kriegswaisen.

Das „Justizministerialblatt“ bringt die folgende allgemeine Verfügung des preussischen Justizministers vom 7. Juli, betreffend die Fürsorge für die Kriegswaisen:

Besonders verantwortungsvolle Aufgaben erwachsen in der gegenwärtigen Zeit für alle mit der Jugendpflege betrauten Organe durch die Fürsorge für die Kriegswaisen, die vor Not zu bewahren und zu tüchtigen und brauchbaren Staatsbürgern zu erziehen eine Ehrenpflicht des Vaterlandes ist. Auch die Vormundschaftsrichter sind berufen, zur Erfüllung dieser Ehrenpflicht beizutragen. Die Wege, die sich ihnen hierfür bieten, bestehen vor allem in eingehender Beratung der Vormünder, in anregender und belehrender Einwirkung auf die Waisenträte in den Waisenzusammenfassungen und in planmäßigen Zusammenarbeiten mit den Organisationen der freien Liebeshätigkeit. Vielfach wird die Fürsorge für die Kriegswaisen durch die Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel erschwert sein. Die Vormundschaftsrichter werden daher mit den Vormündern namentlich auch zu erörtern haben, in welcher Weise etwaige Ansprüche der Waisen auf Gewährung von Unterhalt gegen Unterhaltspflichtige oder auf Waisenzuschüsse gemäß dem Militärhinterbliebenengesetz oder der Reichsversicherungsordnung geltend zu machen sind, sowie ob die Möglichkeit besteht, durch geeignete Anträge an die Verwaltung von Stiftungen usw. weitere Mittel zu erlangen. Für besonders geboten erachte ich es ferner, daß den kinderlosen Familien, welche Kriegswaisen an Kindes Statt anzunehmen beabsichtigen und deshalb Befreiung von dem erforderlichen Alter nachsuchen, durch verständnisvolles und wohlwollendes Eingehen auf diese Gesuche die Ausführung ihrer Absicht erleichtert wird. Bereits in der Rundverfügung vom 18. Dezember 1903 (Waller, Justizverwaltung, 8. Aufl., S. 1182), in der auf die bei der Bearbeitung der Befreiungsgesuche zu beachtenden Gesichtspunkte hingewiesen ist, wird den Gerichten empfohlen, nicht den geschäftlich unerfahrenen Waisenträgern zu machen, deren Erfüllung (wie die Beibringung amtlicher Urkunden und Auskünfte) mit Schwierigkeiten für sie verbunden ist, sondern tunlichst durch unmittelbares Benehmen mit den sämtlichen Behörden, deren Mitwirkung erforderlich ist (Polizeibehörde, Standesamt, auswärtiges Gericht), die Angelegenheit zu fördern. In besonderen Maße ist ein solches Entgegenkommen bei der Annahme von Kriegswaisen an Kindes Statt angezeigt. Endlich wird in geeigneten Fällen der Erlass von Stempeln und Kosten im Gnadenwege beantragt werden können.

Wolfgang Heine gegen die Quertreiber und über den Aufruf des Parteivorstandes.

Einem Artikel Wolfgang Heines in den „Sozialistischen Monatsheften“ entnehmen wir folgende charakteristische Stellen:

„Einfach ist die Lage in der Sozialdemokratie nicht,“ schrieb neulich ein führendes fortschrittliches Blatt. Man muß anerkennen, daß das mißlich ausgedrückt ist, und daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung in anständiger Weise darauf verzichten, die Verantwortung dieser Verhältnisse zu übernehmen gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. Gewiß tun sie das nicht aus Liebe zu uns, wohl aber aus der Einsicht in die Notwendigkeit, in dieser Zeit des Handelns die Einmütigkeit im Volk zu erhalten, um dem Hauptziel der Verteidigung des Vaterlandes nicht Abbruch zu tun. Sie zeigen dabei mehr Verantwortlichkeitsgefühl und politisches Urteil als die Schreier, die selbst in dieser Weltkatastrophe, wo der Haß der zum Ausbruch entschlossenen Feinde Deutschland mit Vernichtung bedroht, einem blinden Doktrinarismus folgen, ohne nach den Folgen für unser Volk zu fragen, die jetzt die Einigkeit der Partei und den festen Zusammenhalt zur Verteidigung im Kriege fördern, zur Freude des feindlichen Auslands...“

Im Februar habe ich in meiner Schrift „Gegen die Quertreiber“ gesagt, daß niemand auf meine Frage, wie die Partei in der Gefahr des Vaterlandes sich hätte anders verhalten sollen, antworten würde. Ich schrieb: „Einfach deshalb, weil nur zwei Antworten darauf denkbar sind: Entweder das Eingeständnis, daß es auch ihnen nicht möglich ist, eine andere Stellung zum Krieg zu finden als wir, gegen die sie jetzt losziehen; dies Geständnis müßten bei einigem Nachdenken alle ablegen, die unsere deutschen Arbeiter und die Organisationen, die ihnen alles bedeuten, vor den Folgen einer Niederlage bewahrt sehen wollen, und das möchten, denke ich, doch auch sie. Oder aber, die Antwort müßte ein Bekenntnis zu Hoffnungen und Aussichten enthalten, die, wirklich ungeschwinkt ausgesprochen, die Empörung und Verachtung des ganzen Volkes, gerade auch der Arbeiter, entfachen würden, dergestalt, daß jeder, der sie äußerte, fürchten müßte, gelacht zu werden.“ Zwischen haben einzelne Leute wirklich solche Bekenntnisse abgelegt. Es ist ganz gut so: Da erfahren die Genossen im Reich und in den Schützengräben doch einmal, worauf die ganze Hebe hinausläuft, was ihre unweigerliche Konsequenz ist. Und ich denke, daß viele, die aus Schwermüdigkeit oder Gewohnheit des Opponentens sich von den Quertreibern haben einfangen lassen, zur Besinnung kommen werden, wenn ihnen klar wird, wo sie sich befinden...“

Darum ist es auch ganz verfehlt, gegen die von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebene Erklärung „Sozialdemokratie und Frieden“ vorzugehen. Diese Erklärung zeigt den festen Willen des Parteivorstandes, am Standpunkt vom 4. August festzuhalten. Sie wendet sich gegen die Irreführung der deutschen Parteigenossen und gegen die Verleumdung, daß die Anhänger der Vaterlands-

verteidigung keinen Frieden wünschlen, sie verlangt Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung. Es war hohe Zeit, daß eine solche Erklärung abgegeben wurde, die sowohl eine Zurückweisung der Notabekanntmachung Albrecht und Genossen als des Triumvirats Bernstein-Daase-Kautsky bedeutet. Dieser Hauptteil der Erklärung ist so wichtig, daß man die letzten, weniger glücklichen Sätze ruhig hätte mit in den Kauf nehmen sollen. Zumal sie schon dadurch hinreichend charakterisiert sind, daß sie in vollem Widerspruch zu dem übrigen Inhalt stehen. Nachdem der Parteivorstand auseinandergelegt hat, wie schroff ablehnend sich in den Dreiverbandsländern selbst die sozialistischen Parteien gegen jeden Friedensgedanken gezeigt haben, kann er doch schwerlich erwarten, daß deren kapitalistische Regierungen bereitwilliger auf Friedensanregungen eingehen würden. Wie könnte die deutsche Regierung den Feinden Friedensverhandlungen anbieten, nachdem diese eben durch ihre berufensten Wortführer erklärt haben, der Kampf müßte bis zum Sieg oder Untergang durchgeführt werden?

Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand die tatsächliche Lage des Krieges genau so gut gekannt hat wie andere Leute, und wenn man deshalb in dieser Aufforderung an die Regierung nichts als eine schöne Geste sieht, bestimmt, Parteigenossen und vielleicht auch ausländische Sozialisten zufriedenzustellen. . . .

Wofür kämpft man?

Auf diese Frage antwortet Genosse Peus in dem Berner Organ „Die Menschheit“:

„Die Zentralmächte im Dauerbunde mit Frankreich würden Europa den ewigen Frieden gewähren. Der scheidende Kampf zwischen Deutschland und Frankreich wird, so fürchte ich, zum Nutzen Englands diesen Bund für absehbare Zeit unmöglich gemacht haben. Um so schlimmer ist die Situation Deutschlands in der Zukunft. Um so mehr muß es sich sichern. So ähnlich wie 1871! Auch damals gab es widerstrebende Elemente unter den verschiedenen deutschen Stämmen, die nur zwangsweise zur deutschen Einheit gebracht werden konnten. So scheint mir jetzt die mitteleuropäische Einheit, wenn sie die Möglichkeit dazu bietet, auch zwangsweise herbeigeführt werden zu müssen. Wie im Osten die westlichen Randländer Rußlands, so müssen im Westen wie auch im Norden und Süden die Randländer Deutschlands und Oesterreichs zu einem mitteleuropäischen Bunde zusammengeführt werden. Wer nicht will und wer nicht dazu gezwungen werden kann, den muß man wohl oder übel draußen lassen, aber das Ziel muß nach dem Kriege, soweit es durch den Frieden nicht erreicht werden kann, unbedingt bleiben: Bildung eines Reiches Mitteleuropas.“

„Weißt Deutschland Herr über Belgien bis zum Ende des Krieges, so würde ich kein Unrecht darin finden, wenn Belgien gezwungen würde, ein Glied des Bundes Mitteleuropa zu werden. Die nationale Autonomie sollte Belgien wiedergegeben werden. Wenn ein freies Deutschland ihm im Frieden das rein demokratische Wahlrecht aufzwänge, so könnte dagegen gewiß nichts eingebracht werden. Das auf Grund dieses demokratischen Wahlrechts zu wählende Parlament könnte sich seine Verfassung geben wie es wollte, ob Monarchie oder Republik könnte der Entscheidung des belgischen Volkes überlassen bleiben. Aber Belgien müßte ein Glied des Reiches „Mitteleuropa“ werden, um nicht wieder als Werkzeug Englands dienen zu können und sein Opfer zu werden. Ich fordere ein gemeinsames Indigenat zwischen allen Staaten Mitteleuropas, in dem Sinne, daß jeder Bürger des einen Staates Bürger des anderen werden kann, wenn er will. Belgien entscheidet selbständig über seine Wehrmacht, stellt sie aber im Falle eines Krieges unter den Oberbefehl des Reiches Mitteleuropa, das auch durch die in ihm einzusetzende Zentral-Militärbehörde bestimmte Minima der Wehrhaftmachung vorschreiben kann.“

Für ganz Mitteleuropa werden gebildet ein mitteleuropäischer Zollverein, Eisenbahnverein und Postverein, deren Mehrheitsbeschlüssen sich jedes Glied zu unterwerfen hat.

Für Belgien wird die Gleichberechtigung der flämischen Sprache mit der französischen festgelegt.

Der Bund „Mitteleuropa“ muß die Glieder, die zu ihm gehören sollten, die er aber jetzt noch nicht zur Mitgliedschaft zwingen kann, moralisch zu erobern suchen, was mir, wenn es richtig angefangen wird, nicht zu schwer dünkt. Besonders die wirtschaftlichen Interessen können da schwerwiegend mitwirken.

Die absolute Respektierung der staatlichen Selbständigkeit aller bisher geschichtlich gewordenen Staaten, diese Heiligprechung der Vergangenheit, steht im schroffsten Widerspruch einmal zu dem Organisations- und Entwicklungsbedürfnis unserer Zeit, sodann aber auch zu der Tatsache, daß schon so und soviel Nationen ihre staatliche Selbständigkeit verloren haben. Der Zwang, der gegenüber den einen recht ist, kann anderen gegenüber nicht unbillig erscheinen, zumal wenn dieser Zwang das Ziel hat, eine größere Völkerorganisation unter Achtung derjenigen nationalen Freiheit, die dabei möglich ist, zu begründen.

Jedenfalls territoriale Veränderung erschiene mir bei solcher Regelung im Besten sowohl überflüssig als auch schädlich.“

Aus der Partei.

Bernstein und Kautsky über ihren Aufruf.

Die Genossen Bernstein und Kautsky, die im Unterschiede von Daase im Parteiausschuss nicht Sitz und Stimme haben, überlandten dieser Körperlichkeit, die in der vergangenen Woche tagte, die nachfolgende Erklärung zu dem in der „Leipziger Volkszeitung“ mit ihren und Daases Unterschriften veröffentlichten Artikel:

„Wir erklären, daß dieser Artikel das Ergebnis eines Meinungsaustausches ist, der lediglich zwischen den beiden Unterzeichneten und dem Genossen Daase stattgefunden hat. Um es bestimmter zu sagen, daß kein weiterer Personenkreis irgendwelcher Art dahinter steht, auf ihn Einfluß oder auch nur von ihm vor der Abfassung Kenntnis gehabt hat. Im Angesicht der Kundgebungen, die in dem Artikel selbst zusammengestellt sind, und anderer, und bekannt gewordener Tatsachen, hielten wir es für unsere Pflicht, in aller Öffentlichkeit den Genossen die Anschauungen vorzulegen, über die wir bei unserem Meinungsaustausch volle Übereinstimmung untereinander festgestellt hatten.“

Den von einigen Seiten erhobenen Vorwurf, daß wir damit eine Sonderaktion vollzogen hätten, die eine Störung der Einheit der Partei bedeute, müssen wir als grundrührig zurückweisen. Unser Artikel wandte sich gegen keine von der Partei bereits beschlossene Aktion. Was er im Auge hat, ist eine Frage, vor die unsere Partei sich in nächster Zukunft gestellt sehen wird. Eine freie Aussprache über bevorstehende Entscheidungen kann aber unmöglich als Gefährdung der Parteieinheit betrachtet werden. Sie ist im Gegenteil als im demokratischen Charakter unserer Partei liegend stets für notwendig erachtet worden. Sie wollte gerade die Genossen, die bisher auseinander gingen, wieder zusammenführen.“

Zur Sache selbst bemerken wir in Kürze folgendes: Die entschiedene Zurückweisung aller Annexionsbestrebungen in unserer Presse, in Kundgebungen des Parteivorstandes und der Fraktion,

so wichtig sie ist, genügt für sich allein noch unserer Ueberzeugung nicht.

Es wird vielmehr für die Zukunft der Partei sehr viel davon abhängen, wie sich die Fraktion weiterhin gegenüber den Anschauungen der gegnerischen Parteien und der Regierung verhalten wird.

Darüber eine sachliche Erörterung und Klärung herbeizuführen und damit die Einheit der Partei zu fördern, ist der Zweck unserer Publikation. Wir mühten es aufs tiefste abzuwägen, wenn durch die formale Seite eine fruchtbringende Erörterung des Inhalts unserer Publikation zurückgedrängt und auf diese Weise die sachliche Einigung erschwert würde.“

Die Meinungsfreiheit der Gewerkschaften.

Genosse Legien ersucht uns um Aufnahme folgender Beachtung:

Genosse Kautsky berichtet in Nr. 187 des „Vorwärts“ falsch. Der Resolution über den politischen Massenstreik habe auch ich 1908 in Mannheim zugestimmt. Das wäre unmöglich gewesen, wenn der von Kautsky angegebene Satz in der Resolution gestanden hätte. Kautsky selbst, der diesen Satz im Antrag 157 in Mannheim einbrachte, hat ihn in dem Antrag Nr. 170 (siehe Seite 143 des Protokolls) wesentlich geändert. Diese seine eigene Änderung wurde durch Antrag Nr. 163 (siehe Seite 140 des Protokolls) so abgeschwächt, daß auch Gewerkschaftler für die Resolution stimmen konnten.

Genosse Kautsky hat den letzten Teil seines Antrages nicht allein deswegen zurückgezogen, um eine einstimmige Annahme der Resolution zu ermöglichen, sondern für seine nicht freiwillig erfolgte Zurücknahme waren in erster Linie andere Gründe bestimmend. Diese gab Kautsky folgend: „Nach den vorausgegangenen Ausführungen wäre die Abstimmung gefälscht gewesen und hätte nicht die richtige Stimmung des Parteitagess wiedergegeben. Um dem zu entgegen und eine einstimmige Annahme der Resolution zu ermöglichen, ziehen wir unseren Antrag, das heißt den Schluß desselben zurück.“ (Siehe Seite 303 des Protokolls.)

Den verstorbenen Genossen Bömelburg muß ich gogen die Behauptung in Schutz nehmen, daß seine Ansichten in bezug auf Unterordnung der Gewerkschaften unter die sozialdemokratische Partei mit denen Kautskys sich deckten. Kautsky beantragte, daß die „Gewerkschaften von dem Geist der Sozialdemokratie beherrscht würden.“ (Siehe Antrag Nr. 157, Seite 138 des Protokolls.) Bömelburg sagte: „Wenn Kautsky wünscht, daß die Mitglieder der Gewerkschaften von sozialistischem Geist durchdrängt werden, so befindet sich dieser Wunsch völlig mit dem meinigen im Einklang.“ (Siehe Seite 277 des Protokolls.) Eine Auffassung, die ich stets mit Bömelburg geteilt und gegenüber den ganz anders gearteten Wünschen Kautskys vertreten habe.

Berlin, 9. Juli 1915.

E. Legien.

Zur Tagung des Parteiausschusses

tragen wir noch folgende Präzisionen nach:

Die „Erzürter „Tribüne“ schreibt: „Der Parteiausschuss ist in seiner letzten Tagung ohne Zweifel zu weit gegangen, wenn er der Meinung sein sollte, seine Beschlüsse seien für alle Parteigenossen und für die Partei absolut bindend. Der Parteiausschuss wurde seinerzeit weder zur Entlastung noch zur Festlegung des Parteivorstandes oder der Reichstagsfraktion auf gewisse Taktiken oder Maßnahmen eingesezt, sondern er sollte den Parteitag in eiligen Fragen nur in seinen beratenden Funktionen versehen.“

Das „Volkswort“ für Halle bemerkt: „Von der Mehrheit der Parteiblätter wurde dieser Beschluß begrüßt und mit Freuden begrüßt, während einige andere erhobenen, der Parteiausschuss sei nur beratendes Organ des Parteivorstandes; es sei auf keinen Fall erwiesen, ob er die Mehrheit der Parteigenossen in diesem Falle auf seiner Seite habe. Wir selbst bezweifeln dies ebenfalls, wissen zum mindesten, daß in unserem Verbreitungsgebiete jetzt überall die Meinung hervorbricht, es sei nun an der Zeit Doch da die Parteioorganisationen nicht tagen und unbehindert diskutieren können, läßt sich nicht einwandfrei feststellen, wie die Mehrheit der Parteimitglieder denkt und empfindet. Um so sorgfältiger müssen die Vertreter aber in ihren Beschlüssen sein! Wir müssen immer wieder erkennen lassen, daß die Vertreter nicht die bestimmenden, sondern nur die ausführenden Organe des Gesamtwillens sein dürfen! Dem Parteitag sind sie genaue Rechenschaft schuldig. Da die auf dem linken Flügel der Partei stehende Parteipresse verhindert ist, ihre Auffassung über die Entwicklung der Dinge und die dem allein angemessene Parteitaktik darzulegen, müssen wir unseren Lesern immer wieder versichern, daß sie aus unseren Blättern kein zutreffendes Urteil über unsere Stellungnahme gewinnen können. Die ganze Situation kann jetzt in keiner Weise offen dargelegt werden — weder die allgemeine noch unsere besondere . . .“

Aus den Organisationen.

Eine Ausschussung des 18. sächsischen Kreisess (Chemnitz) beschloß sich ebenfalls mit den inneren Parteistreitigkeiten.

Gegen zwei Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die sich mit der Haltung der Parteileitung und der Fraktion völlig einverstanden erklärt. Sodann wurde mißbilligt das Verhalten der hinter der „Verner Tagewacht“ stehenden Genossen und derjenigen, die kürzlich die Aufrufe gegen die Haltung der Parteileitung und der Fraktionsmehrheit unterzeichneten.

Die Genossen des Kreisess werden ersucht, an der Einigkeit der Partei festzuhalten und die Parteileitung zu unterstützen, den Lebensmittelmacher auf das entschiedenste zu belämpfen.

Eine Wahlkreis-Konferenz in Dörschleben - Halberstadt - Bernigerode tagte am Sonntag in Halberstadt. Sie nahm nach längerer Aussprache eine Resolution an, in der sie sich mit der bisherigen Haltung des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses zu dem Kriegesfragen im allgemeinen einverstanden erklärte.

Mit aller Entschiedenheit beurteilt wurde das Vorgehen einer Anzahl Parteimitglieder von links und rechts, die Einheit der Partei zu stören und deren Aktionsfähigkeit zu lähmen.

Die Konferenz brachte ferner zum Ausdruck, daß der Parteivorstand viel früher und viel energischer den Kampf gegen den unerhörten Lebensmittelmacher hätte aufnehmen müssen und sprach die Erwartung aus, daß der Parteivorstand mit allem Nachdruck von der Regierung durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der neuen Ernte für die Volksernährung verlange, um dadurch eine Vinderung der drückenden Steuerung zu erreichen.

Der Vorsitzende stellte am Schluß der Konferenz fest, daß alle Beteiligten es als die wichtigste Aufgabe betrachten, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen zu erhalten.

Dr. Angelo Vivanti †. In einem Anfall von Schwermut machte Dr. Angelo Vivanti in Triest seinem Leben ein Ende. Er war jahrelang Chefredakteur des „Laboratore“. Den Friedensmühs hat er mit ganzer Kraft belämpft, und sein Buch darüber ist f. Zt. auch in Italien sehr beachtet worden. Es schloß mit den Worten:

„Italien könnte den Italienern der Julia (des österreichischen Küstenlandes) keinen besseren Dienst erweisen, als indem es offen und loyal erklärt, daß es keinesfalls und unter gar keinen Umständen auf territoriale Eroberungen, auf Annexionen an der anderen Küste der Adria denkt.“

Sein Vermögen hinterließ Dr. Vivanti der Bezirkskrankenkasse zur Gründung von Heilanstalten, Arbeiterkolonien usw. Er ist nur 46 Jahre alt geworden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Löhne im Freiseurgewerbe, die zwischen der Gehilfenorganisation und einem Teil der Meister bis 1. Mai 1915 tariflich vereinbart sind, mußten infolge der großen Arbeitslosigkeit, die nach Kriegsausbruch einsetzte, erheblich verringert werden. Ähnlich trat dann Mangel an Gehilfen ein, wodurch der Wochenlohn sich von selber erhöhte und den Mindestsatz von 22 M. mehr oder minder überschritt. Während nun der Lohn für feste Stellung auf der Grundlage des Mindestlohnes eine Vereinbarung über seine Höhe von Fall zu Fall zuläßt, sind die zur Ausschilfe arbeitenden Gehilfen an die dafür festgesetzten Löhne gebunden. Der Herabsetzung dieser Löhne ist wohl eine Erhöhung gefolgt, doch blieb diese bisher hinter den Tariffähigen zurück. Trotz der allgemein günstigen Lohnkonjunktur sind also die Ausschilfe schlechter gestellt als vor dem Kriege, wo der Lebensunterhalt wesentlich billiger war. Singu kommt, daß in Arbeitsangeboten durch Anzeigen in der Tagespresse auch für Ausschilfe bessere Bezahlung vorgesehen ist. Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Freiseurgehilfen, Engelfufer 15, hat daher in seiner letzten Mitgliederversammlung beschlossen, vom 15. Juni ab die im Tarifvertrag vorgesehenen Lohnsätze für Ausschilfe wieder in Kraft treten zu lassen.

Deutsches Reich.

Der deutsche Landarbeiterverband hatte am Schluß des Jahres 1913 20 267 Mitglieder, darunter 884 weibliche. Am Schluß des Jahres 1914 waren nur noch 12 275 Mitglieder vorhanden, darunter sind 1007 weibliche. Bis Schluß des Jahres 1914 wurden als zum Kriegsdienst eingezogen 4867 Mitglieder gemeldet. Unter Berücksichtigung der Neuaufnahmen im Jahre 1914 müssen ungefähr 4—5000 Mitglieder neben den zum Heeresdienst eingezogenen als Verlust gebucht werden. Es ist zu vermuten, daß darunter sich doch noch eine größere Zahl eingezogener Mitglieder befindet. Der Prozentfuß der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder ist nämlich im Landarbeiterverband um etwa 10 Proz. geringer als in anderen Gewerkschaften. Dies läßt die Annahme zu, daß nicht alle Mitglieder gemeldet sind, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Am Schluß des 1. Vierteljähres 1915 dürfte die Mitgliederzahl noch weiter zurückgegangen sein und rund 10 000 betragen.

Die Gesamteinnahme aus Beiträgen an Eintrittsgeldern betrug im 1. Halbjahr 1914 58 511 M., im 2. Halbjahr 42 418 M., zusammen 98 929 M. Erfreulicherweise sind trotz der Kriegszeit verschiedene Ortsgruppen dazu übergegangen, höhere Beiträge einzuführen. Ebenso werden in dem größten Teile Norddeutschlands besondere Gausbeiträge zu 10 Pf. pro Monat erhoben, um den Verband zu stärken. Dies ist ein Beweis, daß die dem Verband treugebliebenen Mitglieder wissen, um was es sich handelt und welchen Wert der Verband hat; ein gutes Zeichen für die zukünftige Verbandsarbeit. An Krankenunterstützungen wurden ausgegahlt 25 244 M., an Sterbegeld 2350 M. An Unterstützung für Kriegsfamilien wurden aus den Ortskassen 1383 M. gezahlt. Für Lohnabregelungen und Streiks wurden 2383 M. verausgabt. Die Gesamtsumme für Streiks betrifft den Winterstreik in der Pfalz. Die Ausgaben für Rechtschutz betragen 7848 M. Für die Zeitung wurden 10 816 M. und für Agitation 28 616 M. ausgegeben.

Um die Verbandsausgaben zu decken, ist von der Generalkommission der Gewerkschaften wiederum ein größerer Zuschuß gefordert worden. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben nach dem Kriege sein, den Verband auf eigene Füße zu stellen, damit die Ausgaben von den Einnahmen aus Beiträgen gedeckt werden können. Die Ausgaben für Unterhaltungen sind in der Kriegszeit ganz erheblich gestiegen. Im 1. Vierteljähre 1915 sind rund 50 Proz. der Einnahmen aus Beiträgen für Krankenunterstützung verbraucht worden. Der Landarbeiterverband wird anscheinend von einem großen Teil der Mitglieder nur als eine Krankenkasse betrachtet. Es wird nicht an seine Hauptaufgabe gedacht, die darin besteht, durch Einigkeit und Zusammenhalt eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Die Erziehung seiner Mitglieder zum gewerkschaftlichen Denken wird eine der Hauptaufgaben der Verbandsleitung sein müssen.

Aus Industrie und Handel.

Vom I. I. Tabakmonopol.

Ein Vergleich des Konsums im Jahr 1914 mit dem im Vorjahre — die Ziffern für 1913 geben wir in Klammern — zeigt die Kriegswirkungen auch auf diesem Gebiet. Das österreichische Tabakmonopol setzte im Inland ab: Zigaretten 601 (615) Millionen Stück, Zigaretten 27 (23) Milliarden Stück, Pfeifentabak 1,8 (1,1) Millionen Kilogramm, Zigarettentabak 789 (841) Millionen Pakete, Spezialitätenzigaretten 15,6 (16) Millionen Stück, Spezialitätenzigaretten 45 (50) Millionen Stück. Gestiegen ist also der Verbrauch von Zigaretten, Zigaretten- und Pfeifentabak. Innerhalb der einzelnen Waren ist ein starker Uebergang zu den billigeren Sorten festzustellen.

Regelung des Zuckerverkehrs in Oesterreich.

Wien, 10. Juli. (W. Z. B.) Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt eine Verordnung des Handelsministers über die Regelung des Zuckerverkehrs. Durch die Verordnung wird das ausschließliche Verfügungsrecht über sämtlichen Zucker aller Art einer zu diesem Zwecke geschaffenen Zuckergesellschaft übertragen. Um der Zentrale die Dispositionsmöglichkeit in weitestem Umfange zu sichern, werden die gesamten Vorräte an unverschuldetem Zucker aller Art, welche in den Zuckerraffinerien und Freilagerern lagern, und ferner die gesamte Produktion der künftigen Betriebsperiode 1915/16 an Zucker unter Sperre gelegt und sämtliche Vorverläufe für Zucker aus der Kampagne 1915/16 für ungültig erklärt. Die Zentrale hat für entsprechende Zuteilung des Rohzuckers an die Raffinerien für Dedung des gesamten inländischen Bedarfs der Seeresverwaltung an Zucker zu sorgen. Die Verordnung regelt ferner die Zuckerpriese nicht nur für die nächsten Monate bis zur neuen Kampagne, sondern auch gleichzeitig für die Erzeugung der neuen Kampagne 1915/16 und setzt einen bis Ende August 1916 geltenden Einheitspreis von 88 Kronen für Rohzucker und 88 1/2 Kronen für Raffinade fest. Um Sicherheit zu schaffen, daß die in der Verordnung festgesetzten Preise nicht im Detailhandel zum Nachteil der Konsumenten eine ungerechtfertigte Erhöhung erfahren, werden die politischen Behörden zur Festsetzung von Höchstpreisen für Verbrauchszucker im Groß- und Detailhandel angewiesen. Um die Konsumenten nicht durch ungerechtfertigt hohe Vergleichspreise billigeren Zuckers der alten Kampagne zu schädigen, wurde angeordnet, daß der zum neuen höheren Preise in den Verkehr kommende Zucker durch eine mit gelbem Aufdrucke ausgestattete amtliche Verklühmarke anstatt der bisher üblichen roten Marke versehen werde. Durch die von der Regierung getroffenen Maßnahmen wird der Zuckerverkehr bis Ende 1916 sichergestellt. Für eine angemessene Verteilung der Produktion sowie für die rechtzeitige Befriedigung des Bedarfs ist vorgesorgt und zugleich der Bevölkerung die Sicherheit gegeben, daß sie bis zum Herbst 1916 dieses unentbehrliche Lebensmittel zu unveränderten Preisen erhalten kann.

Auf die zweite Kriegsanleihe waren bis zum 7. Juli 8669,4 Millionen Mark eingezahlt gleich 95,2 Proz. der Gesamtzeichnung. Der Zugang erreicht gegenüber der Vorwoche den hohen Betrag von 101,8 Mill. M. Trotzdem ist die Summe der von den Darlehnsklassen für die Zwecke der zweiten Kriegsanleihe hergegebenen Darlehen um nicht weniger als 96 Mill. M. zurückgegangen, so daß sich gegenüberüber: Eingahlung auf die zweite Kriegsanleihe 8669,4 Mill. M., Inanspruchnahme der Darlehnsklassen für diesen Zweck 306 Mill. M.

Sommer-Ausverkauf

Rest-Einzelpaare staunend billig!



Preise

BEGINN =
DIENSTAG

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Strabauer Viertel, Bezirk 221.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Tapezierer
Albert Meyer
Karschauer Str. 20
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 12. Juli, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
213/6 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 8. Juli verstarb unser
Parteilgenosse
August Strauer
Königsrunder Str. 24, 7. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
den 11. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr,
auf dem Neuköllner Gemeinde-
friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband d. Branerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern diese zur
Nachricht, dass unsere Kollegin,
Frau
Marie Schmerbach
(Kindbrauerei)
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 11. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Ge-
meinde-Friedhof Neukölln, Marien-
dorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
42/16 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 15. Juni mein ungergeklärter,
lieber Mann, der treusorgende
Vater seiner Kinder
Hermann Oestreich
(Ersatz-Infanterie-Regiment 52)
im 28. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Alma Oestreich und Kinder
nicht Verwandten. 29/21
Da sanft dahin wie Rosen sinken,
Wenn sie in voller Blüte stehn,
Und heile, bittre Tränen fließen,
Wollt' ich nicht mehr wieder sehn.
Ginget unter wie die Sonne,
Licht vermaist uns stehn.
Alles Hoffen war vergebens:
Es gibt kein Wiedersehn.

Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 19. Juni lieber Kollege
Fritz Rogalla.
Reserve-Infanterie-Regiment 205.
Wir verlieren in ihm den Besten
unseres Vereins und werden sein
Andenken stets in Ehren halten.
Theaterverein Freie Bühne
Charlottenburg
Mitglied des Deutschen Arbeiter-
Theaterbundes. 27/21

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirk Groß-Berlin.
Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:
Max Denecke, Wäschekutscher
Georg Eisermann, Geschäftsbdiener
Emil Grasse, Straßenbahner
Gustav Kausch, Geschäftskutscher
Theodor Krepel, Müllschaffner
Georg Küster, Geschäftsbdiener
Theodor Schröder, Autowäscher
Robert Schulz, Schilderemacher
Paul Schwarz, Geschäftsbdiener
Alfred Stiller, Packer
Willi Teske, Autoführer
Karl Wagner, Expeditionsmitfahrer
Georg Winter, Straßenbahner
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass folgende Kollegen auf dem
Schlachtfelde gefallen sind:
Otto Bloch, Berliner Gasanstalt, Ziegel.
Paul Hölske, Englische Gaswerke.
Karl Baaske, Berliner Gasanstalt, Ziegel.
Albert Schmiel, Neukölln.
Paul Peukert, Wasserwerk Friedrichshagen.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
34/18 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 25. Juni infolge
eines Kopfschusses unser lieber Kollege
Hermann Konrad
im 28. Lebensjahre. 1983b
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Bäcker der Brotfabrik Marold.

Gesangverein „Unverdorren“.
Hiermit bringen wir die traurige
Nachricht, dass unsere Mitglieder
Hans Mierau
geb. 23. Januar 1892
und
Paul Müller
geb. 3. August 1875
als Opfer des Weltkrieges ge-
fallen sind.
Ehre ihrem Andenken!
59/12 Der Vorstand.

Mandolinclub
„Nordische Klänge 1906“.
Allen Freunden und Mitgliedern
die traurige Nachricht, dass unsere
Mitglieder
Wilh. Lengwenings
und **Paul Schude**
als Opfer des Weltkrieges ge-
fallen sind.
Wir werden ihr Andenken stets
in Ehren halten.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schlosser
Hermann Kerber
am 6. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 12. Juli, nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des Getzlemann-Kirchhofes in
Nordend aus statt.
Ein Geistlicher geht nicht mit.
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, die
Arbeiterin
Helene Müller
am 9. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. Juli, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Thomas-Kirchhofes
in Neukölln, Hermannstraße, aus
statt.
Ein Geistlicher geht mit.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
116/3 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges fielen
unsere Sportkollegen, die Brüder
Otto und Willi Peter.
Wir verlieren zwei liebe Sport-
kollegen, denen wir stets ein
dauerndes Andenken bewahren
werden. 283/3
Reinickendorfer Fußball-Klub
„Borussia 1911“
Mitgl. d. Arbeiter-Turnverbundes.
Wer für die Freiheit ist gestorben
Im Latenturm, im Schlachten-
graus,
Der hat Unsterblichkeit erworben,
Sein Geist umschwebt der Schöp-
fung Haus.
Leicht sei ihnen die fremde Erde!

Fern von der Heimat als
Opfer des Weltkrieges fiel am
6. Juli unser ungergeklärter
Sohn, Bruder und Neffe, der
Ersatzwehrgang
Gustav Achilles
Res.-Inf.-Reg. Nr. 97 4. Komp.
im blühenden Alter von 25 Jahren.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Gustav und Anna Achilles
als Eltern.
Georg und Wilhelm,
als Brüder, beide verwundet.
Anna als Schwester.
German und Sara Otig
als Onkel und Tante.
Cousine Melanie.
Ruhe sanft in fremder Erde. Wir
werden Euer nie vergessen.
Berlin-Mariendorfer,
97/2 den 10. Juli 1915.

Als weitere Opfer des Welt-
krieges erlitten den Heldentod
unsere lieben Kollegen, die Geper
Bruno Schwarz
Fritz Lierse.
Ihr Andenken werden stets in
Ehren halten. 59/21
Die Kollegen der
Hofbuchdruckerei Julius Sittenfeld
Berlin.

Den Heldentod erlitt am
30. Juni im treuesten Pflicht-
erfüllung unser bezens-
ger, braver Sohn, Bruder,
Schwager, Neffe und Vetter, der
Untersoffizier der Reserve
Rudolf Lindner
im 25. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Richard Lindner
und Frau
nicht allen Angehörigen.
Berlin, Rantaustraße 70.
Du hast dein junges Leben
dem Vaterland gegeben,
drum soll'n wir nicht verzagen
und versuchen, es wie andere
zu tragen.
Doch nur, wer sich einen Sohn
und Bruder, wie wir befehen,
kann unseren Schmerz erweisen.
Ein Liebesdienst für den wunden
Kamerad,
das war, Du Braver,
Deine letzte Tat. 54/21

Uns wurde die traurige Nach-
richt zuteil, dass mein lieber
Mann und guter Vater, unser
ungergeklärter Sohn, Bruder,
Schwager, Onkel und Neffe, der
Landsturmmann
Robert Klinnert
Garde-Füsilier-Reg. 4. Komp.
am 2. Juni im Feldlazarett
seiner schweren Verwundung er-
legen ist. 15/21
Dies zeigt tiefbetäubt an im
Namen aller Angehörigen
Otto Klinnert.
Auf fremden Ähren, da ist ein
Grab,
Da senkte man einen Gelben
hinab.
Im fremden Land, weit vom
Heimatland,
Liegt einer begraben, der uns so
lieb und wert.
Ruhe sanft in fremder Erde!

Als Opfer des Weltkrieges starb
am 18. Juni unser lieber einziger
Sohn und Bruder, der Blomier
Willi Wegehaupt
im Alter von 29 Jahren.
Ruhe sanft in fremder Erde!
Schöneberg, den 10. Juli 1915.
Familie Wegehaupt,
Granastraße 23.

Fern von der Heimat fiel am
23. Juni infolge eines Kopfschusses
unser innigst geliebter Sohn,
Bruder, Schwager und Onkel
Hans Krenz
im 26. Lebensjahre. 54/21
In tiefstem Schmerze
Julius Gebert
Martha Gebert
dem Krenz
und Geschwister.

Allen Freunden und Sängern
zur Nachricht, dass unser lieber
Sangesbruder
Albert Preuß
bei dem gemaltigen Bölkerringen
gefallen ist.
Der Vorstand.
Stimm schlägt der Sänger.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wedding.
Am 9. Juli starb unser Mit-
glied, der Maurer
Paul Gradt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem
städtischen Friedhofe in Ahrens-
felde aus statt. 141/5
Der Vorstand.

Verband der Tapezierer
Filiale Berlin.
Am Donnerstag, den 8. Juli,
verstarb unser Mitglied
Albert Meyer.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 12. Juli, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
städtischen Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
178/9 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Filiale Reinickendorf - Ost.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied
Hermann Stephan
am 3. Juni gefallen ist.
Ehre seinem Andenken!
257/14 Die Ortsverwaltung.

Konsumentengemeinschaft Berlin
und Umgegend.
Nachruf!
Seinen Verletzungen erlag im
Lazarett in Licht das Mitglied
des Genossenschaftsrats (Schrift-
führer)
Paul Patschke.
Sein Andenken wird in Ehren
halten
Der Vorstand.

Auf dem Schlachtfelde fiel am
6. April durch Kopfschuss unser
einziger, ungergeklärter Sohn, der
Muskettier 77a
Paul Friedland
im 23. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Friedrich Friedland und Frau,
Blumenstraße 66.

Freie Turnerschaft
Johannisthal.
Durch den Weltkrieg aus
unserer Mitte gerissen wurde am
26. Juni unser lieber Turngenosse
Richard Karras.
Seine Dienste im Interesse des
Vereins haben ihm bei uns ein
einiges Andenken. 155/13
Der Vorstand.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Gefallen im Alter von 37 Jahren der Genosse
Heinrich Oestreich
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 1. Berliner Reichstagswahlkr.
Am 3. Juli starb infolge seiner Verwundung der Genosse
Alfred Stiller
Bezirk 52
Ferner fiel auf dem Schlachtfelde am 14. Mai der Genosse
Albin Schönfeld
Manufer 93
Am 22. Juni der Genosse
Rudolf Worischeck
Markgrafenstraße 14
205/18 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkr.
Gefallen der Stadtarbeiter, Genosse
Ernst Kaiser
Am 25. Juni fiel unser Genosse, der Zigarrenarbeiter
Edmund Päsler
Bezirk 248
209/10 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 3. Berl. Reichstagswahlkr.
Am 13. Juni fiel der Schriftsetzer
Wilhelm Rähse
Glogauer Straße 29. Bezirk 207 I
Am 14. Juni fiel der Maschinenarbeiter
Albert Fitzner
Ullinger Straße 5. Bezirk 309
Am 26. Juni fiel der Tischler
Artur Goßlau
Reichenberger Straße 115a. Bezirk 202 II
Am 14. Juni fiel der Packer
Georg Küster
Petersburger Straße 59. Bezirk 395
Am 17. Juni fiel der Hausdiener
Hermann Ketzschau
Peststr. 39. Bezirk 424 I
215/7 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
Im Felde fiel der Schlosser
Max Hammel
Käferstraße 14/15. 11. Abteilung, Bezirk 604
Am 20. Juni fiel auf dem Schlachtfelde der Bezirksführer
Erwin Letzner
Schröderstraße 11. 11. Abteilung, Bezirk 633
Am 28. Mai fiel der Tischhändler
Friedrich Zilz
Bolliner Straße 32. 9. Abteilung, Bezirk 588
226/9 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.
Am 16. Mai fiel im Felde der Hausdiener
Alfred Lau
Emsler Straße 29/30, 15. Bezirk
Im Felde fiel der Metallarbeiter
Richard Luther
Böhmische Straße 9, 11. Bezirk
238/4 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Als Opfer des Weltkrieges verloren wir unsere Genossen
Gustav Müller
Markgrafenbamm 5, und
Richard Fritsche
Markgrafenbamm 11
244/11 Sozialdemokratischer Wahlverein Stralau.
Gefallen sind bei den Kämpfen
Karl Müller
Kaiser-Friedrich-Straße 45, Gruppe 13
Paul Müller
Bingstraße 12, Gruppe 9
244/10 Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Pankow.
Auf dem Schlachtfelde fiel unser Genosse, der Wasserwerksarbeiter
Paul Peukert
Kastanienallee 8 244/12
Sozialdemokr. Kreiswahlverein Niederbarnim. Bezirk Friedrichshagen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Es starben folgende Mitglieder im Felde:
August Bärs, Wistler,
geb. 8. 3. 1871 in Klauerhof.
Paul Dankert, Former,
geb. 24. 7. 1885 in Dalldorf.
Wilhelm Domnick, Fräser,
geb. 21. 3. 1876 in Niegwangen.
Gottfried Dumpich, Schleifer,
geb. 14. 11. 73 in Tschöplwitz.
Artur Fischer, Mechaniker,
geb. 4. 7. 1883 in Starisbrüde.
Artur Franzke, Schlosser,
geb. 21. 1. 1888 in Krotoschin.
Franz Gehrman, Former,
geb. 6. 3. 1891 in Berlin.
Otto Jlgenstein, Fahrstuhlmonieur,
geb. 4. 4. 1890 in Stuttgart.
Richard Karras, Metallarbeiter,
geb. 27. 2. 1888 in Köpenick.
Otto Köhlich, Metallarbeiter,
geb. 18. 7. 1887 in Greifswald.
Wilhelm Kracht, Schlosser,
geb. 26. 7. 1893 in Berlin.
Max Kroll, Schlosser,
geb. 3. 2. 1888 in Breslau.
Wilhelm Kurzweg, Rohrleger,
geb. 19. 11. 1877 in Ransfeld.
Rudolf Lindner, Gärtler,
geb. 1. 8. 1890 in Berlin.
Hugo Marschall, Mechaniker,
geb. 1. 8. 1874 in Frankfurt a. M.
Wilhelm Rehfeld, Kerumacher,
geb. 5. 11. 1895 in Falkenwalde.
Fritz Seifert, Schlosser,
geb. 2. 2. 1892 in Berlin.
Ernst Simon, Metallarbeiter,
geb. 24. 12. 1894 in Luzow.
Walter Schilling, Schraubendreher,
geb. 5. 11. 1888 in Berlin.
Julius Stolzenburg, Former,
geb. 28. 3. 1893 in Berlin.
Franz Rook, Rohrleger,
geb. 18. 2. 1884 in Königsberg.
Ehre ihrem Andenken!
110/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.
Im Felde sind folgende Kollegen gefallen:
Busse, Friedrich, Maurer, Bezirk Adlershof.
Düllsen, Ferdinand, Putzträger, Bezirk Reutlän.
Groß, Karl, Staler, Bezirk Reutlän.
Heinrich, Albert, Putzträger, Bezirk Bilmersdorf.
Krug, Oskar, Maurer, Bezirk Norden I.
Möller, Wilhelm, Einshaler, Bezirk Reutlän.
Paetsch, Franz, Putzträger, Bezirk Reutlän.
Reichenbach, Paul, Stukkateur, Bezirk Reutlän.
Schulz, Karl, Hilfsarbeiter, Bezirk Reutlän.
Ehre ihrem Andenken!
141/6 Die örtliche Verwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Groß-Berlin.
Gefallen sind folgende Mitglieder:
Willi Westphal, Bezirk Norden.
Fritz Zander, Bezirk Norden.
Franz Matzdorf, Bezirk Norden.
Willi Peter, Bezirk Reinickendorf.
Louis Grothe, Bezirk Köpenick.
Wilhelm Pahl, Bezirk Ober-Schöneweide.
Gustav Poehla, Bezirk Adlershof.
Ehre ihrem Andenken!
55/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.
Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:
Emil Appel, Tischler, 29 Jahre alt.
Waldemar Breß, Tischler, 45 Jahre alt.
Rudolf Guth, Tischler, 43 Jahre alt.
Paul Heinrich, Tischler, 42 Jahre alt.
Max Kirsch, Modelltischler, 24 Jahre alt.
Fritz Loerzer, Tischler, 32 Jahre alt.
Joseph Parr, Orgelbauer, 36 Jahre alt.
Max Urban, Tischler, 30 Jahre alt.
Emil Wagner, Tischler, 25 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!
25/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Steinmetz
Fritz Pergande
Christianstr. 114
am 4. Juli im blühenden Alter von 19 Jahren infolge Herzschlages verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem alten Pauls-Friedhof, Seestraße, statt.

Fern von der Heimat und den Seinen fiel am 15. Juni (Bauchschuß) mein lieber Mann, unser guter Vater, der Erbschneiderei
Artur Fischer
im 32. Lebensjahre.
In tiefstem Schmerz
Alma Fischer, vorw. Ewert, geb. Hoffmann
Helmut Ewert, Stiefsohn
Gerda, Tochter. 54/1
Wir kennen nicht die Stätte, wo er starb — auch nicht Zeit, wir kennen nicht sein Grab. — Doch du Natur, die du freier bist! Die wir, wir ruhen dich: Streu' Blumen um ihn her!

Als Opfer des Weltkrieges fiel fern von seinen Lieben mein lieber Mann, meines Kindes treuer Vater, der Vater, mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Hülfiler im 35. Regt.
Hermann Ringel
im 29. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbeträbt an
Witwe Berta Ringel
und Sohn 30/1
Witwe Ringel als Mutter
Frau Drahn geb. Ringel als Schwester
Willi Ringel als Bruder, 3. J. im Felde
Familie Drahn.
Er ging von uns mit schwerem Herzen und hoffte auf ein Wiedersehen, doch größer sind jetzt unsere Schmerzen, da dieses nicht mehr kann geschehen. Er war so gut, er starb so früh, wer ihn gekannt, vergißt ihn nie.
Ruhe sanft in Friedenstand, ewig beweint von Deinen Lieben!

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 14. Juni durch Herzschuß mein lieber Mann und Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann
Georg Küster
im Alter von 27 Jahren. 67/1
Dies zeigen tiefbeträbt an
Berta Küster geb. Krätzelein, als Frau nebst Sohn Kurtchen.
Die beiderseitigen Eltern.
Als Brüder:
Paul Küster nebst Familie, Köpenick.
Richard Küster, 3. J. im Felde, nebst Frau.
Emil Küster, 3. J. im Felde, nebst Frau.
Willi Küster, 3. J. im Lazarett.
Paul Dehmke, 3. J. im Felde, als Schwager, nebst Frau Elisabeth geb. Küster und Kindern.
Dem ewig Gram, der diesen Krieg heraufbeschworen, Der dich nun trennt von all den Deinen; Nur wer dich konnte, weiß, was wir verloren, Und weiß, warum wir weinen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Tapezierer
Albert Meyer
Markgrauer Straße 20
im Alter von 28 Jahren plötzlich verstorben ist.
Um stillen Beileid bitten
Die trauernde Gattin
nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am Montag, den 12. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 23. Juni mein lieber, herzenguter Mann, unser lieber Vater, einziger Sohn, Schwager und Schwager, der Wehrmann
Franz Raasch
Infanterieregiment Nr. 59
im noch nicht vollendeten 37. Lebensjahre. 98/1
Dies zeigen tiefbeträbt an
Frau Martha Raasch
geb. Klein und Kinder
nebst Eltern, Schwägerinnen, Schwäger u. Schwägerinnen.
Widau (Kreis Teltow),
Fahrradhandlung.
Die Freude Deiner Wiederkehr war nicht vergönnt den Deinen, und mögen sie auch noch so sehr für Liebste nun beweinen.
Nun ruhe sanft in Deinem Grab, befreit von allen Schmerzen, Die Liebe, die dich hier umgab, Leb' fort in unserem Herzen.
Ihm der Friede, und der Schmerz.

Zentral-Verband der Böttcher, Weinküler u. Hilfsarbeit. Deutschl.
Filiale Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 17. Juni auf dem Schlachtfelde unser braves Mitglied
Karl Wieseke
im Alter von 45 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihn 22/3
Die Filiale Berlin.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Filiale Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges verloren wir folgende Kollegen:
Alfred Mende
geboren 24. Mai 1886
gefallen 15. Juni 1915,
Otto Riegel
geboren 17. April 1893
gefallen 18. Juni 1915.
Ehre ihrem Andenken!
99/6 Der Filialvorstand.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 16. Mai im Gefecht unser lieber, unversehrlicher, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Schwager und Neffe
Alfred Lau
im blühenden Alter von 24 Jahren.
Am tiefsten Schmerz die trauernden Eltern
J. Lau und Frau.
Paul als Bruder.
Grete Handke als Schwester.
Rudolf Handke als Schwager, zurzeit im Felde.
Ein treues Herz kehrt nie mehr zurück,
Bermüdet hat's ein Augenlid.
Du starbst so früh im fremden Sand
Als Opfer für Dein Heimatland.
Geliebter Sohn und Bruder!
Ruhe in Frieden.
Soweit von Deinen Lieben.

Anzeige!
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 22. Juni auf dem Kriegsschauplatz unser jüngster, hoffnungsvoller und unversehrlicher Sohn im blühenden Alter von 23 Jahren, der Kaufmann
Robert Menzel.
Dies zeigen an im tiefsten Schmerz 37/1
Oswald Menzel und Frau als Eltern.
Richard Menzel als Bruder, 3. J. im Felde.
Klara Menzel als Schwester.
Ella Gärtner als Braut.
Wilma Klante als Rohmutter.
Cecilie Klante als Tante.
Die schmer war Dir das Scheiden von uns, geliebtes Herz, Beißt nicht, was wir jetzt leiden, In diesem, großem Schmerz, Wir haben alle Tage, Ach lebe bald zurück, Doch jetzt nur eine Klage, Bitter ist unser Glück, Kurz war nur unsere Freude, Viel ist nun unser Schmerz, Drum schlamm're sanft Du treu-geliebtes Herz, O nimmer, nimmer werden wir Dein vermissen, Du warst so jung, Du starbst so früh, Wer dich gekannt, vergißt dich nie, Ruhe, sanft in fremder Erde, Unsere Liebe deckt dich zu.

Am 28. Juni starb fern von seinen Lieben im Lazarett an den Folgen eines Kopfschusses mein lieber guter Mann, treuer, sorgender Vater seines Kindes, unser lieber guter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Schwieger-sohn, der Erbschneiderei im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 46
Hans Jordan
im Alter von 27 Jahren.
In tiefem Schmerz
Frieda Jordan
geb. Lemke und Sohn.
Die tiefbeträubten Eltern,
Geschwister, Schwägereltern
und Verwandten.
Du zogst hinaus zum Kampfe Und kehrt nicht mehr zurück, Du warst kaum am Ziele, Da traf dich das Geschick, Wir können es noch nicht fassen, Daß du hinweggerast, In Deines Lebens Blüte, In Deiner besten Kraft, Du mußt uns verlassen, Aus unserer Mitte gehen, Umsonst war unser Hoffen Auf ein Wiedersehen.
Ruhe sanft im Heldengrab.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 23. Juni mein lieber, herzenguter Mann, unser lieber Vater, einziger Sohn, Schwager und Schwager, der Wehrmann
Franz Raasch
Infanterieregiment Nr. 59
im noch nicht vollendeten 37. Lebensjahre. 98/1
Dies zeigen tiefbeträbt an
Frau Martha Raasch
geb. Klein und Kinder
nebst Eltern, Schwägerinnen, Schwäger u. Schwägerinnen.
Widau (Kreis Teltow),
Fahrradhandlung.
Die Freude Deiner Wiederkehr war nicht vergönnt den Deinen, und mögen sie auch noch so sehr für Liebste nun beweinen.
Nun ruhe sanft in Deinem Grab, befreit von allen Schmerzen, Die Liebe, die dich hier umgab, Leb' fort in unserem Herzen.
Ihm der Friede, und der Schmerz.

Mittwoch, den 14. Juli: Zahlabend in Groß-Berlin.

Aus Groß-Berlin.

Das Berliner Irrengefängnis.

Im Berliner Weichbilde gibt es nur noch zwei dem Publikum wenig bekannte Stätten, in denen Geistesgestörte und solche Schlaumeier, die geisteskrank sein wollen, d. h. den sogenannten „wilden Mann“ spielen, vorübergehend untergebracht werden. In der Charité, die ja früher, ehe die Stadt Berlin eigene Irrenanstalten baute, neben dem längst vom Erdboden verschwundenen berühmten „Dachsfopf“ am Alexanderplatz das eigentliche Berliner Irrenhaus war, ist von dieser Einrichtung noch eine psychiatrische Beobachtungsabteilung zurückgeblieben, wie sie heute an wohl allen deutschen Universitätskrankenhäusern besteht. Sie liefert das klinische Menschenmaterial für die Medizinstudierenden, unterscheidet sich von den übrigen Abteilungen der Charité äußerlich nur durch gewisse Sicherheitseinrichtungen, die aber, weil hier die Ärzte sich zähe gegen den allzu hervorstechenden Irrenhaus- und Gefängnischarakter sträuben, für Fluchtversuche ziemlichen Spielraum lassen, und ist im großen und ganzen also eine Durchgangsstation zum wirklichen Irrenhaus. Die meisten Eingelieferten, die nur mal das feilsche Gleichgewicht verloren und auf dem Wege zur Geisteskrankheit waren, werden nach einigen Wochen wieder entlassen und tragen nun keineswegs das Rainszeichen des Irrenhauses mit sich herum, die anderen, die als tatsächlich geisteskrank erkannt werden, kommen in regelmäßigen Transporten gewöhnlich nach der städtischen Irrenanstalt in Buch. Nicht selten werden in dieser psychiatrischen Abteilung ferner Polizei- und Untersuchungsgefangene, die im Verdachte geistiger Erkrankung stehen, Wochen hindurch beobachtet, was sich mangels der für viele solcher Leute erforderlichen Sicherheitsmaßregeln als ein Mißstand fühlbar gemacht hat. Auch gehört das Zusammenlegen dieser „unsicheren Kantontisten“ mit unbestraften Kranken für letztere nicht immer zu den Annehmlichkeiten. Umgekehrt werden auf gerichtliche Anordnung Insassen von Irrenanstalten oder Entmündigte, die noch wie in einer Irrenanstalt waren, hierher zur Beobachtung und Begutachtung überwiesen, wenn um die Erlangung der persönlichen oder wirtschaftlichen Freiheit prozessiert wird. Die stetige Ueberfüllung der Station spricht für ihre Notwendigkeit.

Einen wesentlich anderen Charakter trägt das „Irrenkittchen“ für Gefangene, das wie ein „festes Haus“ in der Irrenanstalt eingerichtet ist. Es befindet sich nicht, wie vielfach geglaubt wird, im Moabitir Untersuchungsgefängnis, sondern ist eine besondere Abteilung des königlichen Zellengefängnisses, des bekannten burgartigen finsternen Gebäudes an der Lehrter Straße. Solche Irrengefängnisse gibt es außer in Berlin noch in Breslau, Halle, Münster und Köln. Sie bestehen seit etwa einem Vierteljahrhundert und sind eine Schöpfung des vor einiger Zeit verstorbenen, um die Gefangenenfürsorge hochverdienten Geheimrats Dr. Krohne. Daß recht viele Gefangene von dem sogenannten „Zuchthausklaps“ befallen werden oder eine geistige Störung mit oft großer Schläue vortäuschen, um besser behandelt und verpflegt zu werden, ist ja wohl allgemein bekannt. Der „Zuchthausklaps“ ist kein humoristischer Begriff, er gehört leider der Wirklichkeit an. Freiheitsentziehung, Entbehrung, strenger Arbeitszwang, Gewissensbisse, auch das Gefühl ungerechter Bestrafung und ähnliche Umstände erzeugen sehr häufig Geistesstörungen, wobei nach den Erfahrungen der Psychiatrie behauptet wird, daß für derartige Erkrankungen von vornherein eine gewisse Veranlagung besteht, die sich nur durch die Strafverbüßung auflöst. Es kommen alle möglichen Formen der „Gefängnispsychose“ vor, vom gesteigerten Schwachsinne und der Gemütskrankheit bis zum Größenwahn, Verfolgungswahn, religiösen Wahn mit gelegentlicher Lohsucht. Besteht die Geisteskrankheit in gemeingefährlicher Form noch über die Strafzeit hinaus, so müssen diese Kranken natürlich den großen Irrenanstalten überwiesen werden. Die Trennung von den geistesgesunden Gefangenen ist unbedingt notwendig. Aber auch die Simulanten müssen schnell abgefordert werden, weil sie im geregelten Strafvollzug die Anstaltsordnung gefährden. Meistens ist es ihnen nur um eine angenehme Abwechslung zu tun, da das Leben im Irrengefängnis im allgemeinen dem in den großen Irrenanstalten gleicht. Nebenbei spielt auch der Fluchtgedanke eine Rolle, wobei aber diese „Kranken“ heute nur noch selten auf ihre Rechnung kommen. Nach einiger Zeit geben sie das Simulieren von selbst auf, weil sie wissen, daß die Ueberführung nach einer Irrenanstalt die Erlangung der Freiheit oft um Jahre verzögert. Werden sie wirklich im Irrenhause nach Monaten oder Jahren für geistesgesund erklärt, so muß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen doch noch der Rest der zuerkannten Strafe im alten Gefängnis verbüßt werden. Hauptsächlich wegen der durch bessere Sicherheitsvorkehrungen verminderten Fluchtmöglichkeiten hat die Zahl der hartgesottenen „wilden Männer“, die sich so leicht nicht überführen lassen, in den letzten Jahren erheblich nachgelassen. Trotzdem werden noch genug Gefängnis-simulanten und wirkliche Geistesranke aus den Gefängnissen auch den Berliner städtischen Irrenanstalten aufgehalbt, die dann neben der durch solche Elemente geschaffenen besonderen Ueberwachungslast bekanntlich leider auch die Peche aus dem allzeit geduldigen Kommunalhaß bezahlen müssen.

Die Gemeindevählerliste für Berlin.

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger Berlins wird, wie der Magistrat jetzt bekannt gibt, in der Zeit vom 15. bis einschl. 30. Juli an den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 9 bis nachmittags 1 Uhr im Wahlbureau der Stadt (Stralauer Str. 44/45, Hof rechts, Eingang I, 1 Treppe, Zimmer 10) zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Magistrat Einwendungen erheben. Diese werden auch in der Auslegestelle von den Beamten entgegengenommen. Die nach dem 30. Juli eingehenden Einwendungen sind verspätet und können nicht berücksichtigt werden. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß bei Berichtigung der

Wählerliste bezüglich des Wohnsitzes der stimmungsfähigen Personen in Berlin die von diesen erstatteten polizeilichen An- und Abmeldungen maßgebend sind. Demnach mußten auch solche an sich wahlberechtigte Personen, die polizeilich abgemeldet sind, ohne daß sie ihren Wohnsitz aufgegeben haben, z. B. alle, die sich nur zeitweise auswärts befinden (zur Kur usw.), in der Wählerliste gestrichen werden, wenn sie unterlassen haben, auf der Abmeldung zu vermerken, daß ihre Abwesenheit nur vorübergehend ist. (Es fehlt in der Bekanntmachung ein besonderer Hinweis auf die Kriegsteilnehmer, die nach ihrer Einberufung zum Heere etwa nur als von Berlin weggezogen abgemeldet wurden.)

Obwohl in diesem Jahre die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtbürgerordneten-Versammlung zu vollziehen sind, soll diesmal für die Wählerlistenprüfung nur eine einzige Auslegestelle, nur das städtische Wahlbureau, benutzt werden. Bei den letzten Ergänzungswahlen, vor zwei Jahren, wurden die Listen noch an fünf verschiedenen Stellen der Stadt zur Prüfung ausgelegt. Damals waren zur Einsichtnahme an Wochentagen die Stunden von 8 bis 8 Uhr und an Sonntagen die Stunden von 10 bis 4 Uhr freigegeben, während diesmal an Wochentagen von 9-3 und an Sonntagen von 9-1 die Einsichtnahme erfolgen soll. Das ist mindestens für die Besondere eine sehr viel unglücklichere Tageszeit.

Die Bekanntmachung des Magistrats gibt auch an, wie die Abgrenzung der drei Wählerklassen nach der Steuerleistung sich stellt. Die Summe aller für die Klassen-einteilung zusammengetragenen Steuern ist diesmal mit etwa 78 Millionen Mark (genau: 72 911 588,08 M.) nur um ein ganz Geringes höher als im vorigen Jahr, wo sie etwa 72 1/2 Millionen Mark betrug. Der Durchschnittssatz ist beträchtlich heruntergegangen, auf 178 Mark 700/100 Pfennige gegenüber 198 Mark 424/100 Pfennige im vorigen Jahr. Die Gemeindevähler mit Steuerleistungen bis zu dieser Höhe gehören zur dritten Klasse. Die übrigen, die mehr zahlen, teilen sich in die zweite und erste Klasse. Diesmal gehört man zur zweiten Klasse schon von 178 M. 700/100 Pf. an, das ist um reichlich 15 M. weniger als der Steuerbetrag, mit dem im vorigen Jahre die zweite Klasse begann. Hinsin角度 ist dagegen die obere Grenze der zweiten Klasse. Diesmal beginnt die erste Klasse erst mit 7257,40 M., gegenüber 7180,80 M. im vorigen Jahre.

An dem Gesamtbild der Klasseneinteilung wird natürlich durch diese Verschiebung der Steuer Grenzen nichts geändert. Die Wählerzahlen für 1915 werden erst nach Prüfung und Berichtigung der Listen genau festzustellen sein. In den Listen für 1914 kamen auf je einen Wähler erster Klasse 40 Wähler zweiter Klasse und 485 Wähler dritter Klasse.

Herstellung von Obsttuchen in Groß-Berlin.

Die zur Verteilungsstelle Groß-Berlin gehörigen Gemeinden haben eine Bekanntmachung erlassen, nach der auf Grund des § 3 der Verordnung über die Einschränkung der Kuchenbereitung vom 25. März 1915 in Abweichung von der Bestimmung des § 1 dieser Verordnung zugelassen wird, daß von Verkäufern dieser Bekanntmachung an bis einschließlich zum 1. September Obsttuchen an Roggen- und Weizenmehl bis zu 20 vom Hundert des Kuchen-gewichts enthält und mit Pfeffer, Backpulver und ähnlich wirkenden Mitteln hergestellt wird.

Schutz den Wäldern.

Als wir kürzlich auf Einladung des Direktors des Zweckerbundes Teile des Grünwalds durchschritten, mußten wir an verschiedenen Stellen sehen, daß auch Unvorsichtige den Wald unsicher machten. Wir erfuhren, daß Jugendvereine an manchen Stellen beim Ablochen nicht unerheblichen Schaden angerichtet hatten, und wir konnten uns auch überzeugen, welche heillose Unordnung durch das Ueberwerfen der zum Verkauf gestellten Hölzer entstanden war. Dadurch werden auch die Holz Käufer schwer geschädigt. In welchem Umfange das der Fall ist, geht aus einer Beschwerde eines großen Berliner Holzunternehmens hervor, die an die Oberförsterei Grünwald gerichtet worden ist.

In dieser Beschwerde heißt es:

Bei Besichtigung der von uns angekauften Holzmassen haben wir recht eigentümliche Zustände feststellen müssen, die bisher in keiner Weise in irgendeiner deutschen Forst vorgekommen sind. Unsere bezahlten Hölzer sind vollständig auseinandergerissen, jeder Witterung ausgesetzt, eingegraben und mit Sand beworfen. Eine Feststellung ist überhaupt nicht mehr möglich. Die Kloben schwimmen vielleicht irgendwo in einem See herum. Verschiedene Nummern fehlen gänzlich. Wir wissen tatsächlich nicht, was wir davon halten sollen. An diesen Zuständen geben wir den Leitern der königlichen Oberförsterei absolut keine Schuld; denn wir haben uns selbst davon überzeugt, wie der Herr Hegemeister stetig bemüht ist, Ordnung zu halten, aber auch zu gleicher Zeit beobachtet, daß alle seine Bemühungen zwecklos sind. Wir führen diese unbehaltbaren Zustände auf die Vergünstigungen, die das Publikum, namentlich die Jugendvereine, auf Kosten der Holz Käufer genießen, zurück. Zum Beispiel fehlen uns im Jagen 26 die Nummern 136, 137 und 138 mit 15 Raummetern, im Jagen 57 eine Nummer mit 5 Raummetern, ebenso im Jagen 58 ein Stapel. Jedenfalls sind das Zustände, die nie vorkommen dürfen, noch dazu, da während des Krieges weder genügend Leute, noch Gespanne zu bekommen sind, die ein schnelles Abfahren ermöglichen.

Der Rotschrei der Holzfirma ist bezeichnend für manche Vereine, die glauben, sich alles erlauben zu dürfen. Der Wald ist zur Erholung der Bevölkerung da und jeder Besucher sollte den Schutz des Waldes als eine einfache Anstandsspflicht betrachten.

Falsche Papiere. Das Polizeipräsidium empfiehlt dringend Vorsicht bei der Annahme von Hausdienern und Kutschern in der Kriegszeit. Im Laufe der letzten Monate ist eine große Anzahl von Firmen dadurch geschädigt worden, daß neu eingetretene Hausdiener oder Kutscher mit Ware oder einlöslichem Gelde verschwanden. Die Ermittlung der Täter wurde in vielen Fällen dadurch erschwert oder vereitelt, daß die beim Eintritt in die neue Stellung abgegebenen Papiere gefälscht waren. In einzelnen Fällen waren diese Fälschungen so ungeschickt ausgeführt, daß die Arbeitgeber sie bei auch nur geringer Aufmerksamkeit hätte bemerken müssen.

Gegen die Mahnung des Polizeipräsidenten an die Geschäftsinhaber, sich vor Schwindlern zu schützen, kann nichts eingewendet werden; hoffentlich führt sie aber nicht zu einer falschen Auslegung und Handhabung, so daß dadurch ein ganzer Stand herabgesetzt wird.

Von der Staatsanwaltschaft freigegeben wurde die Leiche des Kaufmanns Heinrich Pariser, über deren Verschlagnahme wir be-

richteten. Für die Verschuldigung, die die Erben des Verstorbenen gegen seine Witwensfrau erhoben, hat die Obduktion keinen Anhalt geliefert. Um ganz sichere Feststellungen zu gewinnen, hat aber die Staatsanwaltschaft einzelne Leichenteile zurückbehalten und dem Gerichtschemiker zu genauer Untersuchung überweisen lassen. Die Leiche ist in der städtischen Anstalt in der Gerichtsstraße bereits eingekerkert worden.

Die Zisterne als Diebstahlsfall.

Auf dem Gelände der Treptower Laubkolonie treiben seit einigen Wochen Einbrecher ihre Unwesen. In der Nacht zum gestrigen Sonnabend drang ein Dieb von der Straße her in ein Grundstück ein, um dort dem Kaninchen- und Hühnerstall einen Besuch abzustatten. In der Dunkelheit geriet er vom Hauptweg ab und überschritt die Gemüßpflanzung, als plötzlich der Boden unter seinen Füßen versank. Der Gauner war an eine über einen Meter tiefe Regen-zisterne geraten und stürzte so unglücklich in das Fach hinein, daß er sich eine Verstauchung des rechten Fußes zuzog. Da alle seine Bemühungen, aus der Falle herauszukommen, vergeblich waren, blieb dem Dieb schließlich nichts anderes übrig, als laut um Hilfe zu rufen. Die Bewohner der Laube eilten herbei und befreiten ihn aus seiner mißlichen Lage, um ihn dann der Polizeibehörde zu übergeben.

Straßenunfälle.

Durch einen Sturz vom Straßenbahnwagen ist vorgestern der Pionier Höfer zu Schaden gekommen. Er hatte einen Wagen der Linie 19 benützt und stand auf dem Hinterrad. Vor dem Hause Kämpferer Straße 190 erlitt der Soldat einen Ohnmachtsanfall und stürzte vom Bahnwagen auf die Straße hinab. In besinnungslosem Zustande wurde der Pionier nach der nahen Kaserne geschafft.

Vor dem Hause Hauptstr. 57 in Schöneberg versuchte der Dier-lutscher Kurz unmittelbar vor einem in der Richtung nach der Ein-strasse fahrenden Straßenbahnwagen der Linie E das Gleis zu über-schreiten. Er wurde umgestoßen, geriet unter die Vorderplattform und wurde von der Schuttbordwand aufgenommen. Bei dem Sturz hatte Kurz jedoch eine Kopfverletzung erlitten, die seine Aufnahme in ein Krankenhaus notwendig machte.

In der Müllerstraße, Ecke der Brüsseler Straße, fiel ein Fahr-gast eines Juges der Straßenbahnlinie 25E aus unbekannter Ursache während der Fahrt vom Vorderperren des Weimagens und erlitt Hautabschürfungen am Kinn und Hinterkopf. Die Schaffnerin des Weimagens erlitt infolge des Schrecks über den Unfall einen Ohn-machtsanfall. Die beiden Verunglückten erhielten auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe und wurden von dort nach ihren Woh-nungen gebracht.

Eine mehr als halbstündige Störung im Straßenbahnverkehr entstand vorgestern nachmittags im Zentrum der Stadt dadurch, daß vor dem Hause Köhlerstr. 29 ein Eiswagen der Norddeutschen Eis-werke, dem das rechte Hinterrad gebrochen war, das Gleis in der Richtung nach dem Spittelmarkt sperrte. In der Zeit von 5.51 bis 6.29 Uhr mußten infolgedessen die Wagen der Linien 5, 27, 82 über Spittelmarkt-Hausvogelplatz abgelenkt werden. Das Hindernis wurde durch den Rettungswagen der Straßenbahn beseitigt.

Um 6.500 Mark „gestohlen“ wurde ein Viehhändler aus der Provinz, der in Berlin eine Ladung Vieh verkauft hatte und in einem Gasthof in Berlin-Lichtenberg einkehrte. Er stieg vorgestern abend nach 11 Uhr etwas angeheitert auf der Haltestelle Frankfurter Allee ein und verfiel bald in einen tiefen Schlaf. Als man ihn am Schluß der Fahrt schlafend auffand und weckte, entdeckte er zu seinem Schrecken, daß ihm die Brieftasche mit 6500 Mark gestohlen worden war.

Der Nordverdracht, der vorgestern die Kriminalpolizei nach der Stephanstraße rief, hat sich als unbegründet erwiesen. Nach der Obduktion ist der Magistratsdiener Weder, wie ja auch schon die nähere Aufklärung der zunächst verdächtigen Umstände erwarten ließ, an Herzschlag gestorben.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde am Freitagabend gegen 10 1/2 Uhr auf der Vorortstrecke Berlin-Bernau kurz vor der Station Karow der Bahnsteigkaffner Deutschmann von dort. D., der sich bereits über zwanzig Jahre im Dienst be-findet, war auf die Gleise geraten; er wurde vom Zuge erfasst und überfahren.

Eine Diebstahlschändel spielte sich gestern in der Rostocker Str. 16 ab. Der dort wohnhafte, auf Urlaub weilende Armierungssoldat G. gab — wie berichtet wird, im gegenseitigen Einverständnis — einen Schutz auf seine 20 Jahre alte Geliebte Gr. ab; alsdann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Während seine Braut nur einen Streifschuß erlitt, verletzte er sich sehr schwer. Beide wurden nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

Im Berliner Aquarium ist die Insektenabteilung jetzt besonders gut besetzt. Mehrere Dienerinnen können in ihrem geschäftigen Treiben bequem hinter Glas beobachtet werden; zahlreiche heimische und fremde Schmetterlinge sind in ihren verschiedenen Entwicklungsstadien zur Schau gestellt; Käfer, besonders Hirschkäfer in beiden Geschlechtern und als riesige Larven fesseln den Beobachter. Von den malayischen Niesen-Stadensfären ist zurzeit ein prächtiges Paar vorhanden, bei dem das Weibchen dem Männchen um ein Glei-faches an Größe übertrifft. Sie sind in das Warmraum der Wandelnden Blätter untergebracht.

Aus den Gemeinden.

Magistratsveränderung während des Krieges in Schöneberg.

Oberbürgermeister Dominicus, der zweimal verwundet war, wird in der nächsten Woche sein Amt als Magistratspräsident wieder übernehmen. Seit seinem Eintritt in das Heer sind im Schöne-berger Magistratskollegium erhebliche Änderungen vorgekommen. Mehrere Magistratsmitglieder sind bereits durch den Tod dahin-gerafft worden. Weitere Lücken wurden durch die in Ruhestand ge-tretenen oder ins Feld gerufenen Magistratsmitglieder gefüllt. Am einschneidendsten wurden die städtischen Bauämter durch das Aus-scheiden ihrer Dezerenten in Mitleidenschaft gezogen. Nach dem Austritt des Stadtbaurats Gerlach und des zu Anfang dieses Jahres in den Ruhestand getretenen Stadtbaurats Egeling blieben diese wichtigen Stellen unbesetzt. Dazu treten des weiteren die durch den Tod erledigten Stellen, deren Inhaber, wie Stadtbaurat Römer und Magistratsbaurat See-mann, im Felde gefallen sind, oder, wie Stadtrat Harder, mitten aus der Arbeit heraus verstarb. Das Dezernat des Stadtrats Harder ist jetzt von dem neugewählten Stadtrat Rollenbuhr über-nommen worden. Sehr empfindlich machte sich ferner für die be-treffenden Dezernate und Arbeitsgebiete der Eintritt der Stadträte Dr. Vicht und Kay ins Heer geltend; ebenso das infolge eines Un-falles veranlaßte Ausscheiden des Stadtrats und Syndikus Berg-mann.

Teuerungszulagen in Friedrichsfelde.

Auf Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschloß der Gaswerksausschuß die Gewährung einer Teuerungszu-

Zulage an alle im Gastwesen Beschäftigten. Die Feuerzulage beträgt für Arbeiter bzw. Arbeiterinnen mit Kindern unter fünfzehn Jahren 10 M., für Arbeiter ohne Kinder 5 M. im Monat.

Soziales.

Der Antrag auf Verichtigung des Tatbestandes.

Mit der interessanten Rechtsfrage, ob eine Prozeßpartei eine Verichtigung des Tatbestandes verlangen kann, wenn dem Richter bei der Urteilsausfertigung in der Wiedererhebung des Tatbestandes ein Irrtum unterlaufen ist, hat sich die 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung zu beschäftigen. Der Sachverhalt war folgender: Vor derselben Kammer war unter dem Vorbehalt des früheren Richters dieser Kammer, des Magistralrats Depenc, gegen einen Kaufmann A. ein Urteil ergangen, dessen Ausfertigung ihm auf sein Ersuchen schriftlich zugestellt wurde. Bei der Wiedererhebung des Tatbestandes will nun der Verurteilte einen großen Irrtum gefunden haben. Von der Aufklärung ausgehend, er brauche es sich nicht gefallen zu lassen, daß in einem öffentlich ergangenen Urteil der wirkliche Tatbestand entstellt wiedergegeben wird, stelle A. beim Kaufmannsgericht den Antrag auf Verichtigung des Tatbestandes, der Vorstehende wies jedoch den Antrag als unberechtigt zurück. Dagegen erhob der Kaufmann Beschwerde beim Landgericht, und dieses wies die Sache an das Kaufmannsgericht zurück, indem es ausführte, über den Antrag auf Verichtigung des Tatbestandes könne nur auf Grund mündlicher Verhandlung unter Hinzuziehung der Richter, die bei dem Urteilspruch mitgewirkt haben, entschieden werden. In der jetzigen Kammerverhandlung zeigte nun die Kammer, zum größten Teil verurteilt durch den Krieg, ein ganz anderes Bild als damals. Die einzelnen Richter sind zum Teil zum Heeresdienst eingezogen, und auch der damalige Vorsitzende walet nicht mehr seines Amtes als Kaufmannsrichter. Während er selber im Felde steht, hat inzwischen der jetzige Verhandlungsleiter Dr. Kann den Vorsitz der Kammer übernommen. Nur ein Richter des alten Kollegiums ist auch im neuen Kollegium vertreten.

In die vom Landgericht angeordnete mündliche Verhandlung trat das Kaufmannsgericht aus folgendem Grunde nicht ein: Der eine Richter, der bei der damaligen Urteilsfindung mitwirkte, könne, selbst wenn die Verhandlung die Verichtigung des Begehrens des Antragstellers ergebe, doch nicht den Tatbestand berichtigen. Nach der Zivilprozeßordnung könne nur derjenige Richter berichtigen, der das Urteil gemacht habe, und das sei in diesem Falle der Vorsitzende Dr. Depenc gewesen. Er könne es auch nicht berichtigen, wenn er noch dasselbe Amt bekleide. Sei er etwa zu einem anderen Dienstzweig versetzt, so sei eine Verichtigung unmöglich. Dasselbe sei der Fall, wenn der Richter inzwischen aus dem Leben scheide. — Auf Grund dieser Rechtslage gab das Gericht dem Antragsteller anheim, seinen Antrag wieder einzubringen, wenn etwa Dr. Depenc später sein Amt wieder übernehmen sollte. A. zog darauf auch den Verichtigungsantrag vorläufig zurück.

Keine Unterbrechung der Angestelltenversicherung während des Sommerurlaubs.

Ein Berliner Kaufmann unterließ es, die Angestelltenversicherung für die Zeit zu zahlen, während welcher seine Angestellten sich auf Urlaub befanden. Die Entbindung von der Versicherung begründete er damit, daß das Angestelltenverhältnis während der Ferien unterbrochen werde. Er sei auch zu einer Gehaltszahlung während der Zeit der Abwesenheit der Gehilfen nicht verpflichtet, sondern gebe aus freien Stücken ein Geldgeheim in Höhe des sonstigen Gehalts. — Der Kaufmann kam mit seiner Einrede beim Reichsversicherungsamt nicht durch, dieses entschied vielmehr, daß während des Urlaubs die Angestelltenversicherung weitergehe. Das Dienstverhältnis werde durch den Urlaub keineswegs unterbrochen. Für die Urlaubsbereitstellung laufe der Arbeitgeber die Gewähr eines für die Saison frischeren und arbeitsfreudigeren Personals ein.

Berichtszeitung.

Die Freude über Hindenburgs Sieg in der Schlacht bei Tannenberg.

hat am 30. August v. J. in Groß-Lichterfelde einen unliebsamen Zwischenfall gezeitigt, der zu einer gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II verhandelten Anklage gegen den Polizeikommissar Hermann Richter wegen körperlicher Mißhandlung im Amt führte. Als am 30. August die in Berlin durch ein Extrablatt verbreitete Nachricht von der Gefangennahme von 30 000 Russen bei Tannenberg in Lichterfelde bekannt wurde, sammelte sich vor dem Bahnhof eine immer mehr anschwellende Menschenmenge, die ihrer Begeisterung durch lauten Jubel und Abhängen patriotischer Lieder Ausdruck gab. Der Fabrikbesitzer Schlutius hatte für möglichst schnelle Verbreitung der Siegesnachricht gesorgt. Da erschien der Polizeikommissar Richter auf der Bildfläche und setzte der Begeisterung einen Dämpfer auf, indem er erklärte, daß, wie er durch Nachfrage bei einer Lichterfelder Zeitung und beim Wolffschen Telegraphenbureau festgestellt habe, die Nachricht noch nicht amtlich bestätigt sei. Er glaube, daß eine Falschmeldung vorläge und suchte den ihm vorzeitig erscheinenden patriotischen Jubel zu verhindern. Herr Schlutius und das gesamte Publikum ließen sich aber ihre Ueberzeugung, daß die Nachricht wahr sei, nicht nehmen, zumal aus Berlin ankommende Reisende bestätigten, daß dort die Nachricht von Schulzeuten auf der Straße verlesen worden sei. Der Polizeikommissar Richter geriet dann in Erregung darüber, daß Herr Schlutius die Aeußerung tat: „Der Kommissar wird es doch nicht besser wissen als der Schuhmann in Berlin!“ Und diese Erregung steigerte sich immer mehr, als die Tochter des Kommissars sich einmischte und ihrem Vater Mitteilung über hart an Beleidigung grenzende Bemerkungen, die angeblich von Schlutius ausgegangen seien, machte. Der Kommissar wandte sich darauf an Schlutius, um, wie er behauptete, dessen Namen festzustellen, dieser soll aber nach der weiteren Behauptung des Angeklagten sich einfach umgedreht und ihn haben stehen lassen. Das Publikum hörte, wie der Kommissar Herr Schlutius anfuhr: „Wenn Sie das noch einmal sagen, sollen Sie mal sehen, was passiert!“ Gleich darauf sagte ihn der Beamte an der Brust und an den Schultern, schüttelte ihn hin und her und rief ihn vor sich her durch die Menge, um ihn dem Polizeiergeanten Schmidt mit der Weisung zu übergeben, „den Mann nach der Wache zu bringen“. Herr Schlutius soll mehrmals vergeblich versucht haben, ihn loszulassen, da er allein mitgehe. Die Behandlung des Herrn Schlutius durch den Angeklagten hat, wie gestern zahlreiche Augenzeugen aus den verschiedensten Ständen bekundeten, allgemeine Empörung verursacht. In diesem Sinne äußerten sich mehrere angesehenen Einwohner Lichterfeldes, unter ihnen ein Hauptmann in Feldgrauer Uniform. Sie bezeichneten das Vorgehen des Kommissars einem anständigen Manne gegenüber als „roh“ und unzulässig. Ein Zeuge behauptete, daß es ein sammervolles Bild gewesen sei, wie der schmächtige Mann unter dem Schütteln des Kommissars „hin- und hergeschleift“ sei. Eine Frau bestätigte die allgemeine Empörung, die alle ergriffen habe, weil hier, während die Menge in feierlicher Begeisterung „Deutschland, Teutichland über alles“ gesungen und im Felde alle wie

Brüder zueinander stehen, in Lichterfelde so etwas Passieren konnte. Ein älterer selbständiger Kaufmann war so empört über den Angeklagten, daß er zu sich sagte: „Gott schütze uns alle vor solchen Polizeigewaltigen“. Nach seiner Darstellung hat der Angeklagte Herrn Schlutius „mit brutaler Gewalt vor sich hergestoßen, etwa wie man ein Hund Lumpen vor sich herzieht“. — Als der Polizeiergeant Schmidt Herrn Schlutius nach der Polizeiwache brachte, mußte dieser mehrere Male stehen bleiben und sich erholen, da er schwer herzleidend ist und das Asthma hatte. Als er von der Wache kam, erzählte er auf Befragen, daß er sich in ruhiger Weise mit Richter auseinandergesetzt habe und die Sache erledigt sei. Die Aufregung über den ganzen Vorfall hatte aber auf den herzkranken Mann eine so betrübende Wirkung, daß er auf der Straße bewußtlos zusammenbrach und bald darauf eine Leiche war. — Der Angeklagte trat den Auslassungen der Zeugen mit großer Energie entgegen und behauptete, daß er zur Siftierung nach dem ganzen Benehmen des Schlutius berechtigt gewesen sei und sich die Siftierung in den gesetzlichen Schranken gehalten habe. — Der Staatsanwalt war ganz anderer Ansicht. Der Angeklagte habe zu seinem empörenden Auftreten nicht die geringste Berechtigung gehabt, ein solches sei auch gemeingefährlich, denn ein solcher Erzeß, wenn er in anderen Bezirken sich ereignete, könnte leicht schwere Folgen nach sich ziehen. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und Absperrung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 2 Jahren, damit das Publikum sehe, daß solche Elemente nicht in das preussische Beamtentum gehören. — Der Gerichtshof war auf Grund der Beweisführung der Ansicht, daß sich der Angeklagte anfangs in rechtmäßiger Ausübung des Amtes befunden, der Gerichtshof hat aber straffe verneint, daß er berechtigt war, in der gewaltsamen Weise gegen Schlutius vorzugehen. Er durfte Gewalt nur anwenden, wenn ihm Widerstand entgegengebracht wurde, dabon sei aber keine Rede gewesen. Psychologisch sei das Vorgehen des Angeklagten nur so zu erklären, daß er aus Mangel über die Neugier des Schlutius diesem etwas auszuwichen wollte. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit eines solchen Vorgehens gegen einen anständigen Mann könne ihm nicht gefehlt haben. Was das Strafmaß betrifft, so habe das Gericht, wie der Vorsitzende ausführte, die etwa 14-jährige feldenslose Amtstätigkeit des Angeklagten berücksichtigt und ihm mildere Umstände bewilligt, aber auf Gefängnis erkennen müssen. Die Augenzeugen des Vorfalls seien mit Recht empört gewesen über die grenzenlose Brutalität des Angeklagten; es sei geradezu unerklärlich, wie ein Beamter mit klarem Verstande so dem Rechtsgefühl in das Gesicht schlagen kann und gerade zu einer Zeit, in welcher der Patriotismus des gesamten Volkes nach Ausdruck sucht, um sich erkennen zu lassen; in einer solchen Zeit und bei einer solchen Gelegenheit sollte doch ein Polizeibeamter Milde walten und sich nicht so hinreißen lassen. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis.

Durch das tapfere Verhalten eines Schulknaben war die Verhaftung eines gewerbsmäßigen Diebes gelungen. Am 30. Mai d. J. hatte der Schüler Bogdanowski, um eine Feststellung auszurichten, sein Fahrrad einen Augenblick vor einem Hause der Straße Al.-Noabit stehen lassen. Der schon siebenmal wegen Diebstahls vorbestrafte Angeklagte, der Schmiedegeselle Hermann Beyer, schwang sich plötzlich auf das Rad und fauete damit davon. Der 14-jährige Sohn des in dem Hause wohnhaften Weinhändlers Johann hatte den Diebstahl bemerkt und rief sofort eine Auto-drosche und fuhr hinter dem Diebe her. In der Calvinstraße sprang der Dieb, als er sich verfolgt sah, vom Rade und ging auf den Schüler mit einem offenen Messer los, der sich aber dadurch nicht weiter einschüchtern ließ, sondern weiter hinter dem Dieb herließ und seine Feststellung veranlaßte. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 24 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 9 Monate Zuchthaus.

Ein betrügerischer Bürgermeister.

Der frühere Bürgermeister von Hammerstein, Paul Raab, der außer seinem Bürgermeisterposten noch verschiedene Nebenämter bekleidete, ist bereits durch ein früheres Urteil wegen Unterschlagung von Geldern aus der Renteuffelischen Stiftung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen Unterschlagung im Amte ist er nun am 15. Februar vom Landgericht Konitz in einem zweiten Verfahren zu einer Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Fall lag hier folgendermaßen: Der Kreis Schlochau hatte eine Gemeindefrankenversicherung eingeführt. Dem Kreisauschuß stand die Verwaltung zu und die einzelnen Ortsvorsteher dieses Kreises mußten in ihren Bezirken die Beiträge einsammeln und später Abrechnung vorlegen. Auch dem Angeklagten lagen diese Pflichten ob. Er sammelte nun zwar die Beiträge vorschriftsmäßig ein, lieferte aber bei der Abrechnung 89,25 M. zu wenig ab. Er warf die Schuld auf den Stadtsekretär, der die Bücher geführt hatte. Da dieser aber nur nebensächliche mechanische Arbeiten verrichtet hatte, hat das Gericht bei diesem keine strafbare Handlung angenommen. Die Revision des Angeklagten, die nur unbeachtliches enthielt, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Ein verhängnisvolles Geschenk.

Von der bayerischen Grenze wird folgender fast unglaublicher Vorfall berichtet: Der Rektor der Realschule in Gunzenhausen in Bayern, Jahraus, der zurzeit als Oberleutnant und Kompagnieführer im Felde steht, hatte als Andenken und „um seinen Schülern eine besondere Freude zu bereiten“, zwölf Granatzünder der Realschule übermitteln und jedenfalls geglaubt, daß sie entladen und ungefährlich seien. Diese Zünder wurden nun auf dem Turnplatz der Realschule durch den stellvertretenden Rektor, Professor Denk, an die besten Turner der Realschule verteilt. Der Realschüler Ernst Brunner, 16 Jahre alter Sohn der Lehrerswitwe Brunner aus Brunnwinden, erhielt als ersten Preis das interessanteste und schönste Stück, einen englischen Zeitzunder. Er versuchte nun gleich die Schraube an dem Zünder zu drehen, was ihm auch gelang, wobei jedoch die Kapsel auf Explosion gestellt wurde. Sofort erfolgte eine gewaltige Explosion, die großes Unheil anrichtete. Brunner verchied nach einer Stunde, ihm folgte im Tode nach kurzer Zeit der 16-jährige Hauptlehrersohn Chlodwig Funf von Unterwurm-bach. Die Schüler Arntz Baur von Wassertrüdingen, Karl Reihner und Willi Sieingruber von Gunzenhausen, sowie ein jüngerer Bruder des tödlich verletzten Funf erlitten schwere, fünf andere leichtere Verletzungen.

Selbsthilfe gegen Lebensmittelwucher.

Die Fälle mehren sich, in denen sich das kaufende Publikum gegen die Ausbeutungsversuche raffgieriger Lebensmittelhändler energisch zur Wehre setzt und sich in seiner berechtigten Entrüstung auch zu Tätlichkeiten gegen die Wucherer hinreißt. Wir haben neulich über einen Fall in Driesen (Neumark) berichtet. Jetzt kommt uns ein Vorfall zur Kenntnis, der sich kürzlich auf dem Wochenmarkt in Reutheim beim Kartoffelverkauf abspielte. Nach der „Offizierzeitung“ wurde zwei Landwirten aus der Umgebung, die für den Zentner Kartoffeln 6 M. forderten, von den darüber empörten Käuferinnen übel mit-

gespielt. Es kam zu mitleidigen Szenen, die erst durch die Polizei beendet wurden. Die stark blutenden Landwirte wurden aufs Rathaus in Sicherheit gebracht. Ein ähnlicher Vorfall hat sich dieser Tage auch in Stolp abgespielt. Wo eine Landfrau 2,40 M. für eine Mandel Eier forderte.

Man mag es bedauerlich finden, daß es zu solchen Szenen kommt, immerhin dürfte es wohl kaum einen rechtlich denkenden Menschen geben, der dem kaufenden Publikum die Schuld daran zurechnen wird. Ganz verschwinden werden solche Vorkommnisse nur, wenn dem Lebensmittelwucher von behördlicher Seite energisch entgegengetreten wird, wie das schon so unzählige Male geschehen worden ist.

Die Brandkatastrophe in Bernterode.

Ueber das Brandunglück in Bernterode, bei dem, wie berichtet, vier Kinder dem Flammentode fanden, werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: In der Scheune des Arbeiters Ignaz Hiege brach gegen 11 Uhr vormittags Feuer aus; allem Anschein nach war das Feuer von Kindern, die in der Scheune spielten, angelegt worden. Als das Feuer bemerkt wurde, schlugen schon die hellen Flammen, die an dem in der Scheune lagernden trockenen Holz und Heu Nahrung fanden, aus der Scheune heraus. Man hörte aus der Scheune das Wimmern von Kindern und versuchte, sie zu retten. Es war aber unmöglich, in die brennende Scheune einzudringen und die Kinder, die sich, als sie die Flammen sahen, in der Scheune verkrochen, statt ins Freie zu flüchten, zu befreien. Die Scheune brannte nieder und man fand die Leichen von vier Kindern völlig verkohlt und unkenntlich. Die unglücklichen Opfer sind 3 bis 6 Jahre alt. Die Väter der Kinder stehen im Felde, die Mütter waren auf dem Acker beschäftigt.

Schweres Grubenunglück.

Auf der Zeche „Freie Vögel“ und „Unberhofft“ in Görde fanden in der Nacht zum Sonnabend durch Schlagwetter oder giftige Gase fünf Bergleute den Tod. Der Steiger Hausberg starb bei dem Versuch, die anderen zu retten, ein sechster wurde verletzt.

Schwere Unwetter sind am Freitag an einzelnen Orten des Reichs niedergegangen und haben großen Schaden angerichtet. In Guben und Umgebung verursachten Wolkenbrüche gewaltige Ueberschwemmungen. In mehreren Dörfern der Lausitz haben Blise geendet und viele Ackerwirtschaften eingekerkert. — Die Stadt Rawitsch in Posen und ihre Umgebung wurden von einem schweren Unwetter heimgesucht, bei dem große Verwüstungen auf Feldern und Gärten anrichtete. Gartenfrüchte und Obstplantagen sind fast ganz vernichtet worden. In Rawitsch selbst wurden von den großen Schloten Hunderte von Fensterscheiben zertrümmert.

Großer Moorbrand bei Osnabrück. Seit Donnerstag mittag wütet, wie die „Osnabrücker Volkszeitung“ meldet, ein großer Moorbrand im Gebiet der Moorzentrale und hat mittlerweile so große Dimensionen angenommen, daß man militärische Hilfe aus Osnabrück erbeten hat. Die Osnabrücker Feuerwehre ist mit vielen anderen Feuerwehren bei der Bekämpfung des Brandes tätig. Auch die Kriegsgefangenen werden mit Aushilfsarbeiten beschäftigt. Es sollen bereits mehrere hunderttausend Zentner Torf verbrannt sein. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Unachtsamkeit entstanden.

Raubmord an einem Förster. Wie aus Posen gemeldet wird, ermordeten maskierte Banden den Oberförster Porzga! im Forsthaus Koziolek bei Poleslawiec im Kreis Bielun und beraubten ihn.

Parteiveranstaltungen.

Erster Wahlkreis. 4. Abteilung. Der Jahlabend wird im Restaurant Löhrich, Wallgrabenstr. 73, abgehalten.
Zweiter Wahlkreis. Für die Bezirke 115, 118, 120, 124 und 129 findet der Jahlabend am 14. Juli bei G. Fröhlich, „Zum Puschturn“, Fontanepromenade 18, statt. Wichtige Tagesordnung.
Niederriehausen-Nordend. Die Jahlabende finden statt: für den 1., 2., 4. und 7. Bezirk bei Gapa, Balb., Gde Eichenstraße, für den 3., 5. und 6. Bezirk bei Raute, Beud., Gde Charlottenstraße.
Nowawes. Mittwoch, den 14. Juli, pünktlich abends 8^{1/2} Uhr, findet in den Deutschen Festhallen, Hermann Bollgramm, Wilhelmstr. 41/42, Einigung Friedrichstraße, die Mitgliederversammlung statt. Genosse Adoll Cohen-Berlin spricht über „Streik- und Festfragen“. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Rosenthal-Niederriehausen-Bez. Gemeinamer Jahlabend für alle fünf Bezirke im Lokal des Genossen Mühlrodt.

Frauen-Leseabende.

Spandau. Montag, den 12. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, bei Gullfawohl, Dismarckstr. 6: Vortrag der Genossin Käthe Dunder.

Serienveranstaltungen.

Lichtenberg. Die Ferienspiele finden in Gemeinschaft mit dem Turnverein nicht jeden Montag und Donnerstag auf Biele 11 in Treptow statt. Treffpunkte sind: 1 Uhr Dismarckplatz und 1^{1/2} Uhr Hildebrandstr., Gde Neue Bahnhofstraße.
Niederriehausen-Nordend. Dienstag, den 13. Juli: Familienausflug verbunden mit Kinderspielen nach den Kleingärten der Stadt Berlin in Blankenburg. Treffpunkt an der Kirche 1^{1/2} Uhr, Dismarckplatz 10 Uhr. Nachzügler kommen zur Spielwiese daselbst.
Wilmerborn. Die Ferienspiele des Nationalen Frauenbundes beginnen Dienstag, den 13. Juli, und finden einmal in der Woche, Dienstag und Freitag, statt. Treffpunkt: Wilmersheimer Str. 31 (Zugendheim). Abmarsch Punkt 3 Uhr. Rundbesuch ist mitzubringen.

Arbeiter-Samariterbund. Lehrstunden haben nächste Woche:
Kolonne Berlin, Kbl. 1 u. 4. Montag, den 12. Juli, abends 9 Uhr, Köpenicker Str. 62. — 5. Kbl. Freitag, den 16. Juli, Reuditz, Weichselstr. 8, Idealpostage.
Kolonne Rosenthal-Reinickendorf, Hauptstr. 22 bei Händers, Montag, den 12., und Donnerstag, den 15. Juli, abends 8^{1/2} Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Abonnement Ende Str. 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Wechsel und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementzahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. Z. 41. In beiden Fällen innerhalb drei Monaten nach Kenntnis. — Gannach und Hertz. 1. Felddienstfähig nachrichtlich nicht, das kommt aber auf die Entlassung des Militärarztes an. 2. 60 M. monatlich. 3. Nein; aber Nichtunterstützung wird Ihnen wahrscheinlich verweigert werden. 4. Ein Antrag zur Nichtermächtigung besteht nicht; es wird aber von den Hauswirten verlangt, daß sie die Werte um 25 Proz. ermäßigen. 5. Wegen der Kündigung gelten die Bestimmungen des Vertrags. Ohne erfolgte Kündigung dürfen Sie nicht ausziehen. — G. Z. 11. 1. Ja. 2. Unterstützung wird in solchem Fall nur ganz ausnahmsweise gewährt. — G. Z. 100. Wenn die Abmätzung vom Militär-bureau bereits erfolgt ist, könnten Sie nur auf dem Wege der Klage Ihren Anspruch geltend machen. Antrag auf Nichtunterstützung ist dann aus-schließlich, wenn Sie keine Kriegsunterstützung beziehen. — R. 323. Nam-musterung kann erfolgen. — Z. 51. Nein. — W. 4. 30. 1. Uns ist die Bezeichnung auf den Wahlurampfen sehr wohl bekannt. Es kann trotzdem persönliche Vorstellungen erfolgen, also auch Sie können eine Order erhalten und eventuell zum Heeresdienst eingezogen werden. — R. Z. 99. Selbstverständlich können Kriegsgelangen zu jeglicher Arbeit anhalten werden. — G. Z. 31. Formveränderungen der Zähne; leichte Zähne; herzkrank, aber dienstfähig. — R. W. 13. Nein.

Literarische Rundschau.

Dr. Eduard David. Sozialdemokratie und Vaterlandverteidigung. Rede, gehalten am 6. März 1915 in Bielefeld. Bielefeld, Verlag Buchhandlung „Volkswacht“ A. Gerisch u. Co. 82 S. Preis 20 Pf.

Dr. Eduard David. Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. Berlin 1915. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. 1. Q. 192 S. Preis 2 M.

1. Die Verteidigung der Fraktion.

Am 6. März dieses Jahres hielt Genosse David eine Rede in Bielefeld, die er dann als Broschüre erscheinen ließ. Er verteidigte hier in der üblichen Weise die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, insbesondere ihre Abstimmung vom 4. August. Die Haltung der Fraktion sei kein Bruch mit der Vergangenheit der Partei gewesen, sondern nur die Erfüllung einer stets anerkannten Pflicht. Die Schuld am Ausbruch des Krieges, der von der Sozialdemokratie nicht verhindert werden konnte, liege nicht bei den Zentralmächten, sondern bei der Tripelentente, diesem „Weltverteilungsbanditen“.

Man lennt nachgerade diese Weise und diesen Text. Die Feine und Feinsch, Danisch und Winnig usw. haben sie uns schon oft vorgesungen. Man konnte daher Davids Vortrag zunächst ruhig zu jener übrigen Kriegsliteratur legen. Aber nun hat Genosse David die Gedankengänge seiner Bielefelder Rede in einem Buche wiederholt, das den Anspruch erhebt, die Frage der Haltung der Sozialdemokratie im Weltkrieg von Grund aus zu erörtern. Es ist das nicht mehr bloß eine Verteidigung der bisherigen Politik der Fraktion, sondern es soll, wie schon der Titel besagt, eine Förderung des richtigen Verhaltens der Sozialdemokratie im Weltkrieg überhaupt vorstellen. Da lohnt es sich doch wohl zu untersuchen, wie weit dieses Problem in Davids Buch richtig beantwortet, ja, wie weit es richtig gestellt ist.

In Argumenten bringt das Buch gegenüber der Broschüre nichts wesentlich Neues, es stimmt mit ihr in wichtigen Partien wörtlich überein, bringt aber ein viel reicheres Belegmaterial zur Erhärtung der vorgetragenen Tatsachen und Ansichten. Nehmen wir nun zunächst an, die Behauptungen Davids seien durchweg richtig. Was folgt daraus für die von der Sozialdemokratie während des Weltkrieges einzuschlagende Politik? Daß sich die Arbeiter an der Verteidigung des Landes, in dem sie leben, aus allen Kräften beteiligen müssen, wird meines Wissens von keinem halbwegs ernst zu nehmenden deutschen Politiker bestritten. Genosse Liebknecht hat sich wiederholt und gewiß mit vollem Recht dagegen verwahrt, daß ihm das Gegenteil dieser Ansicht zugemutet wird. Um diese Notwendigkeit zu beweisen, dazu bedurfte es keiner Bücher und Broschüren, und tatsächlich hat auch das meiste, was David zur Begründung anführt, recht wenig mit dieser Frage zu tun.

2. Landesverteidigung und Schuldfrage.

Einen beträchtlichen Teil seines Buches widmet David einer Untersuchung über die Ursachen des Krieges und der diplomatischen Schuldfrage. Dieses an seinen Ausführungen ist sehr ansehnlich; aber im Augenblick ist es nicht nur überhaupt für einen Sozialdemokraten ungemein schwierig, sich mit Ausführungen wie denen des Genossen David kritisch auseinanderzusetzen, es gibt insbesondere eine Reihe von Problemen, über die eine ernsthafte öffentliche Diskussion völlig ausgeschlossen ist. Aber was haben die Fragen nach den Ursachen des Krieges und nach der diplomatischen Verantwortlichkeit überhaupt mit der Frage der Landesverteidigung zu tun?

Geht die Arbeiterschaft eines Landes kame zu der Überzeugung, die Regierung habe das Land aus Rutilwillen, Dummheit oder aus kleinlicher Eigenliebe in einen Krieg geführt; sollte sie dann etwa deshalb auf die Landesverteidigung verzichten? Sollte sie alle Greuel des feindlichen Einmarsches, alle Folgen der Niederlage deshalb auf sich nehmen, weil die Diplomaten ihrer Regierung dumm oder verbrecherisch gehandelt haben? Umgekehrt kann aber auch der Nachweis, daß ein Land ganz schuldlos von Feinden überfallen worden ist, ebenso wenig bewirken, daß die Arbeiterschaft dieses Landes auf die Weltendmachung ihrer eigenen Forderungen und Rechte verzichtet.

Wenig ist deshalb die Entscheidung der Frage nicht gleichgültig, wer für den Krieg verantwortlich ist. Sie ist nicht nur für den Historiker wichtig, der die Ereignisse rückblickend betrachtet; sie kann auch politisch von höchster Bedeutung werden, sobald es sich darum handelt, die Schuldigen vor Verantwortung zu ziehen. Das kann aber natürlich nur vom eigenen Volk geschehen und praktisch erst dann, wenn das Volk überhaupt in die Lage kommt, über seine Regierung zu Gericht zu sitzen. Als z. B. in der großen französischen Revolution die Jakobiner die Regierung der Girondisten stürzten, da hätten sie diese auch für den Anteil zur Verantwortung ziehen können, den sie am Ausbruch der sogenannten Koalitionskriege gehabt hatte. Heute besteht eine solche Möglichkeit wenigstens vorläufig in keinem der kriegführenden Staaten. Und wenn z. B. die russische Sozialdemokratie der Regierung ihres Landes auch während des Krieges mit opfermutiger Kühnheit allen ihr möglichen Widerstand leistet, so tut sie das natürlich nicht, um sie dafür zu strafen, daß sie den Krieg begonnen oder heraufbeschworen, sondern weil sie über dem Prinzip der gemeinsamen Landesverteidigung die unüberdrückbaren Gegensätze nicht vergessen hat, die sie von der Politik dieser Regierung trennen.

3. Das Verhalten unserer Genossen im feindlichen Ausland.

Ebenso wenig wie die Schuldfrage kann die nach dem Verhalten unserer ausländischen Bruderparteien für die Politik der deutschen Sozialdemokratie bestimmend sein. David hat eine Menge von Zitaten aus Erklärungen und Artikeln unserer Parteigenossen in Belgien, Frankreich und England zusammengetragen, um zu beweisen, daß wir wilde Deutsche doch bessere Menschen sind als jene. Es ist mir nicht bekannt, ob es in Frankreich oder England ein, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt von starken Organisationsfaktoren gestütztes und begünstigtes Institut gibt, das mit gleich liebevollem Eifer alle patriotischen und chauvinistischen Äußerungen deutscher und österreichischer Parteigenossen und Parteiblätter zusammenträgt, wie es die „Internationale Korrespondenz“ des Gen. Baumeister gegenüber den Bruderparteien des feindlichen Auslandes tut. Es gibt ja immer und überall aufopfernde Fanatiker der Wahrheit, die „mit blutendem Herzen“ freitenden Ehegatten oder Freunden brühwarm alles hinterbringen, was der andere Teil Abtrüglisches oder

Feindseliges über sie gesagt hat. Sollte es also solche Fanatiker auch in Frankreich oder England geben, dann wäre es ihnen sicherlich nicht schwer gefallen, einen ähnlich duftenden Kranz aus den Äußerungen deutscher und österreichischer Parteiblätter zu flechten. Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen traurigen Komik, wenn dieselben Parteigenossen, die seit Monaten fortwährend darüber jammern, daß unser Zentralblatt nicht ein Abkatsch der Chemnitzer „Volkstimme“ ist, dann pathetisch auf die „chauvinistischen Erklärungen“ des Zentralblattes der französischen Partei hinweisen und ausrufen: „Gott sei Dank, wir sind nicht so!“

Aber gesetzt wieder, alles wäre so, wie Gen. David es hinstellt, unsere ausländischen Genossen ließen es wirklich an internationaler Gesinnung völlig fehlen; und wenn wir auch ganz davon absehen, daß es nicht angeht, die Haltung und Stimmung der belgischen oder französischen Partei heute ohne weiteres mit der der deutschen zu vergleichen oder die englische Arbeiterpartei mit der deutschen Sozialdemokratie auf eine Stufe zu stellen; selbst wenn wir Davids Darstellung als richtig hinnähmen, was ergäbe sich daraus für unsere Politik?

Lange Zeit blühten die amerikanischen Gewerkschafter, fast durchwegs qualifizierte Arbeiter, auf die ungelerten Arbeiter ihrer Industrie mit Geringschätzung herab. Sie lehnten es ab, diese in ihre Organisationen aufzunehmen, sie kümmerten sich aber auch nicht um deren eigene Organisierung. Sie fühlten sich allein stark genug und betrachteten auch Geld und Mühe als verschwendet, die an Arbeiterkreisen verausgabt wurden, die selbst es zu keinen starken Organisationen brachten, bei denen daher auch auf Gegenseitigkeit nicht zu rechnen war. In den letzten Jahren haben die amerikanischen Gewerkschafter in dieser Hinsicht ziemlich gründlich umgelernt. Sie haben einzusehen begonnen, daß ihr eigenes Interesse es gebietet, sich Solidarität auch mit jenen Arbeiterschichten zu üben, die selbst zu dieser Tugend noch nicht reif sind, sie zu ihr zu erziehen. Mit eiserner Gewalt hat das Leben sie gelehrt, was wir ja schon lange wissen, daß die Besinnung der Solidarität, des Zusammenstehens, eine Lebensnotwendigkeit der Arbeiterschaft ist, daß ihre Betätigung auch dann durchgesetzt werden muß, wenn sie nicht sofort in gleicher Maße erwidert wird. Sollten wir heute behaupten, unser Verhalten müsse sich danach richten, ob das unserer ausländischen Genossen unseren Anforderungen entspricht, dann würden wir uns damit auf den Standpunkt jenes Bauernjungen stellen, der ausrief: „Geschieht meinem Vater schon recht, wenn ich dir die Hände erfriere. Warum kaufst er mir keine Handschuhe!“

4. Sozialdemokratische Politik.

Die Sozialdemokratie kann ihr Verhalten weder von der Schuld oder Unschuld der Regierungen abhängig machen, noch von dem Vorbild oder von der Gegenwirkung der Bruderparteien im Ausland. Als Partei der Arbeiter ist sie vor allem verpflichtet, deren Interessen und Zukunft zu vertreten. So ist die Haltung zu verstehen, die zum Beispiel Marx und Engels im Jahre 1870 eingenommen haben. David stellt es so hin, als ob die beiden und besonders Engels damals als deutsche Patrioten gedacht und gefühlt hätten. Tatsächlich waren sie damals der Ansicht, daß die Einheit Deutschlands eine Notwendigkeit für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und damit für die Annäherung an das Ziel des Sozialismus sei, während sie in Napoleon III. eines der gefährlichsten Demominie der europäischen Demokratie fänden. Deshalb standen sie bis zu Napoleons Sturz mit ihren Sympathien auf der deutschen Seite. Wenn Marx an Engels schrieb: „Die Franzosen brauchen Brägel“, so meinte er damit, wie David ganz richtig sagt, das konapartistische Regiment. Er glaubte, daß eine militärische Niederlage dieses Regimes es dem französischen Volke leichter machen würde, sich nicht nur äußerlich von dieser Zwingherrschaft selbst, sondern auch innerlich von der napoleonischen Ideologie des Militarismus, der Anbetung des Waffenerfolgs, zu befreien. Ihr Streben, ihr Denken und Fühlen waren auch in dieser Frage beherrscht von dem Ziele der Verwirklichung des Sozialismus. Diesen Anspruch auf die heutigen Verhältnisse anzuwenden geht aber schon deshalb nicht an, weil heute die Deere das ganze Volk umfassen, eine militärische Niederlage daher auch eine ganz andere Bedeutung haben muß.

Wollen wir in der Tat untersuchen, welche Haltung die Sozialdemokratie im Weltkrieg einzunehmen hat, so scheint der Weg dazu recht einfach. Vor dem Krieg war unser Standpunkt sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik dem der Regierung und der herrschenden Klassen direkt entgegengesetzt. Es entsteht daher die Frage, ob und inwieweit daran durch den Kriegsausbruch etwas geändert wurde.

5. Landesverteidigung und Kreditbewilligung.

Ueber diese allein entscheidenden Fragen spricht David weder in seiner Broschüre noch in seinem Buch ein Wort. Er stellt es so hin, als seien alle Fragen schon damit gelöst, daß festgestellt wird, die Arbeiter müßten ihr Vaterland verteidigen.¹⁾ Das ist ja überhaupt die äußerst bequeme Methode, mit der die Verteidiger der Fraktionspolitik sich um alle ernststen Fragen herumdrücken. Sie tun so, als ob jeder, der die Kredite verteidigen wollte, ein Landesverräter wäre, und dann nehmen sie es als selbstverständlich hin, daß die Bewilligung der Kredite unter allen Umständen die Bedeutung gehabt habe, daß während der Kriegsdauer die Sozialdemokratie auf die Geltendmachung ihrer politischen Forderungen besonders in der äußeren Politik Verzicht leiste und diese erst wieder nach dem Friedensschluß aufnehmen werde, d. h. also dann, wenn über diese Fragen auf lange Zeit hinaus endgültig entschieden ist.

Es ist aber sofort klar, daß diese beiden Behauptungen unmöglich nebeneinander bestehen können. Entweder hatte die Kreditbewilligung wirklich nur den Sinn, der militärischen Verteidigung des Landes die notwendigen Mittel zu geben, dann hätte sie

¹⁾ Uebrigens scheint der Begriff der Verteidigung und Sicherung des Vaterlandes nicht so eindeutig zu sein, wie man früher wohl annehmen mochte. Wenigstens erklärt David (S. 25 der Broschüre): „Darunter (unter dem Ziel der Sicherung unseres Landes, wie es in der Erklärung vom 4. August bezeichnet war) verstehen wir natürlich nicht nur die Sicherung seiner territorialen Grenzen, sondern wir verstehen auch darunter, daß uns nicht der Hungerriemen um den Leib gezogen werden kann, daß uns die Tür zum Weltmarkt offen bleibt, daß wir den ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen und Nahrungsquellen des Erdkreises behalten, daß uns die Möglichkeit, unsere wirtschaftlichen Kräfte in der weiten Welt arbeiten zu lassen, gegeben ist.“

militärische, aber nicht politische Bedeutung, dann konnte sie die Haltung der Partei in den Fragen der inneren und äußeren Politik nicht festlegen. Soll sie das aber doch tun, dann ist damit bewiesen, daß diese Abstimmung vom 4. August noch etwas mehr bedeutete als die Bewilligung von 5 Milliarden für die Zwecke der Landesverteidigung.

David beginnt das Wortwort seines Buches mit folgenden Worten: „Der Ausbruch des Krieges schleuderte die sozialdemokratische Partei in einen Konflikt, wie er schwerer nicht gedacht werden konnte.“ Ja, bezweifelte Gen. David vor dem 4. August, daß die Arbeiter ihr Vaterland im Kriege verteidigen müssen? Hatte also die Abstimmung vom 4. August wirklich keinen anderen Sinn, dann ist nicht abzusehen, wieso sich Gen. David „erst durch einen Wirbelsturm widersprechender Gefühle hindurcharbeiten“ mußte. In der Tat hatte eben jene Abstimmung eine ganz andere Bedeutung, und dadurch brachte sie die Sozialdemokratie wirklich in einen schweren Konflikt. Als Staatsbürger, als Bewohner dieses Landes sahen sich die Sozialdemokraten in die Notwendigkeit versetzt, dieses Land zu verteidigen, selbst wenn sie dabei Massengenossen und Freunde töten mußten, die an dem allgemeinen Unglück ebenso schuldlos waren, wie sie selbst. Als sozialdemokratische Partei aber standen sie zur Politik der Regierung in schroffem Gegensatz, der bis dahin stets in der Ablehnung des Gesamtbudgets seinen klarsten politischen Ausdruck gefunden hatte. Nun fanden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten vor die Frage gestellt, in welcher Weise sie in ihrem Verhalten gegenüber der Regierung im Augenblick des Kriegsausbruchs diese beiden Standpunkte zum Ausdruck bringen sollten. Sah man von der Stimmenthaltung ab, so zeigten sich zwei Wege: entweder den staatsbürgerlichen Standpunkt härter hervorzuheben, d. h. dem Staate die Mittel zur Kriegführung zu bewilligen, die Kredite anzunehmen und nur in einer gleichzeitig abgegebenen Erklärung den parteipolitischen Standpunkt zu wahren; oder den letzteren nachdrücklich durch Ablehnung der Kredite zu unterstreichen und zugleich eine Erklärung abzugeben, daß die Sozialdemokraten als Staatsbürger es als ihre Pflicht betrachteten, das Vaterland zu verteidigen.

Welcher von diesen beiden Wegen gewählt werden sollte, war meiner Ansicht nach weniger eine Frage des Prinzips, als der Zweckmäßigkeit. Auch die Zustimmung zu den Militärkrediten ließ sich vom sozialistischen Standpunkt verteidigen, — wenn sie tatsächlich nichts anderes zum Ausdruck brachte als die Bereitschaft der Arbeiter, ihr Land mit der Waffe gegen den Einmarsch der Feinde zu verteidigen.

Bedenken konnte dieses Votum allerdings von Anfang an deshalb erregen, weil es gerade in einer Zeit der allgemeinen furchtbaren Erregung und in einer Situation, in die sich die Parteigenossen erst hineinfinden mußten, während eine gegenseitige Verständigung durch die Verhängung des Kriegszustandes und des Burgfriedens sehr erschwert wurde, die Gefahr mit sich brachte, daß sich nun die Parteigenossen gar nicht mehr politisch zurechtfinden und die Erklärung annahmen, die die bürgerlichen Blätter sich beileihen, ihnen für das Verhalten ihrer Fraktion zurechtzumachen. Denn diese faßten die Abstimmung sofort dahin auf, oder behaupteten in ihrer großen Mehrheit, sie dahin aufzufassen, daß die Sozialdemokratie damit wenigstens für die Kriegszeit auf jede selbständige Politik verzichtet habe.

Wie wenig aber dieser Verzicht mit der Bewilligung der Kredite verbunden zu sein braucht, das geht z. B. sehr deutlich aus der kürzlich hier besprochenen Schrift Max Adlers hervor, der zwar die Bewilligung der Kriegskredite für eine Notwendigkeit hält, es aber zugleich aufs schmerzlichste beklagt, daß ein so großer Teil der sozialistischen Parteien den sozialistischen Standpunkt während des Krieges verlassen und aufgegeben habe.²⁾

Trotzdem glaubt Genosse David mit der Verteidigung der Abstimmung vom 4. August schon die ganze Frage der politischen Haltung der Partei im Weltkrieg erledigt zu haben. Er verfaßt damit in denselben Fehler wie manche Parteigenossen, die mit demselben Eifer jenen Beschluß angriffen, mit dem David und seine Freunde ihn verteidigten. In der Tat mußte jene Zustimmung zu den Kriegskrediten noch nicht den Bruch mit der Vergangenheit der Sozialdemokratie bedeuten; erst die Folge hat allerdings gezeigt, daß sie der erste Schritt in dieser Richtung war. Deshalb erscheint es mir eine solche Einstellung unserer Erörterungen, wenn immer wieder darüber gestritten wird, ob jenes Votum notwendig, ob es richtig, ob es sozialistisch war. Nicht die Vergangenheit ist heute für uns wichtig, sondern die Zukunft. Nicht wie sich die Sozialdemokratie im Weltkrieg verhalten hat, muß heute im Mittelpunkt unserer Untersuchungen stehen, sondern wie sie sich verhalten soll. Auf diese entscheidende Frage gibt aber Davids Buch keine Antwort. Wo die wirklichen Probleme beginnen, dort hört das Buch auf.

6. Das Beispiel von 1870.

Zimmer wieder kommt dort, wo man erwarten würde, daß diese Schuldfrage wenigstens aufgerollt wird, statt dessen ein neuer Versuch, die Haltung der Fraktion am 4. August zu verteidigen oder Einwänden gegen sie zu begegnen. Wie wenig glücklich Genosse David auch in dieser Hinsicht ist, dafür nur ein Beispiel. Um den oft gebrauchten Einwand gegen die jetzige Haltung unserer Parlamentsfraktion zu entkräften, daß Liebknecht und Bebel im Jahre 1870 nicht für die Kredite gestimmt hätten, berichtet uns David, daß die Mehrheit der damaligen sozialdemokratischen Abgeordneten, nämlich die drei Anhänger v. Schweigers, für die Kredite gestimmt hätten, und daß auch der Parteivorstand der Eisenacher mit der Stimmenthaltung der beiden Abgeordneten dieser Richtung nicht einverstanden war.

Ja, aber warum muß denn Genosse David diese Dinge erst erzählen, wieso ist von all dem, was damals geschah, der großen Masse der heutigen Parteigenossen nichts anderes in der Erinnerung geblieben als jene Haltung Bebel's und Liebknecht's? Weil eben nur sie historische Bedeutung gehabt hat. Die mannhafte Tat der beiden Volkskämpfer war nicht nur durch vier Jahrzehnte der Stolz der deutschen Sozialdemokratie, sie hat auch unseren französischen Genossen in ihren schweren Kämpfen gegen Chauvinismus und Rebangeherei das beste Argument geliefert und dadurch dem Völkerrfrieden durch lange Zeit die besten Dienste geleistet.

Soweit also historische Analogien zur Beurteilung der heutigen Verhältnisse überhaupt verwendbar sind, und in dieser Hinsicht ist größte Vorsicht geboten, spricht gerade das Beispiel von 1870 nicht zugunsten der heutigen Fraktionspolitik. Aber, wie gesagt, heute kommt es uns viel weniger darauf an, ob das, was geschehen und heute unabänderlich ist, richtig und prinzipienfest war, sondern darauf, was heute und in Zukunft zu geschehen hat. Dafür können aber, die Verteidigung des Vaterlandes als selbstverständlich vorausgesetzt, nur maßgebend sein die politischen und sozialen Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse.

G. E. S. t. e. i. n.

²⁾ Max Adler, Prinzip oder Romantik? besonders Seite 48.

